

politicum

Josef Krainer Haus
Schriften

Agrarüberschüsse:
importiert oder hausgemacht ?

27

politicum

Josef-Krainer-Haus-Schriften

27

März 1986 / 7. Jahrgang

Noch erhältliche Nummern:

- Heft 20 „Architektur und Politik“
- Heft 21 „Medien und Politik“
- Heft 24 „Ethik und Politik“
- Heft 25 „Frauen und Politik“
- Heft 26 „Die Zukunft der Gewerkschaften“

Herausgeber: Josef-Krainer-Haus
Bildungszentrum der ÖVP Steiermark

Medieninhaber: ÖVP Steiermark

Ständige Redaktion:
Herwig Hösele, Ludwig Kapfer, Dr. Manfred Prisching

Redaktion und Gestaltung dieser Nummer:
Ing. Franz Großschädl

Illustrationen: Dipl.-Ing. Franz Quinz

Fotos: Jungwirth, Steffen, Amsüss, Begsteiger

Hersteller: Klampfer OHG., 8160 Weiz

Für den Vertrieb verantwortlich:
Ing. Karl Robausch und Helmut Wolf

Bestellungen an Josef-Krainer-Haus
Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

Inhalt:

Chronik	2
Wissenschaft	3
Statisticum	4
Alois Puntigam Agrarüberschüsse: Importiert und hausgemacht	5
Richard Knoblauch Die Produktionskraft der Land- und Forstwirtschaft in der EG	6
Leo Slezak, Engelbert Königswieser, Rüdiger Führing, Harald Meindl und Richard Kaiser Der Agraraubehandel: Ursachen und Hintergründe	11
Friedrich Hüsemeyer Perspektiven für eine marktangepaßte Produktion	19
Hans Popp Die agrarpolitische Situation, Wege in die Zukunft	30
Landwirtschaft im Jahre 2000	36
Heinz Kopetz Neue Wege für unsere Bauern — Versuch einer Zukunftsvision	40
Josef Riegler Agrarpolitik aus steirischer Sicht	46
Rupert Buchberger Gemeinsam neue Wege gehen	51
Fred Strohmeier Man sieht vor lauter Wald die Bücher nicht	52
Glossarium	54
Ex Libris	55

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates

- Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER
- Univ.-Ass. Dr. Wolfgang BENEDEK
- Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER
- Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY
- Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL
- Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER
- Univ.-Prof. Dr. Reinhard RACK
- Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN
- Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER
- Univ.-Prof. DDr. Gerald SCHÖPFER
- Univ.-Prof. DDr. Wilfried SKREINER
- Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKE
- Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER
- Univ.-Doz. Dr. Wolfgang ZACH

Offenlegung der Richtung im Sinne des Pressegesetzes:
„politicum“ versteht sich als Plattform der Diskussion im
Geiste jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden
Prinzipien, wie sie im „Modell Steiermark“ vorgegeben sind.

EDITORIAL

Die Landwirtschaft, traditionelles Kernstück jeder Wirtschaftsstruktur, ringt um ihr Selbstverständnis in einer modernen Industriegesellschaft. Der Heimat, dem Boden, der Natur verhaftet — und doch von der Entwicklung der Gesellschaft in Anpassungswänge getrieben, zur Flexibilität verpflichtet, zum Teil zu industriellen Fertigungsmethoden gedrängt. Die entscheidende wirtschaftliche Frage freilich lautet: Lassen wir die Marktprozesse unbekümmert walten, oder schaffen wir einen „geschützten Sektor“, der von den übrigen Bürgern für seine speziellen Leistungen — Landschaftspflege, Autonomie der Nahrungsmittelversorgung, Bewahrung lebendiger Regionen — gesondert bezahlt wird. Anders formuliert: Wie halten wir es mit den Agrarüberschüssen? Mit den Landwirtschaftsprodukten, die nur

noch durch massive Stützung abzusetzen sind, angesichts eines Wettkampfs der europäischen Staaten um Exportchancen? Dieser Frage haben sich die „Agrarpolitischen Tage“ im Josef-Krainer-Haus vom Jänner 1986 gewidmet, und diese Diskussionen werden in dem vorliegenden Heft dokumentiert.

Dieses Heft weist zudem einige Neuheiten auf, die dem geübten Leser sofort ins Auge springen werden. Wir wollen das politicum in stärkerem Maße zu einem handlichen „Informationspaket“ entwickeln, das laufende Mitteilungen enthält, die es einerseits auch für nicht an dem speziellen Schwerpunktthema Interessierte lesenswert machen, und die es andererseits auch zu einem längere Zeit brauchbaren „Nachschlagewerk“ werden lassen. In einem ersten Schritt dieser Neuerungen fin-

den Sie die politicum-Chronik, eine Übersicht über wichtige politische Geschehnisse der letzten Zeit; das politicum-statisticum, eine Seite mit interessierenden Zahlen und Daten, meist zum Thema des Heftes gehörig; und schließlich eine Seite politicum-Wissenschaft, auf der Sie Entdecktem, Erforschem, Erfundenem nachspüren können.

Darüber hinaus sind wir bemüht, unseren Bücher- und Literaturteil, unsere Glossen (glossarium) und Redetexte, unsere Dokumentationen und sonstigen speziellen Spalten auszubauen — um zugleich aktueller und langlebiger zu werden, ein breites Spektrum zu bieten und dennoch Schwerpunkte zu setzen, amüsanter zu werden und dennoch ein hohes Niveau zu halten. Natürlich handelt es sich hierbei um die Quadratur des Kreises — wir arbeiten daran.

1



Illustration von Georg Schmid aus dem Weiß-Grünen-Manifest des Modell Steiermark.

CHRONIK

Mit diesem Heft beginnen wir auch die neue Rubrik „politicum“-chronik, die ab 1. Jänner 1986 einen schlagzeilenartigen Überblick über die wichtigsten Ereignisse der österreichischen und steirischen Politik geben soll.

2. Jänner 1986

In der Steiermark 1985 Rückgang der Insolvenzen um 9,4% von 201 auf 182, Steiermark damit auf 4. Platz (1984 noch auf Platz 2). In Österreich 53 Großinsolvenzen der Baubranche. Insgesamt 16.600 Arbeitsplätze gefährdet.

3. Jänner 1986

IMAS-Umfrage ergibt: Mit nur 3,6% ist die FPÖ auf einem Tiefstand gelandet. Folge der VÖEST-Krise: Koalition verfügt nur über 48,8% der Wählerstimmen.

9. Jänner 1986

ORF-Umfrage im TV-Inlandsreport: ÖVP hat erstmals seit eineinhalb Jahren die SPÖ mit 45,6 zu 44,6 Prozent überholt, SPÖ-FPÖ-Koalition verlor ihre absolute Mehrheit. Abstand zwischen WALDHEIM und STEYRER von 17 auf 5 Prozent verringert.

Pressekonferenz der neuen steirischen Spitalsmanager BOSCH und MOSER über Ziele des Managements der Spitalsholding: Bis 1990 425 Mio. S einsparen, 2 notfalls auch Schließung kleinerer Spitäler kein Tabu. Patientenhotel geplant. Parteinterventionen werden vom Manager der anderen Partei behandelt.

10. Jänner 1986

Landeshauptmann Dr. Josef KRAINER spricht sich gegen derzeitige ÜBLEIS-Lösung für Halbausbau der Südautobahn mit Betonwänden aus. Straßenbauhofrat THEUSSL für zweite schmälere Richtungsfahrbahn bei gleichbleibenden Kosten von 600 Mio. S.

14. Jänner 1986

ÖVP-Generalsekretär GRAFF präsentiert FESSEL-Blitzumfrage: 78% für Privatisierung, 51% für Neuwahlen und 73% für große Koalition. 70% meinen, LACINAs Behauptung, er habe nichts von den Öl-Spekulationen gewußt, seien nicht glaubhaft.

15. Jänner 1986

Rudolf STREICHER vom Aufsichtsrat zum neuen Generaldirektor der Steyr-Daimler-Puch AG schon ab 1. März oder 1. April bestellt.

Vorstand des Landesfremdenverkehrsverbandes bestellt Erich HOTTER ab 1. Mai als Nachfolger FRIEDLS zum neuen Fremdenverkehrsmanager.

16. Jänner 1986

Verstaatlichen-Demonstrationen in Linz und Leoben (mit Bundeskanzler Dr. SINOWATZ und Landeshauptmann Dr. Josef KRAINER) mit insgesamt rund 50.000 Teilnehmern.

17.18. Jänner 1986

Ende Dezember 1985 in der Steiermark 29.890 Arbeitslose bzw. 7,3% (gegenüber 6,3% Ende 1984), davon 36% Jugendliche.

20. Jänner 1986

Rechnungshofvizepräsident Josef MAR-SCHALL im 79. Lebensjahr einem Herzschlag erlegen.

21. Jänner 1986

Landeshauptmann Dr. KRAINER fordert in Schreiben an SINOWATZ Hilfe für kinderreiche Familien durch Schaffung eines steuerfreien Existenzminimums, das nach der Zahl der zu versorgenden Familienmitglieder gestaffelt werden soll.

22. Jänner 1986

Einigung über Steirisches Spielautomatengesetz mit Kompromiß, Steuer von monatlich 4.000 Schilling pro Apparat. 2. Nationalratspräsident Roland MIN-KOWITSCH gestorben.

ORF-Generalintendant BACHER entscheidet die interimistische Nachfolge Franz KREUZERS. Ex-Kreisky-Mitarbeiter Johannes KUNZ wird provisorischer Informationsintendant bis zur definitiven Wahl durch das Kuratorium.

23. Jänner 1986

Rechnungshof kritisiert die hohen Gehälter der Bediensteten der Verbundgesellschaft: 25 der 670 Angestellten verdienen mehr als 1 Mio. S pro Jahr, ein Bürogeliebte erhält 26.000 Schilling.

Einigung bei der jugoslawisch-österreichischen Expertenkonferenz über Umweltfragen in Graz über den Abschluß eines Abkommens über grenznahe Atomkraftwerke: Atommüll-Depot im Grenzgebiet bei Windischgrätz erscheint wegen des Widerstandes in Slowenien unwahrscheinlich.

27. Jänner 1986

ÖVP-Obmann MOCK in seiner „Erklärung zur Lage der Nation“ im Wiener Belvedere für Neuwahlen und anschließend möglichst breite Zusammenarbeit in einer auf mindestens zwei Legislaturperioden befristeten Regierungspartnerschaft zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme.

Burgenland: Dr. Franz SAUERZOPF im Landtag zum Landeshauptmann-Stellvertreter gewählt.

29. Jänner 1986

Handelsbilanz-Defizit im Vorjahr gegenüber 1984 um rund 1 Mrd. verringert, Exporte um 13%, Importe um 10% gestiegen.

1. Februar 1986

Der Abt des Stiftes Rein, Paulus RAPPOLD, wegen fahrlässiger Wirtschaftsführung, übermäßiger Verschuldung und einem Schaden von mehr als 100 Millionen Schilling zurückgetreten.

2. Februar 1986

Die Jänner-Arbeitslosenzahl mit 205.592 oder 7,1% ist die höchste seit 1959.

4. Februar 1986

Abberufung des Geschäftsführers der Therme Loipersdorf, Mag. WIEDER-MANN, wegen Unregelmäßigkeiten.

9.-11. Februar 1986

Jahrhundert-Schneefälle in der Steiermark, stärkste Schneefälle in Graz seit 1929 – Landeshauptmann KRAINER verordnet Kettenpflicht.

14. Februar 1986

Neuer VOEST-Vorstand bestellt: Generaldirektor Dr. Herbert LEWINSKY, Stellvertreter Dr. Claus RAIDL. Weitere Vorstandsdirektoren: Peter STRAHAMMER, Othmar PÜHRINGER, Ludwig BOGDANDY und Herbert KREULITSCH sowie Robert PLÖCH als stellvertretende Vorstandsmitglieder.

19. Februar 1986

Marga HUBINEK wird zur 2. Präsidentin des Nationalrates gewählt.

20. Februar 1986

Der bisherige ÖVP-Klubsekretär Dr. Franz FIEDLER wird als Nachfolger für den verstorbenen Vizepräsidenten MAR-SCHALL zum neuen Vizepräsidenten des Rechnungshofes gewählt.

Land Steiermark genehmigt Probebetrieb für ÖDK Zeltweg mit stark reduzierten Emissionswerten.

21. Februar 1986

Sonderparteitag der ÖVP in Wien-Oberlaa beschließt neues Wirtschaftsprogramm.

22. Februar 1986

Steirischer Landesbauerntag mit Hauptreferat von Präsident CUCHBERGER als große Auftritt-Kundgebung für Landwirtschaftskammerwahl am 16. März.

25. Februar 1986

Vor Beginn der Eintragungswoche für das Anti-Draken-Volksbegehren neuerliche Eskalation: Bundesheerführung „diszipliniert“ kritische Piloten, die in Schweden zur Einschulung waren, mit ärztlichen und psychiatrischen Untersuchungen sowie Dienstrechtsverfahren.

27. Februar 1986

Die Verhandlungen zwischen Landwirtschaftsminister und Bauernvertretern über Milchkrisen-Groschen gescheitert.

28. Februar 1986

Der Wahlkampf für die Bundespräsidentenwahl kommt in die Intensivphase: Dr. Kurt WALDHEIM in der Steiermark, nachdem Dr. Kurt STEYRER schon am vergangenen Wochenende in der Steiermark war.

Weiterhin Auseinandersetzungen um die „grüne“ Kandidatin Freda MEISSNER-BLAU, die durch eine Affäre um eine „Berufsunfähigkeitspension“ und Zusatzhonorare der ÖMV ins Gerede gekommen ist.

WISSENSCHAFT

Kinder rauchen mit

Kinder rauchen — passiv — 80 Zigaretten im Jahr, wenn die Eltern starke Raucher sind. In einer britischen Studie wurde aufgrund von Testbefunden nachgewiesen, daß elterliches Rauchen die Gesundheit der Kinder gefährdet. Sieben- bis elfjährige Kinder von Rauchern seien in Durchschnitt bis zu einem Zentimeter kleiner, was auf Entwicklungsverzögerungen hindeute. Die Kinder weisen eine verringerte Atemleistung auf, es verdopelt sich die Häufigkeit von Lungenerkrankungen.

Düngung der Nadeln

Das Institut für Standortkunde der forstlichen Bundesversuchsanstalt in Wien führte im Raum Persenbeug in Niederösterreich erstmals einen großangelegten Blattdüngungsversuch durch. Ein 50 Hektar großes Fichtenwaldstück, das bereits sehr stark geschädigt ist, wurde vom Hubschrauber aus mit einem magnesium-hältigen Spezialdünger besprührt. Der Vorteil dieses Verfahrens gegenüber der herkömmlichen Düngung: die Nährstoffe gelangen auf direktem Weg in die kranken Nadeln.

ibf-Geburtstag

Der „ibf“, der Informationsdienst für Bildungspolitik und Forschung mit Sitz in Wien, feierte seinen 20. Geburtstag. Seit seiner Gründung im Jahr 1965 hat der Pressedienst rund 22.000 aktuelle Berichte an Österreichs Zeitungen, Zeitschriften sowie an Hörfunk und Fernsehen ausgesandt.

Neben dem täglichen Nachrichtendienst („ibf-aktuell“), der bisher mit 5071 Nummern erschienen ist, publiziert der ibf einen 14-tägigen Reportagendienst („ibf-report“) in bisher 1035 Ausgaben sowie das Wissenschaftsmagazin „ibf-spektrum“ mit bisher 486 Nummern.

Eine Analyse der Agenturitätigkeit zeigt, daß rund 25 Prozent der Meldungen des täglichen Nachrichtendienstes Schulfragen gewidmet waren, 20 Prozent der Kultur und Bildung im weiteren Sinn, 20 Prozent den Universitäten und 35 Prozent der Forschung.

Jeder Zehnte untauglich

Stellungsuntersuchungen des Bundesheeres liefern ein erschreckendes Bild: Jeder zehnte 18jährige Österreicher hat ein so schweres gesundheitliches Handicap, daß er für den Dienst beim Bundesheer ungeeignet ist. Elf Prozent dieser Untauglichen leiden an Augenerkrankungen, neun Prozent weisen psychische Defekte (u. a. verminderte Intelligenz und Depressionen) auf.

Überflüssiges Brainstorming

Das als innovativ gepriesene Verfahren des „brainstorming“, bei dem einige Menschen sich zusammensetzen, um ungesteuert in der Gruppe alles zum besten zu geben, was ihnen zu einem bestimmten Problem einfällt, bringt auch keine besseren Ergebnisse, als wenn jeder alleine über das Problem nachdenkt. Wie der Diplompsychologe Thomas Pape von der Universität Konstanz von seinen Experimenten berichtet, kamen bei „Einzeldenkern“ gleich viele Lösungen zu stande wie bei Zweiergruppen.

Luftkissenboot aus der Steiermark

Ein fernsteuerbares Luftkissenfahrzeug, das dazu eingesetzt werden kann, beispielsweise die Wasseraufqualität zu messen oder Unterwasseraufnahmen für wissenschaftliche Zwecke durchzuführen, wurde von Herbert Tuttinger (Stainach) entwickelt und in zahlreichen Testfahrten geprüft.

Grazer Recycling

Mit einem an der Technischen Universität Graz entwickelten Recyclingverfahren, das in diesem Jahr erstmals in Lenzing (OÖ) in einer Großanlage eingesetzt wird, können wertvolle Rohstoffe, aber auch Schadstoffe, aus dem Industrieabwasser bis zu 99 % zurückgewonnen werden: Es handelt sich dabei vor allem um Chrom, Vanadium, Nickel, Kupfer und Zink. Die Rückgewinnung erfolgt durch die Flüssig-Membran-Permeation: Das Abwasser wird mit einer aus Öl und Wasser bestehenden Emulsion in Verbindung gebracht, in deren Tröpfchen sich die Schad- und Wertstoffe anreichern; die Emulsion wird abgesondert und die gewünschten Stoffe werden durch Spaltung zurückgewonnen.

Weniger Sprit und weniger Gift

„Wir haben den Magermotor entwickelt, um verschärften Abgasbestimmungen gerecht zu werden“, berichtet Prof. Hans-Peter Lenz vom Wiener Institut für Verbrennungskraftmaschinen und Kraftfahrzeugbau, der dieses Projekt in Zusammenarbeit mit der Grazer Anstalt für Verbrennungskraftmaschinen (Prof. Hans List) unter finanzieller Unterstützung des Forschungsförderungsfonds durchführte. Der „Magermotor“ erhält seinen Namen, weil er mit einem besonders mageren Kraftstoffgemisch (mit einem benzinarmen Brennstoff-Luft-Gemisch) laufen kann; der Vorteil: 15 bis 20 % weniger Benzinverbrauch als bei einem gleich starken Otto-Motor und daher weniger Abgase. Derzeit wird an der Adaptierung des Magermotors an den Katalysatorbetrieb gearbeitet.

Studentenberg wird flacher

Die Anzahl der Studierenden an Österreichs 18 Universitäten und Kunsthochschulen übersteigt im Studienjahr 1985/86 die 150.000er-Grenze, doch verflacht sich der Anstieg bereits zu Beginn der 90er-Jahre durch die geburten schwachen Jahrgänge. Die Akademikerarbeitslosigkeit liegt in Österreich trotz des Ausbaus der Hochschulen mit rund 1,1 % relativ niedrig. Die Ausstattung der Universitäten in räumlicher und personeller Hinsicht sowie beim Sachbedarf läßt allerdings zu wünschen übrig.

Lücken im Umweltstrafrecht

Gravierende Lücken im Umweltstrafrecht ordnet der Linzer Strafrechtler Prof. Herbert Wegscheider. Es genießen zwar Luft, Wasser, jagdbare Tiere und Fische „Rechts-Schutz“, der Erdboden sowie alles, was auf ihm wächst, sowie die nicht-jagdbaren Tiere fallen aber durch den Umwelt-Gesetzes-Rost. Auch der Schutz des Menschen vor gesundheitsschädlichem Lärm ist im Umwelt-Strafrecht nicht verankert. Die Untersuchungen des Juristen können auch eine häufig geäußerte Vermutung belegen: Die „kleinen“ Umweltsünder kommen vor den Kadi, Großverschmutzer können in den meisten Fällen nicht dingfest gemacht und zur Verantwortung gezogen werden.

3

Heurigenbesucher

Er ist in seiner Selbsteinschätzung eher bescheiden, bezeichnet sich aber als weltoffen und gesellig. Das Ambiente ist ihm wichtig, die Weinqualität weit weniger, Touristen kann er nicht aussitzen, und die Schrammelmusik stört ihn. Das ist der durchschnittliche Wiener Heurigenbesucher, wie ihn die Soziologin Dr. Walburga Gáspar-Ruppert ermittelt hat. Im Durchschnitt, so hat ihre Studie ergeben, konsumiert der Heurigengast drei Viertel Wein, bleibt drei bis vier Stunden, und 40 Prozent der Besucher fahren anschließend mit dem eigenen PKW heim.

Ein Steirer in der Größe von 52 mm

Steiermärkischen Archäologen gelang vor kurzem ein Jahrhundertfund: Bei Notgrabungen auf dem Kögelberg in der Gemeinde St. Ulrich am Waasen entdeckten sie die älteste menschliche Darstellung, die jemals in der Steiermark gefunden wurde. Es ist dies ein nur 52 mm hoher Kultbild aus dem 3. Jahrtausend vor Christus. Bei der Fundstelle, den Überresten einer fast 5000 Jahre alten Behausung, fanden sich auch zahlreiche weitere Objekte: eine große Menge qualitätsvoller Keramik, geschliffene Steingeräte, Klingen, Schaber und sogar organische Reste wie verkohlte Getreidekörner.

STATISTICUM

Das „statisticum“ gibt einen Kurzüberblick in Zahlen über die steirische Landwirtschaft. Alle Tabellen sind der „Steiermark-Information“ zum Thema Land- und Forstwirtschaft entnommen. Wir danken Herrn Hofrat Dr. Werner Ressi für die freundliche Erlaubnis zum Abdruck.

Anteil der agrarischen Bevölkerung an der Gesamtbewohlung

Jahr	gesamte Wohnbevölkerung	agrarische Bevölkerung	Anteil der agrarischen Bevölkerung an der ges. Bevölkerung	
			Personen	%
1934	1.015.106	402.515	39,7	
1951	1.109.335	332.944	30,0	
1961	1.137.865	256.790	22,6	
1971	1.192.100	176.023	14,8	
1980	1.182.000	117.000	9,9	
1934:	+ 166.894	- 285.515		
1980	+ 16,4%	- 70,9%		

Q.: Volkszählungsergebnisse, ÖSIZA, für 1980 Mikrozensus 1980

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe

Größenstufe	Zahl d. Betriebe		Fläche in Hektar	
	1970*)	1980	1970*)	1980
unter 1 ha	312	365	186	206
1— unter 2 ha	7584	7140	11.101	10.411
2— unter 5 ha	17209	15990	58588	54147
5— unter 10 ha	17098	15454	122446	110712
10— unter 15 ha	8191	7779	99914	95024
15— unter 20 ha	4875	4787	84128	82723
20— unter 25 ha	2989	3015	66685	67254
25— unter 30 ha	2003	2064	54780	56380
30— unter 50 ha	3885	3886	148606	148621
50— unter 100 ha	2492	2535	170440	172575
100— unter 200 ha	938	982	128619	135261
200— unter 500 ha	360	351	105627	103222
500— unter 1000 ha	71	66	46892	43814
1000 ha und mehr	78	73	410537	409330
zusammen:	68085	64487	1508549	1489678

Q.: Land- und forstw. Betriebszählungen, ÖSIZA.

Betriebsarten	1970	1980
Betriebe insgesamt	72.708	64.487
viehlose Betriebe	8.507	10.785
viehhaltende Betriebe	64.201	53.702
davon:		
Betriebe mit Pferden	5.463	3.160
Betriebe mit Rindern	53.952	40.561
Betriebe mit Kühen	53.315	39.057
Betriebe mit Schweinen	58.178	47.920
Betriebe mit Schafen	2.187	2.906
Betriebe mit Legehennen	60.624	46.933
Betriebe mit Masthühnern	9.959	3.989

Q.: Land- und forstw. Betriebszählung 1970, 1980 ÖSIZA

Bodennutzung

	1970 ha	1980 ha	Veränderung ha	%
Selbstbewirtschaftete Gesamtflächen ideell	1.512.857	1.489.679	-23.178	-1,5
Unprod. Flächen (einschl. Gebäudeflächen)	133.656	122.973	-10.683	-8,0
Fließende und stehende Gewässer	2.631	2.932	+ 301	+ 11,4
Waldfläche ideell	814.362	819.464	+ 5.102	+ 0,6
Landw. Nutzfläche insgesamt, davon:	562.208	544.310	-17.898	-3,2
nicht mehr genutztes Grünland	—	8.001	—	—
Grünland aus ideellen Anteilen	24.035	25.839	+ 1.804	+ 7,5
Streuwiesen	2.857	2.133	-724	-25,3
Almen und Bergmähdere	81.395	80.094	-1.301	-1,6
Dauerweiden—Hutweiden	53.664	38.694	-14.970	-27,9
Dauerweiden—Kulturreichen	14.550	13.751	-799	-5,5
Dauerwiesen—mehrheitlich	161.644	164.362	+ 2.718	+ 1,7
Dauerwiesen—einschließlich	33.439	23.071	-10.367	-31,0
Baumschulen	82	129	+ 47	+ 57,0
Erwerbsgartenland	203	216	+ 13	+ 6,0
Obstanlagen (einschl. Hausgärten)	16.813	16.852	+ 39	+ 0,2
Weingärten	2.253	2.504	+ 251	+ 11,1
Ackerland	171.275	168.662	-2.613	-1,5

Q.: Landw. Betriebszählungen, ÖSIZA

Ackernutzung

Fruchtarten	1970 ha	1980 ha	Veränderung ha	%
Weizen	15.828	12.618	-3.210	-20,3
Roggen	10.985	8.210	-2.775	-25,3
Gerste	15.399	24.099	+ 8.700	+ 56,5
Hafer	6.636	5.930	-706	-10,6
Körnermais	49.687	66.850	+ 17.153	+ 34,5
Kartoffel	11.438	4.972	-6.466	-56,5
Zuckerübe	644	312	-332	-51,6
Futterrübe	5.983	1.806	-4.177	-69,8
Ölkürbis	2.085	5.154	+ 3.069	+ 147,0
Grün- u. Silomais	6.042	13.816	+ 7.774	+ 128,6

Q.: Erntestatistik, ÖSIZA

Feldgemüsebau

Gemüseart	1970/ha	1980/ha
Industriegurkraut	60	130
Frisch- u. Lagerkraut	190	160
Chinakohl	10	2.750
Spinat	8	20
Kartotten/Möhren	45	60
Rote Rüben	60	80
Salatgurke	231	260
Industriegurke	370	420
Tomate	34	65
Paprika	180	80
Zwiebel	22	10
Grünerbsen	5	20
Rettich, Radischeschen	8	300
Flückbohne	82	180
Div. Kohlgemüse	96	80
Kopfsalat	94	260
Div. Gemüse	142	180
Kren	124	320
Gesamtanbau STEIERMARK	1.761	5.375

Q.: Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark, Abteilung Gartenbau

Tierhaltung

Bestandsgröße	Betriebe		Bestand	
	1970	1980	1970	1980
Schweine insges.	58.178	47.920	541.260	846.803
Schweine insges. (ohne Ferkel)	57.116	47.445	391.307	630.140
1 bis 10 Schweine*	48.549	36.783	189.480	141.589
11 bis 50 Schweine*	8.029	7.998	147.854	171.606
51 bis 200 Schweine*	500	2.369	41.724	229.255
201 und mehr Schw.*	38	295	12.249	87.690
Zuchtsauen insges.	27.643	17.847	58.735	76.154
1 bis 10 Zuchtsauen	27.308	16.117	52.583	47.220
11 bis 30 Zuchtsauen	311	1.524	4.984	26.023
31 und mehr Zuchs.	24	206	1.168	2.911

* ohne Ferkel

Bestandsgröße	Betriebe		Bestand	
	1970	1980	1970	1980
Rinder insges.	53.952	40.561	456.726	452.335
1 bis 10 Rinder	—*	25.032	—*	119.981
11 bis 30 Rinder	—*	13.277	—*	234.815
31 und mehr Rinder	—*	2.252	—*	97.539
Kühe insges.	53.315	39.057	200.763	174.661
1 bis 10 Kühe	51.925	36.624	180.055	138.166
11 bis 30 Kühe	1.359	2.385	19.393	34.397
31 und mehr Kühe	31	48	1.315	2.098

*) In der Betriebszählung 1970 ist keine Auswertung vorhanden.

Bestandsgröße	Betriebe		Bestand	
	1970	1980	1970	1980
Legehennen insges.	60.624	46.933	1.133.492	1.079.728
1 bis 100 Legeh.	60.319	46.653	927.346	680.549
101 bis 1000 Legeh.	258	188	82.878	61.244
1001 u. mehr Legeh.	47	92	123.268	337.935
Masthühner insges.	9.959	3.989	1.057.290	1.857.949
1 bis 1000 Masth.	9.736	3.769	364.466	109.477
1001 bis 10.000 Masth.	215	173	576.624	802.072
10.001 u. mehr Masth.	8	47	116.200	946.400

AGRARÜBERSCHÜSSE: IMPORTIERT UND HAUSGEMACHT

Im Jahre 1955 sind in Österreich 1.049.647 Menschen oder 32,3 Prozent in der Land- und Forstwirtschaft tätig gewesen. Dreißig Jahre später waren es nur noch 307.500 oder 9,1 Prozent. Aber auch die 9,1 Prozent Bauern erzeugen landwirtschaftliche Produkte, die auf dem Tisch von Herrn und Frau Österreicher längst nicht mehr Platz haben.

Die Ackerfläche ist im gleichen Zeitraum um 238.885 Hektar kleiner geworden, Wiesen gibt es um 65.556 Hektar weniger und von den Weiden und Almen sind seit 1955 ebenfalls 276.100 Hektar einer „anderen Verwendung“ zugeführt worden. Insgesamt gibt es heute um über eine halbe Million Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (genau: 543.513 Hektar) weniger als vor 30 Jahren. Das heißt: Immer weniger Bauern erwirtschaften auf einer immer kleiner werdenden Fläche immer mehr Lebensmittel. Dabei darf nicht übersehen werden, daß ein österreichischer Bauer vor zwei Jahren den Tisch von „nur“ 28 Menschen gedeckt hat, während zur gleichen Zeit in Amerika bereits 79 Konsumenten von einem amerikanischen Farmer versorgt worden sind.

Das sind nur drei von mehreren Faktoren, aber sie beweisen, daß wir uns mittleren in einer Entwicklung befinden, die lange noch nicht abgeschlossen sein

wird, soferne man in diesem Zusammenhang das Wort „Abschluß“ überhaupt verwenden darf.

Die Entwicklung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft müßte bei jedem logisch und ökonomisch denkenden Menschen die Überzeugung aufkommen lassen, daß im gleichen Umfang, wie die heimische Produktion zunimmt, die Agrarimporte zurückgehen müßten. Dabei ist aber genau das Gegenteil der Fall. Die agrarische Außenhandelsbilanz hat sich wesentlich ungünstiger entwickelt als die allgemeine. Besonders deutlich zeigt sich das im Handel mit den Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, unserem wichtigsten Handelspartner. Das Außenhandelsdefizit mit diesen Ländern hat sich seit 1977 beinahe verzweifelt. Von einer „ausgewogenen Weiterentwicklung“ — eine solche ist 1975 im Agrarbriefwechsel zwischen Österreich und der Europäischen Gemeinschaft vereinbart worden — kann da wirklich keine Rede sein.

Am Beginn dieser Tagung mit der eher rhetorischen Frage „... importiert oder hausgemacht?“ hatten wir zunächst die Produktionskraft der Landwirtschaft bei uns und in den Nachbarländern zu erheben. Wir dürfen nicht, wenn es um die Lösung der Probleme geht, auf einen Zug aufspringen, der in die falsche Richtung fährt. Auch kommen wir nicht wei-

ter, wenn wir uns nur in unseren eigenen „vier Wänden“ umsehen, weil im Agrarhandel Zölle und Grenzen durch ein ausgeklügeltes Erstattungs- und Abschöpfungssystem kein wirksamer Schutzmechanismus sind. Zudem ist der Handel keine Einbahnstraße.

So paradox es klingen mag: Viele landwirtschaftliche Produkte, die im Lande wachsen oder bei uns erzeugt werden, sind im Grunde genommen genauso importiert. Ohne Zuhilfenahme von im Ausland billig eingekauften Futtergrundlagen wäre die Produktionskraft unserer Landwirtschaft sicher nicht so stark. Im Jahr 1970 sind wir zum Beispiel noch mit 148.600 Tonnen importierten Eiweißfuttermittel ausgekommen, im Vorjahr hat sich die Menge mit 461.000 Tonnen bereits verdreifacht. Der Wert — jenes Geld, das wir ans Ausland zahlen — ist von 419 Millionen auf 2,2 Milliarden Schilling somit auf das Fünffache angestiegen. Auch darüber muß offen gesprochen werden. Bei dieser Tagung wollten wir auch mit einer Diskussion darüber beginnen, die wir — angereichert mit den Erfahrungen aus dem Seminar — auf allen Ebenen fortsetzen müssen. Von diesen Agrarpolitischen Tagen sollte ein zündender Funke ausgehen, und dies ist — wie es scheint — auch wirklich gelungen.



Bauernbunddirektor Dr. Alois Puntigam: „Importiert und hausgemacht . . .“

DIE PRODUKTIONSKRAFT DER LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT IN DER EG



I. Wirtschaftskraft der EG

Seit dem 1. Jänner 1986 sind 91% der Bevölkerung Westeuropas (ohne Türkei) „EG-Bürger“. Mit dem Beitritt Spaniens und Portugals wächst nach nunmehr siebenjährigen Verhandlungen die EG auf zwölf Staaten und um 48 Mio. auf ca. 323 Mio. Menschen.

Diese Erweiterung beweist aufs neue, daß trotz aller aktueller Probleme und Unkenrufe die EG nach wie vor eine große Attraktivität besitzt und einem tiefen politischen und wirtschaftlichen Bedürfnis entspricht. Dabei dürften die ökonomischen Aspekte zwischen den neuen und alten Mitgliedern vermutlich gleichgewichtiger und gleichegarter sein als im politischen Bereich.

In der Tat kann sich die bisherige wirtschaftliche Entwicklung der EG sehen lassen. Von 1970 bis 1983 wuchs das Bruttoinlandprodukt (zu Marktpreisen, in jeweiligen Preisen und Wechselkursen) der damals noch 10 Mitgliedsstaaten um mehr als das Vierfache.

Mit der neuen EG-Erweiterung entsteht nunmehr der größte Markt und der größte wirtschaftliche Zusammenschluß der Welt. Dieser westeuropäische Binnenmarkt stellt sogar den US-amerikanischen Markt mit 235 Millionen Einwohnern und den der UdSSR (250 Mio. Einwohner) weit in den Schatten. Die Entwicklungsmöglichkeiten des spanischen und portugiesischen Marktes er-

öffnen dem Handel und der Wirtschaft aller Gemeinschaftsländer neue Wachstumsmöglichkeiten. Die anfänglich nordwestlich orientierte EG verlegt ihren Schwerpunkt zunehmend in Richtung Mittelmeerraum.

Als Ergebnis von Handelsabkommen der Jahre 1970 und 1972 verkauft Spanien (durch erhebliche EG-Zollsenkungen) schon heute die Hälfte, Portugal 60 Prozent der Ausfuhren auf dem EG-Markt. Trotz eines Walles von Maßnahmen zum Schutz der heimischen Industrie werden die Einführen der beiden Länder bereits zu 32 bzw. 39 Prozent aus der EG gespeist.

Die EG-Binnenmarktpolitik kann trotz aller Gemeinschaftspräferenz keineswegs als protektionistisch betrachtet werden:

— Die EG hat die ursprünglich erst für 1987 abgesprochenen Zollsenkungen aus der „Tokio-Runde“ des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) vorgezogen. Dies geschah in Vorbereitung auf eine neue weltweite Runde über Erleichterungen für den Waren- und Dienstleistungsverkehr, die 1986 im GATT anlaufen soll.

— Als Folge dieser Zollsenkungen beträgt der EG-Zollsatz auf Einführen von gewerblichen Waren aus Nichtpräferenzländern in die EG im gewogenen Mittel nur noch 4,6%.

— Trotz der Ausweitung des Handels zwischen den Mitgliedsstaaten wurden die Einführen aus der übrigen Welt beinahe verdreifacht.

— Mit den EFTA-Ländern hat die EG im Prinzip Zollbefreiung im Austausch mit industriellen Erzeugnissen vereinbart. Die aus der EG-Erweiterung entstehenden Handelsprobleme sind jedoch noch zu lösen.

— Der Dritten Welt hat die Gemeinschaft ihre Märkte im Rahmen des AKP-Abkommens von Lomé und im Rahmen des allgemeinen Zollpräferenzschemas weitgehend geöffnet.

II. Bedeutung und Produktionskraft der Land- und Forstwirtschaft in der EG

Analysiert man die Stellung der Land- und Forstwirtschaft in der EG, gewinnt man einen recht zwiespältigen Eindruck: Immerhin sank der Anteil der Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Prei-

sen in der EG (10) von 5,4% im Jahre 1973 auf nur noch 3,6% im Jahre 1983. Korrespondierend dazu sank der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Fischerei Beschäftigten EG-weit auf 8,2 Mio. bzw. 7,7% (1982; BRD: 5,5%) der zivilen Erwerbstätigen. Hier wird sich durch die Süderweiterung manche politische Gewichtung wieder verändern. In Spanien und Portugal sind Bevölkerung und Wirtschaft wesentlich stärker von der Landwirtschaft abhängig als im Durchschnitt der Gemeinschaft. Mit dem Beitritt Spaniens und Portugals steigt die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der Gemeinschaft um 50%. Trotz des relativ sinkenden wirtschaftlichen Gewichts erzeugte die EG-Landwirtschaft im Durchschnitt der Jahre 1980–82:

ca. 11% der Weltgetreideerzeugung
ca. 17% der Weltfleischerzeugung
ca. 25% der Welterzeugung von Milch, Molkereiprodukten und Eiern, und dies bei einem Anteil von nur ca. 6% an der Weltbevölkerung.

Als Folge dieser enormen Leistungsfähigkeit der EG-Landwirtschaft stieg der Selbstversorgungsgrad mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (berechnet in Getreideeinheiten) **netto** nach Abzug des Auslandsfutters von 83% (1973) auf 102% (1983).

Schwankungen im Netto-Selbstversorgungsgrad reichen von 66% in Belgien/Lux. bis 225% in Dänemark.

Nach einem Bericht der EG-Kommission wird in der EG auch in Zukunft die Produktion wichtiger Produkte erheblich über dem Verbrauch liegen.

Für 1990 geschätzter Selbstversorgungsgrad der EG:

Getreide	127%
Zucker	122%
Wein	123%
Milch	113%

Das Ergebnis der aufgezeigten Entwicklung ist nur allzugut bekannt. Zum Ende des Jahres 1985 betragen die EG-Lagerbestände an Überschüpprodukten:

ca. 17 Mio. t Getreide
ca. 1,2 Mio. t Butter
ca. 500.000 t Magermilchpulver
ca. 800.000 t Rindfleisch.

Diese Interventionsbestände stellen einen Wert von knapp 21 Mrd. DM dar. Zu Recht muß nach den Ursachen und Hintergründen dieser prekären Situation gefragt werden.

III. Sind die Agrarüberschüsse importiert oder hausgemacht?

Die Ursachen für die Überschüsse sind zumindest in der EG komplex. Sie sind sowohl importiert als auch hausgemacht, d. h. durch die eigentliche Agrarpolitik verursacht; dazu gehören die Markt- und Preispolitik, die Strukturpolitik und schließlich auch die Produktionssteigerung, die durch den technisch-biologischen Fortschritt möglich geworden ist.

a) importiert

Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Nahrungs- und Genussmittel machten 1983 ca. 15% des gesamten Importvolumens der EG aus (114 Mrd. DM). Dieses Importvolumen wurde zwischen 1973 und 1983 beinahe verdreifacht.

Die Gemeinschaft ist weltweit der größte Agrarimporteur. Sie importiert ca. 25% aller landwirtschaftlichen Exporte der Welt. Allein die Bundesrepublik führt pro Kopf der Bevölkerung mit Abstand die meisten Agrarprodukte von allen Ländern der Erde ein. Die EG-Einfuhrregelungen sind die liberalsten aller westlichen Länder.

Der EG-Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Nahrungs- und Genussmitteln im Handel mit Drittländern beläuft sich dagegen auf nur 9% des gesamten Exportvolumens. Wichtigste Bestimmungsländer der EG-Agrarexporte sind USA (Anteil 14,5%), UdSSR (7%) und die Schweiz (6,2%). Österreich liegt mit 3,1% an 9. Stelle.

Aus dem Außenhandel mit diesen Produkten verblieb (1983) somit ein Defizitsaldo von ca. 52 Mrd. DM. Dies waren 93% des Defizits des gesamten EG-Außenhandels! Im selben Jahr wies dagegen die Außenhandelsbilanz der USA im Handel mit Ernährungsgütern ein Außenhandelsplus von 19 Mrd. DM auf.

Aufgrund des in den nachfolgenden Jahren 1984 und 1985 hohen Dollarkurses waren für EG-Agrarprodukte weniger Exporterstattungen zu zahlen und die EG gewann auf dem Weltmarkt an Konkurrenzfähigkeit. Die erhöhte Exportkraft der EG hatte stark rückläufige US-Agrarausfuhren (1985: ca. minus 12%) zur Folge. Das BICEPS-Exportförderungsprogramm der USA ist die Antwort auf diese Entwicklung. Der wieder sinkende Dollarkurs wird ein Übriges dazu beitragen, das Agrar-Außenhandelsdefizit der EG wieder kräftig steigen zu lassen.

Im Jahre 1983 stammten 50% des gewaltigen Agrar-Außenhandelsdefizits von 52 Mrd. DM aus dem Handel der EG mit den Entwicklungsländern. Die Entwicklungsländer haben häufig nicht viel mehr als landwirtschaftliche Erzeugnisse anzubieten, um Devisen für die notwendige Industrialisierung zu verdienen. Die EG importiert pro Einwohner doppelt soviel aus Entwicklungsländern als die USA oder Japan. Durch die Einführung der gemeinsamen Agrarpolitik wurden die

Einfuhren aus Entwicklungsländern — prozentual gesehen — nicht nachteilig beeinflusst.

Neben dem Handel mit den Entwicklungsländern verursacht auch der Agrarhandel mit den USA einen hohen Anteil des Außenhandelsdefizits. Insbesondere die Futtermitteleinfuhren sind relativ frei von Einfuhrbeschränkungen, quasi als Zugeständnis für gewisse Begrenzungen bei den anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

11% der 13% über den EG-Eigenbedarf hinausgehenden landwirtschaftlichen Produktion, insbes. von Fleisch, Milch und Eiern, basiert auf Auslandsfutter. Die Überschüsse sind somit zu einem nicht unerheblichen Teil in der Tat importiert. Sie sind gleichzeitig zwangsläufig Hauptansatzpunkt der Kritik und auch der Forderungen der Landwirtschaft; denn über die Agrarimporte wird ein Teil des Finanzausgleichs zwischen der EG und den Drittländern abgewickelt. Die aus den Importen resultierenden Überschüsse werden von der Landwirtschaft wohl richtigerweise als Preis betrachtet, der für eine kontinuierliche und prosperierende allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zu zahlen war und ist.

Die Agrarüberschüsse allein auf die Politik der Förderung der gewerblichen Wirtschaft, d. h. des gesamtwirtschaftlichen Exportes, zurückführen zu wollen, wäre jedoch verfehlt.

b) hausgemacht

Dieser Teil soll die eigentliche EG-

Agrarpolitik beinhalten und daher einige allgemeine Bemerkungen vorab.

Die Bedeutung und gleichzeitig aber auch das Dilemma der EG-Agrarpolitik geht aus folgenden Fakten hervor:

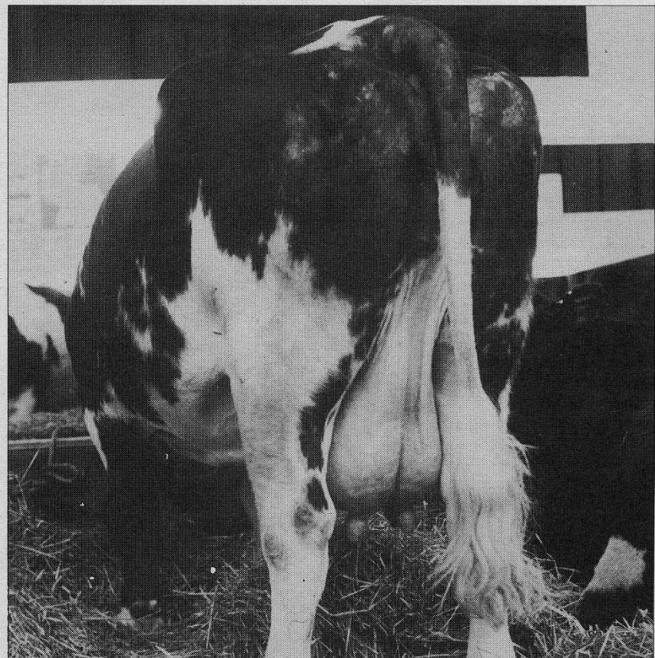
— 1985 wurden 70% des gesamten EG-Haushaltes von den EG-Agrarmarkt-ausgaben verschlungen

— Die EG-Marktordnungskosten sind von 1975 — 1985 um 350% auf nunmehr 46 Mrd. DM gestiegen und was besonders bedeutungsvoll ist, nur ca. 30% davon kommen den landwirtschaftlichen Betrieben unmittelbar zugute.

— Außerdem ist eine agrarstrukturell höchst problematische Verteilung der Mittel systembedingt. Auf den durchschnittlichen Vollerwerbsbetrieb kommen in der BRD allein für Milch und Getreide im Jahr 14.600 DM, wobei auf Betriebe unter 10 ha nur ca. 2.000 DM entfallen und auf Betriebe über 50 ha ca. 25.000 DM an Stützungsmittel entfallen. Das heißt: Betriebe mit hohem Produktionsvolumen, also in der Regel große Betriebe auf guten Standorten, partizipieren ungleich stärker an den Segnungen der EG-Marktordnungen als kleine Betriebe und Regionen mit ungünstigen natürlichen Produktionsverhältnissen.

Die gemeinsame Agrarpolitik ist einer der wenigen Bereiche, für die nach dem Wortlaut der Römischen Verträge eine unmittelbar von Brüssel ausgehende gemeinsame Politik vorgesehen war.

Der EWG-Vertrag umfaßt jedoch neben der Landwirtschaft in vollem Umfang erstmals auch Markt und Verbraucher.



Das Zuchziel über viele Jahre war die 10.000-Liter-Kuh. Und jetzt?

Diese Eingliederung der Landwirtschaft diente nicht nur der Erhaltung von Absatzmärkten für Agrarüberschübländer, sondern auch der Sicherstellung der Versorgung und der Gewährleistung angemessener Verbraucherpreise. Um es vorweg zu sagen, dieses Ziel ist mehr als erreicht worden.

Der Preisindex für Ernährung in der Bundesrepublik stieg seit 1979 um 21% (Erzeugerpreise — wie gezeigt — um 9%).

Der Anstieg bei den Ausgaben für Nahrungsmittel verlangsamte sich 1984 weiter und unterschritt 1985 zeitweise sogar das Vorjahrsniveau.

Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise blieb damit spürbar unter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten von 2,2% (1985; Österreich: 3,5%). Keines der westlichen Industrieländer schnitt besser ab. Für 1986 sind 1,5% Anstieg prognostiziert.

Der Anteil der Nahrungsmittel an den Ausgaben für den gesamten privaten Verbrauch blieb damit seit 1983 mit nur 18,7% unverändert. Nahrungsmittel sind im deutschen Verbraucherbudget nach Wohnen und Auto nur noch drittrangig. Aus dieser Sicht wären dem Verbraucher durchaus höhere Agrarpreise, die ohnehin teilweise nur noch einen Bruchteil an den Nahrungsmittelpreisen ausmachen, zuzumuten, wenn sie angesichts der übervollen Märkte durchsetzbar wären.

Die Bevölkerung wird reichlich, sicher, qualitativ gut und preislich immer günstig mit Nahrungsmitteln versorgt. Aus Verbrauchersicht besteht keine Veranlassung, eine Änderung zu wünschen.

Dies kostet dem Verbraucher in der EG jährlich — man möchte fast sagen nur — 168,— DM an Ausgaben für die Marktordnung.

Bezüglich der **Agrarpolitik** legte man schon 1958 auf der Konferenz von Stresa den bäuerlichen Familienbetrieb als Leitbild dieser gemeinsamen Politik fest.

Durch Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft sollte eine angemessene Lebenshaltung bei den Landwirten gewährleistet werden.

Aufgrund der relativ geringen Einkommen der landwirtschaftlichen Bevölkerung räume die Gemeinschaft der Verbesserung der Einkommen zunächst Prioritäten ein.

Durch eine aktive **Markt- und Preispolitik** bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre, **Agrastrukturpolitik** sowie **Steigerung der Produktivität über Intensivierung und Rationalisierung** wurde versucht, ein Einkommen wie im gewerblichen Bereich zu erreichen.

Zunächst zu den **gemeinsamen Marktordnungen der EG**, dem Grundpfeiler der EG-Agrarpolitik.

Sie sind Instrumente zur Stabilisierung der Agrarmärkte. Die gemeinsamen Marktordnungen der EG beruhen auf einem Schleusensystem an den Grenzen und unterschiedlich stark geschützten Preisen für die Erzeuger der Gemeinschaft.

Diese Stützungen werden durch **Interventionsmaßnahmen** (Getreide, Zucker, Milch, Rindfleisch)

— **Lagerbeihilfen** (Schweinefleisch, Tafelweine, verschiedene Obst- und Gemüsearten) oder

— **bloßen Außenschutz** (z. B. Eier, Geflügel, Blumen) erreicht.

Bei Milch bedeutete die Intervention, daß bis zur Garantiemengenregelung vom 1. 4. 1984 Butter und Magermilchpulver in unbegrenzten Mengen zu ständig steigenden Interventionspreisen aufgekauft wurden. Der Milchpreis stieg so in der BRD 1972 bis 1983 von 0,42 DM auf 0,657 DM.

Ein Blick in die Kühlhäuser und Silos der EG mit 1,2 Mio. t Butter, 800.000 t Rindfleisch und 17 Mio. t Getreide zeigt, daß die in einer Zeit der Unterversorgung zur Stabilisierung der Agrarmärkte geschaffenen Marktordnungssysteme, die dem Verbraucher nutzten, heute nicht mehr funktionieren.

Bei zunächst steigenden Preisen war eine Erhöhung der Produktion wirtschaftlich interessant. Bei der darauffolgenden zurückhaltenden Preispolitik wurde die Steigerung der Erzeugung zur existentiellen Notwendigkeit. Dieses Dilemma macht deutlich, daß eine aktive Preispolitik als einziges Instrument der Einkommenspolitik ungeeignet ist. Diese Politik wurde nicht rechtzeitig und entscheidend korrigiert.

In der seit wenigen Jahren zurückhaltenden Agrarpolitik, die aufgrund der bisher nicht erfolgten Angleichung der

Währungssysteme in der EG sich in der BRD besonders negativ auswirkte, kamen überproportional steigende Kosten. Der einzelbetrieblichen **Strukturpolitik** begann sich die EG Ende der sechziger Jahre zu bemächtigen, als deutlich wurde, daß die Markt- und Preispolitik nicht ausreichte, die Einkommen wie angestrebt zu verbessern. Ich erinnere an die Mansholtschen „Modernen landwirtschaftlichen Unternehmen“ und die heftigen Diskussionen. Das Ergebnis bestand in der Richtlinie 159 von 1972 zur Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe. Voraussetzung für die Förderung war, daß der Betrieb durch die Investition in 4 Jahren ein Einkommen erzielte, das dem außerlandwirtschaftlichen Vergleichseinkommen entsprach.

Ergebnis

— Fördermittel flossen vorrangig in Regionen mit ohnehin schon besseren Agrarstrukturen.

— Betriebsinhaber mit unzureichenden finanziellen und/oder mangelnden geistigen Voraussetzungen wurden zu unvertragbaren großen Entwicklungsschritten veranlaßt.

— Die Überschüsse wuchsen, und zumindest in der BRD entbrannte in den Dörfern ein Kampf um jeden Acker. Diese einzelbetriebliche selektive Förderung bewirkte in Verbindung mit der Landabgabebesteuerung und vor allem mit einem gebietsweise großen Angebot an außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen einen erheblichen Strukturwandel.



Gesunder Boden, gesunde Ernten: Das Bodenschutzprogramm ist angelaufen.

Von 1970 — 1984 haben die Betriebe in der EG um 21%, in der BRD um 34% und in Baden-Württemberg um 37% abgenommen.

Die Produktivität und Intensität wurden als Folge der Preis- und Förderpolitik überdurchschnittlich gesteigert. Ermöglich wurde die Steigerung durch den enormen biologisch-technischen Fortschritt.

Beispielsweise wurde die Getreideproduktion um durchschnittlich ca. 3,5% pro Jahr gesteigert (Leistungssteigerungen in Österreich in derselben Höhe). Jährliche Produktionssteigerung im Durchschnitt aller Produkte: 1,5—2%. Die durchschnittliche Jahreszuwachsraten der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen betrug im Zeitraum 1970—1982:

	BRD	EG
Landwirtschaft	+ 1,8%	+ 1,9%
Industrie (dagegen nur)	+ 1,3%	+ 1,7%

Die Entwicklung dieser Jahre zeigt, daß eine Landwirtschaft mit überwiegend bäuerlichen Familienbetrieben am besten auf technische und wirtschaftliche Entwicklungen reagieren kann.

Was ist das Ergebnis

- der EG Markt- und Preispolitik mit längerer Zeit aktiver Preispolitik;
- einer einzelbetrieblichen Strukturpolitik mit rasantem Strukturwandel, durch den u. a. die Einkommen auf weniger Arbeitskräfte verteilt wurden bzw. verteilt werden konnten;
- einer enormen Produktions- bzw. Intensitätssteigerung.

Dieses Ergebnis ist sehr bescheiden. Der Gewinn je Arbeitskraft dürfte im Wirtschaftsjahr 1984/85 im Bundesgebiet knapp 23.000 DM betragen. Er liegt damit auf dem Einkommensniveau der Jahre 1974/75. Der außerlandwirtschaftliche Vergleichslohn beträgt dagegen über 35.000 DM. Auch in der EG stagnierten die Betriebseinkommen; sie sind damit real gesunken.

Im Vergleich mit den anderen EG-Ländern liegt die BRD bei den landwirtschaftlichen Einkommen an drittletzter Stelle. Dies ist vor allem deshalb so bedrückend, weil die BRD im außerlandwirtschaftlichen Bereich an der Spitze steht.

Erhebliche regionale Unterschiede, so vor allem auch in der BRD, verschärfen die Situation.

Aufgrund der ungünstigen Agrarstruktur — die durchschnittliche Betriebsgröße der Haupterwerbsbetriebe beträgt in Baden-Württemberg etwa die Hälfte der Betriebe in Niedersachsen und Schleswig-Holstein — und aufgrund teilweise sehr ungünstiger Produktionsbedingungen — Schwarzwald mit Höhen bis zu 1.500 m — liegt der Gewinn in Baden-Württemberg um 10% jährlich unter dem Bundesdurchschnitt. Gegenüber den beiden norddeutschen Ländern

Schleswig-Holstein und Niedersachsen bis zu 25%, d. h. bis zu 9.000 DM.

IV. Zukunftsperspektiven

a) Entwicklung der Überschüsse

Bei Milch wurde in der EG seit April 1984 eine Garantiemengenregelung eingeführt. Abgesehen von den unendlich vielen Problemen, die damit verbunden waren und sind, konnte zumindest der Milchpreis in der BRD im wesentlichen gehalten werden. Andererseits jedoch wurde durch diese Quotenregelung die Produktion nur auf 114% heruntergesetzt; die Marktordnungskosten für den Milchbereich werden sich 1986 in der EG auf rd. 15 Mrd. DM belaufen.

Der Getreideüberschuß wird — wenn keine einschneidenden Maßnahmen ergriffen werden — zu Beginn der neunziger Jahre in der EG (10) jährlich 40—45 Mio. t bzw. 33% betragen. Die Lagerbestände werden dann auf knapp 100 Mio. t geschätzt. Bei Rindfleisch sind die Probleme durch die Garantiemengenregelung Milch und durch die Abschlachtung von Kühen sowie durch eine verstärkte Produktion von Rindfleisch verschärft worden.

b) Der biologisch-technische Fortschritt wird sich in den kommenden Jahren, soweit keine administrativen Beschränkungen und Eingriffe vorgenommen werden, weiter fortsetzen.

c) Absatzmöglichkeiten

— Der Verbrauch an Nahrungsmitteln stagniert in der EG und zeigt weltweit gesessen nur geringfügig steigende Tendenz auf.

— Die Weltvorräte an Getreide werden 1985/86 auf den Rekordbestand von 361 Mio. t anwachsen.

— Bisherige Getreideimporteure, wie z. B. Indien und China, werden zunehmend selbst zu Exporteuren.

— Die USA werden die Agrarsubventionen insbesondere für den Export erhöhen.

— Der niedrige Dollar-Kurs verteuert die Exporterstattungen und damit die Marktordnungskosten der EG erheblich.

Die Lieferung von Nahrungsmitteln an Länder der Dritten Welt wird auch künftig nur in begrenztem Maße möglich sein.

Die zahllosen, heute überall intensiv diskutierten Möglichkeiten zur Verwendung nachwachsender Rohstoffe zur Gewinnung von Alkohol, Stärke, Fasern und anderen Zwecken, müssen zweifellos intensiv weiterverfolgt werden; es wäre aber eine Illusion, sich kurz oder auch mittelfristig wesentliche Erleichterungen auf den Märkten zu versprechen.

d) Erweiterung der EG um Spanien und Portugal

Mit dem Beitritt dieser beiden Länder wird die EG-Agrarerzeugung bei

Zitrusfrüchten	um + 66%
Olivenöl	um + 59%
Gemüse	um + 31%

Obst
Wein

um + 24%
um + 23%

steigen.

Bei Obst, Gemüse und Zitrusfrüchten bestehen zwar keine Überschüßprobleme, viele Lieferanten außerhalb der EG fürchten jedoch um ihren Absatzmarkt. Bei Wein wird die Überschüssituation bei einer zusätzlichen Produktion von 23% sich ganz erheblich verschärfen, da die EG bereits jetzt einen Versorgungsgrad von ca. 120% aufweist.

Bei Weizen und Gerste soll Spanien bereits jetzt über dem Selbstversorgungsgrad liegen. Inwieweit sich die von Optimisten erhofften leichten Absatzchancen für Rindfleisch und Milcherzeugnisse eröffnen, bleibt abzuwarten. Ich bin der Überzeugung, daß die beiden Länder, insbesondere Spanien, noch unübersehbare Produktionsreserven besitzen und dieses gewaltige Agrarpotential das „Grüne Europa“ verändern wird.

Angesichts dieser Fakten und der beunruhigenden Zukunftsperspektiven ist die EG-Agrarpolitik wie nie zuvor in die Diskussion geraten. Die verstärkten Auseinandersetzungen begannen mit der Milchgarantiemengenregelung, setzten sich fort über das Veto von Bundesminister Kiechle bei den Preisverhandlungen im Jahre 1985, den weitgehenden Abbau des Währungsüberganges, der mit einer fast sensationellen Anhebung der Mehrwertsteuer in der BRD ausgeglichen wird und hat einen vorläufigen Höhepunkt in 9

Auch Bundesländer in der BRD, die sich üblicherweise nur über den Bundesrat zur EG-Agrarpolitik äußern, haben sich z. T. sogar durch ihre Ministerpräsidenten in die Diskussion eingeschaltet. Was den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Lothar Späth, und seinen Landwirtschafts- und Umweltminister, Gerhard Weiser, so sehr bedrückt, ist die Tatsache, daß noch nie so viel Geld für die Agrarpolitik bzw. für die Landwirtschaft ausgegeben wurde.

Und trotzdem stagnieren die landwirtschaftlichen Einkommen seit Jahren und Unzufriedenheit, Unsicherheit und vor allem Resignation greifen um sich.

Übereinstimmung zwischen EG und den einzelnen Bundesländern, Wissenschaft und auch der öffentlichen Meinung, besteht lediglich darin, daß die Überschüsse nicht mehr finanziert werden und abgebaut werden müssen.

Diese zahllosen Meinungen, Auffassungen und Alternativen zur Lösung der Agrarprobleme in der EG möchte ich versuchen, in 4 Gruppen zu gliedern und zwangsläufig sehr vereinfacht darzustellen:

1. Zahlreiche Wissenschaftler, Verbraucherverbände, Teile der öffentlichen Meinung, allen voran die Frankfurter Allgemeine Zeitung, fordern die Einführung von Weltmarktpreisen. Die Landwirtschaft soll dem freien Markt überlassen.

sen werden. Sie würde sich dann von selbst darauf einstellen, und die Kosten für den Agrarbereich würden damit drastisch gesenkt.

2. Die EG-Kommission hat ihre in dem Green-Paper dargelegten Vorstellungen einer doch beträchtlichen Preissenkung wieder geändert und geht zur Zeit von einer nur restriktiven Preispolitik aus. Die Vorstellungen zum Getreide- und Rindfleischmarkt beinhalten jedoch Maßnahmen wie z. B. Herabsetzung des Interventionspreises bei Getreide und Beschränkung der Intervention von Rindfleisch auf Ausnahmefälle, die letztlich auf nicht unerhebliche Preissenkungen hinauslaufen. Sie will damit Marktordnungskosten einsparen und eine höhere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt erreichen, der allerdings, wie bereits dargelegt, hoffnungslos überfüllt ist und zu einem weiteren Handelskrieg vor allem mit den USA führen muß.

Die Kommission hat zwar als flankierende Maßnahmen Möglichkeiten direkter Einkommensbeihilfen vorgestellt, durch die Anpassung und Umstellung der Betriebe erleichtert werden sollen. So die Vorrhestandsregelung vom 55. — 65. Lebensjahr (ca. 7.000 — 9.500 DM pro Person und Jahr) oder die Strukturpolitische Variante (zeitlich befristete, degressive, produktionsorientierte Beihilfe für Haupterwerbsbetriebe, die in der Produktion gehalten werden sollen; ca. 13.500 DM in 5 Jahren). Letztes Aufangennetz (mit 1.500 DM pro Begünstigten und Jahr äußerst knapp bemessene Übergangshilfe für mittelfristig ausscheidende Betriebsleitergeneration). Abfindung für Aufgabe (höchste Aufwendungen, da Anreiz zur Aufgabe notwendig; Schaffung von ökologischen Nischen und Freizeitparks, Aufforstungen).

3. Bundesminister Kiechle, z. T. die Berufsverbände und Bundesländer (wie Schleswig-Holstein und Niedersachsen) beharren auf dem Grundsatz einer aktiven Preispolitik. Einkommensübertragungen sollen im wesentlichen nur für benachteiligte Gebiete erfolgen; die sozialen Maßnahmen sollen generell weiter verstärkt werden.

Der Bundesminister setzt vor allen Dingen auch auf die verstärkte Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen für den industriellen Bereich. Außerdem wird zur Zeit auch eine Art Vorrhestandsregelung erwogen, wenn die Flächen des Betriebes für ökologische Zwecke verwendet, d. h. nicht genutzt werden.

4. Baden-Württemberg geht es in seinem Konzept vor allem darum, daß die für die Landwirtschaft aufgebrachten Mittel in vollem Umfang tatsächlich den Betrieben zugute kommen und außerdem mehr nach Gesichtspunkten des Standortes, der Struktur und der sozialen Bedürftigkeit eingesetzt werden. Zum Abbau der Überschüsse würden vorübergehend auch Preissenkungen hingenommen oder auch eine Beschränkung bzw. Verteuerung von Betriebsmitteln akzeptiert wer-

den, wenn gleichzeitig rechtlich fixiert wird, daß eingesparte Mittel in vollem Umfang für die direkte Zuweisung an landw. Betriebe eingesetzt werden. Baden-Württemberg geht davon aus, daß bei einer erheblichen Reduzierung der Überschüsse sich der Exportdruck der EG wesentlich verringert. Somit könnte man den wichtigsten Weltmarktpartnern, wie z. B. den USA, eine gewisse Einbeziehung der Substitute in den unter allen Umständen zu erhaltenen Aufenschutz abringen. Es wird also in keiner Weise ein Weltmarktpreisniveau, sondern ein Binnenpreisniveau, angestrebt.

Baden-Württemberg betont, auch aus ökologischen Gründen die Landwirte nicht ständig zu neuer Produktionsintensivierung durch entsprechende agrarpolitische Vorgaben zu zwingen, sondern sie vielmehr auch für ihre landschaftspflegerischen Leistungen zu entgelten. Eine gewisse Herausnahme von Flächen aus der Produktion zur Biotopvernetzung und zur ökologischen Bewirtschaftung wird daher für sehr dringend erachtet, während Flächenstilllegungen großen Umfangs zur Verminderung der Produktion abgelehnt werden, weil sie sehr hohe Kosten verursachen und relativ wirkungslos sind.

Bei der Beurteilung der verschiedenen Alternativen zur Lösung der Agrarprobleme in der EG ist entscheidend, welches Ziel man vor Augen hat. Baden-Württemberg zumindest steht zwar einem vernünftigen Strukturwandel durch-

aus offen gegenüber, lehnt aber ein unbegrenztes Wachstum ab. Das agrarpolitische System, das den Agrarpreisen allein die steuernde und einkommensbildende Funktion zuweist, hat auch in Amerika erneut zu großen Problemen geführt. Dort sterben Tausende von Farmen.

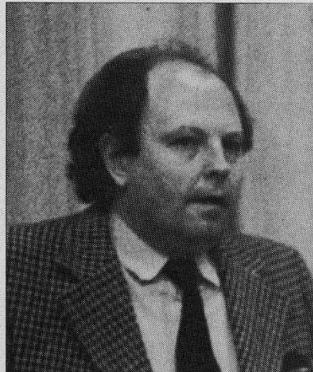
In einer freien Marktwirtschaft wird die Landwirtschaft aufgrund der großen biologisch-technischen Möglichkeiten stets mehr produzieren als verbraucht werden kann, so daß ein ständiger Preisdruck besteht und die Betriebe unentwegt zur weiteren Rationalisierung, Vergrößerung und Intensivierung gezwungen werden. Was wir brauchen und was wir anstreben, sind bäuerliche Familienbetriebe mit technisierungswürdigen Betriebsgrößen, die in einem Verbund mit Zu- und Nebenerwerbsbetrieben arbeiten. Großbetriebe oder gar Agrarfabriken lehnt Baden-Württemberg ab. Sie entsprechen nicht den gesellschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen des Landes. Sie entsprechen nicht den Zielsetzungen des Landes für einen intakten ländlichen Raum mit tragfähiger Infrastruktur. Sie erfüllen nicht die Anforderungen, die ein Land wie Baden-Württemberg an die Pflege der Kulturlandschaft stellt und sie entsprechen vor allen Dingen nicht den gerade in Baden-Württemberg sehr ausgeprägten Vorstellungen einer ökologisch behutsam wirtschaftenden Landwirtschaft.



Die Erdäpfelaktion in Sommereben verbindet Graz mit dem Bauernland.

DER AGRARAUSSENHANDEL: URSACHEN UND HINTERGRÜNDE

Leo Slezak



Wir exportieren fast nur Rohstoffe

Wenn ich mir unser gigantisches Agrarhandelsdefizit anschause, dann ergibt sich ein fast doppelt so hoher Wert für den Import wie für unsere Exporte, obwohl die Menge gleich ist.

Wenn ich das genauer analysiere, komme ich zu dem Schluss, daß wir Österreicher hauptsächlich Rohstoffe ausführen, also Fleisch, Vieh, Getreide und Milchprodukte in mehr oder weniger verarbeiteter Form.

Wir exportieren das Getreide in die Oststaaten, wo es vermahlen und zu Brot gebacken wird . . .

Wir exportieren das Fleisch nach Italien usw., das dort in Schlachthöfe kommt und weiter verarbeitet wird.

Wir exportieren das Milchpulver, das ja auch nicht unmittelbar gegessen wird, sondern in die Verarbeitung bzw. Veredelung muß.

Das Kernproblem: Unser agrarisches Handelsbilanzdefizit ist zum Großteil ein strukturelles. Wir können bekanntlich nicht mehr Fleisch, nicht mehr Getreide, nicht mehr Milchpulver exportieren. Wir können das Gleichgewicht nur herstellen, wenn wir stärker in die Verarbeitung gehen. Dann geht auch mehr österreichische Wertschöpfung ins Ausland, wir können in der Veredelung zusätzliche Arbeitskräfte beschäftigen.

Unsere Exportgüter kommen fast ausschließlich direkt vom Bauern. Die Importwaren im Agrarbereich aber enthalten sehr viel Dienstleistung, sehr viel Arbeitseinsatz in der Veredelung und Verarbeitung.

Engelbert Königswieser



Am Beispiel Milchwirtschaft

Die Grundlage der österreichischen Milchproduktion ist der Selbstversorgungsauftrag des neutralen klei-

nen Staates Österreich an seine Milchwirtschaft.

Die österreichischen Milchbauern produzieren nicht nur für sich, sondern für die gesamte Volkswirtschaft, und dürfen daher bei der Verwertung der Überschüsse, die normalerweise anfallen, grundsätzlich nicht in höherem Ausmaß finanziell belastet werden als die übrige Volkswirtschaft.

I. Versorgungssicherung

Versorgungssicherung durch Selbstversorgung im milchwirtschaftlichen Bereich ist eine volkswirtschaftliche Aufgabe.

Die Finanzierung der „Überschuß“-Verwertung obliegt der Volkswirtschaft. Der anzustrebende Versorgungsgrad beträgt 121%.

- Wurde 1978 gesetzlich anerkannt (Gegenleistung für die seinerzeitige Einwilligung der Bauernschaft zu einem Mengenkorsett).
- Der Verwertungsgrad von 121% ist objektiv notwendig zu Sicherung folgender Ziele:



Eine reiche Palette: Molkeremeister Hans Pammer bei der „Ferienmesse“.

- Selbstversorgung an jedem Tag des Jahres;
- Aufrechterhaltung einer Produktionsbereitschaft und Leistungsreserve für den Krisenfall;
- Strukturelle Milchbindungen;
- Optimale Exporterlöse durch gesichertes kontinuierliches Exportmarketing, das bestimmte sichere Angebotsmengen voraussetzt.

Weitere Voraussetzung:

- In der Praxis einhandmäßige wirkende Zusammenfassung des Exportangebotes;
- Spezialproduktion im Gegensatz zur Massenware.

1978 nur Verhandlungsteilerfolg.

• Es ist der bäuerlichen Seite nicht gelungen, die Gesamtfinanzierungsverantwortung der Volkswirtschaft zu übertragen, sondern nur 16%. Die restlichen 5% wurden solidarisch von den Milchbauern übernommen.

• Nicht einmal der strukturelle Magermilchüberschuß wurde von der Volkswirtschaft zur Gänze übernommen. Er belastet heute die Gesamtrechnung mit 850 Mio. S und trifft die Bauern mit 425 Mio. S.

• Es ist nicht gelungen, die Importe in die Darfsmengenberechnung einzubeziehen.

Der Staat muß mit steigenden Importen weniger Finanzanteil tragen.

• Der Staat hat sein Versprechen gebrochen; die finanziellen „Umweltbedingungen“ von 1978 nach Einführung der Richtmengenregelung zumindest nicht zu verschlechtern. Im Gegenteil:

— Der Staat strich die Konsumentenpreissubventionen;

— Sozialpartner belasten bei den Preisrunden übermäßig die exportorientierten und preiselastischen Produkte.

Ergebnis: Österreichs Preisniveau liegt um 5 Mrd. S zu hoch.

• Dadurch taten sich (bei Mitte 1978 noch niedrigem Preisniveau geschlossene) Importschleusen auf.

12

2. Notwendigkeit der 121% Versorgungsvolumen:

— Veröffentlichungen bzw. andere zur Verfügung stehende Unterlagen (Fachartikel in den Jahren 1979/80; Informationen des OEMOLK an Ministerium, Bauernbund und Präsidentenkonferenz, zuletzt Jänner 1986) weisen nach, daß dieses Volumen beim Umfang der derzeitigen Strukturbindungen zur Sicherung der Selbstversorgung notwendig ist. 21% Exportfordernis würde mit ca. 11%-Punkten auf Emmentaler und ca. 10%-Punkten auf übrige Verwertungsformen entfallen. Damit wäre auch sinnvollen strukturellen Bindungen Rechnung getragen.

Diese Aufteilung läßt in einzelnen Verwertungssparten Mengen zu, mit denen eine stete Pflege ausländischer Marken- und Spezialitätenmärkte unter gleichzeitiger Beachtung des Prinzips der geographischen und sortenmäßigen Risikostrreuung sich als möglich und erfolgreich erwiesen hat.

Die bisherige Organisation der Exportwirtschaft hat allein im OEMOLK-Bereich (Butter, Milchpulver, Schnittkäse) zugunsten einer verminderten Inanspruchnahme von Exportstützmitteln in den letzten drei Jahren über 200 Mio. S jährlich erwirtschaftet. Diese Zahl ist nachgewiesen und hält auch kritischster Beurteilung stand.

Die Alternative wäre zufallsweise Auftreten mit österreichischen Angeboten auf dem Weltmarkt bei Butter und Magermilchpulver in Massenqualität zu Niedrigpreisen bei unsicheren Verkaufschancen (da keine Dauerkontraktierung möglich). Das Stützungserfordernis ist mit 500 bis 600 Mio. S zu veranschlagen. 3. Der politische Gegner versucht, das milchwirtschaftliche Marketing als ungünstig hinzustellen. Fälschlicherweise wird auch immer wieder von einer Stagnation des Inlandsabsatzes gesprochen: siehe positive Absatzentwicklung 1985 trotz des überhöhten Preisniveaus und der explosionsartig gestiegenen Importe! Eindrucksvolle Steigerungsraten seit 1977 insbesondere bei Käse und fetten Frischprodukten (Sauerrahm, Obers).

III. Ansatzpunkte zur Problemlösung:

Grundfragen:

1. Wo sind die Wurzeln und Ursachen des Problems?

2. Welchen Beitrag zur Problembewältigung leisten die einzelnen Maßnahmen? Hauptursache ist der große Preisunterschied (die erwähnten 5 Mrd. S), zurückzuführen auf zwei Teilsachen:

a) Die vor allem strukturbedingt hohen Produktions- und Vermarktungskosten in Österreich;



Im Delikatessengeschäft: Warum nicht Butterkekse aus Österreich?

II. Nachweise:

1. Überhöhtes Preisniveau in Österreich: Dieses ist die Erstursache für eine Kette weiterer daraus folgender Probleme:

- Abflachen der Steigerungen im Inlandabsatz heimischer Erzeugnisse,
- Anwachsen des Importsuges und Offenbarwerden handelspolitischer Lücken im Außenbeschaffung,
- Störung des in der Marktordnung vorgesehenen Ausgleichsystems,
- übermäßige preisliche Belastung der Bauern treffenden Exportprodukte. Die zu hohen österreichischen Preise sind nachzuweisen in der Vergleichsrechnung Österreich-EWG, die eine um 5 Mrd. S zu hohe österreichische Preisbelastung ergibt.

(Gesamtrechnung wurde Mitte 1985 vom OEMOLK bekanntgemacht und liegt zur Einsichtnahme auf.)

b) die niedrigere Subventionsrate in Österreich.

Der Minister versucht, allein der österr. Milchwirtschaft wegen ihrer Mehrkosten die Schuld an den derzeitigen Problemen anzuladen.

Sicher kann weiter rationalisiert werden. Eine stärkerne Rationalisierungspolitik kann bestenfalls von den 5 Mrd. S Preisdifferenz nur ein Fünftel durch Rationalisierung hereinbringen (dies würde etwa die Halbierung des Beschäftigtenstandes voraussetzen und 10 bis 15% der Gesamtkosten der Verarbeitung und Vermarktung entsprechen).

Mindestens 4 Mrd. S kommen jedoch durch die höheren ausländischen Förderungsmaßnahmen für die ausländischen Milchwirtschaften zustande und können nur durch zwei Maßnahmen ausgeglichen werden:

a) Österreich unterstützt seine Milchwirtschaft in ebensolchem Ausmaß wie die EG, Schweiz, Schweden etc.

Damit würde der Außenbeschutz trotz seiner formalen Lückenhaftigkeit in der Praxis wieder genügen.

b) Hundertprozentige formale Absicherung des Außenbeschutzes.

Dann könnte unter Umständen das hohe österreichische Preisniveau aufrechtbleiben, ohne Importe befürchten zu müssen.

IV. Vorschlag für Kriterien einer langfristigen Verhandlungsstrategie

1. Fundament der Argumentation ist der Selbstversorgungsauftrag von 1978 und die damit verbundene Verpflichtung der gesamten Volkswirtschaft, die Kosten der Überschussverwertung zu tragen.

2. Weitere Basis ist die Anerkennung der Notwendigkeit des Selbstversorgungsgrades von 121%.

(Lockung von strukturellen Bindungen nur in kleinen Schritten möglich.)

3. Stopfen der Importschleusen:

a) kurzfristig: Stützung der gefährdeten Käsesorten durch Nothilfe gemäß Vorschlag (aus höherer Umsatzsteuer auf pflanzliche Fette und Öle);

b) kurzfristig: Verschärfung der Vorschriften für kleinen Grenzverkehr (Zurücknahme der Maßnahmen Steyrers und Vranitzkys vom Herbst 1985);

c) politisch fundamentierte internationale Handelspolitik in Brüssel und Washington und damit Erreichen der Einbeziehung der Problemkäse in die Mengengrenzung ohne Kompensationsopfer. (Mit politischer Fundamentierung lassen sich z. B. auch die Notstandsmaßnahmen des GATT-Vertrages anwenden.)

4. Beschränkung der Finanzierungsverantwortung der Bauern auf die Produktion außerhalb der angestrebten Selbstversorgung:

a) kurzfristig: Entlastung der Bauern von der Finanzierung von Inlandaktionen;

b) kurzfristig: Übernahme der strukturellen Magermilchüberschüsse durch den Staat;

c) mittelfristig: Übernahme der 5%, die mit dem allgemeinen Absatzförderungsbeitrag belastet sind, schrittweise durch den Staat (und nicht umgekehrt durch Senkung der Richtmenge).

5. Importe werden in die Bedarfsmengenberechnung einbezogen. Hier sind vernünftige Teillösungen und Kompromisse denkbar, vor allem auf der Grundlage des Status quo von 1978.

Durch Importe bedingte Exporterfordernisse sind vom Staat zu finanzieren.

6. Förderung des Inlandabsatzes durch Maßnahmen mit zusätzlicher Absatzwirkung (nicht nur Substitution):

a) Fixierung des Fettgehaltes der Trinkmilch generell auf den gemölkten Fettgehalt (+ ca. 1.600 t Butteräquivalent);

b) Industrierutteraktion, Futtermagermilchaktion (trocken und flüssig);

c) Schulmilchaktion (Schulmilch könnte verdoppelt werden);

d) Fruchthjoghurtaktion.

7. Angleichung der angegebenen Einzelrichtmengen an die offizielle Gesamtrichtmenge.

8. Handelbarkeit von Richtmengen.

9. Vernünftige Ab-Hof-Regelung.

Preise in den letzten Jahren auf den Märkten erzielt haben. In einem sehr berühmten Apfeldorf in der Steiermark hat man mir erklärt: „Was wir heuer an Glotterapfelbäumen verkauft haben, ich weiß nicht, wer diese Glotter in drei, vier Jahren essen wird.“ Dasselbe gilt auch für das Gemüse.

Grundsätzlich: Österreich ist ein ganz kleines Land, zwischen zwei mächtigen Wirtschaftsblöcken. An der Ostgrenze haben wir die COMMECON und an der bayerischen Grenze beginnt die EG, an der italienischen Grenze beginnt die EG, und zwischen diesen zwei Blöcken könnten wir sehr leicht zerrieben werden. Wir alle haben grundsätzlich sehr unterschiedliche Wirtschaftssysteme oder Außenhandelsysteme. Die EG schöpft ja bekanntlich ab und subventioniert Exporte in Drittländer. Österreich ist ein Drittland, weil es ja nicht Mitglied der EG ist. Dagegen wehrt sich nicht nur Österreich, sondern auch die Schweiz mit Hilfe des Dreiphasen-Systems.

Ich glaube, das Drei-Phasen-System ist eine uralte Sache, ich skizziere nur ganz kurz: Wenn wir nichts haben, wird frei eingeführt. Wenn wir die Märkte nicht ganz versorgen können, werden noch zusätzliche Kontingente genehmigt, und wenn wir voll marktversorgt sind, gibt es die totale Importsperrre. Wenn das System richtig angewendet wird, dann ist das wesentlich wirksamer, als jede andere Stützung, Abschöpfung, Erstattung usw. Es gibt eben nur ein System, entweder Abschöpfung oder das Drei-Phasen-System.

Die zweite Sache, geographisch gesehen: Österreich liegt im Obst- und Gemüsewarenstrom, der durch Europa zieht, etwa 70% des Obstes und Gemüses, das über die Grenze geht, ist internationaetwa 70% des Obstes und Gemüses, das über die Grenze geht, ist international. Es wird in den großen Konsumzentren der Industriestaaten abgesetzt. Für uns ist es eine Belastung. Wenn wir freie Einfuhr haben, und in der EG droht der Markt zusammenzubrechen, werden die Sendungen per Funk gestoppt und in Österreich ausgeladen. Solche Dinge haben wir bereits erlebt, und wir müssen uns auch ein bißchen an die Handhabungen der EG richten, z. B. bei den Frühkartoffeln, und dann eben früher sperren. Diese freie Handhabung des Drei-Phasen-Systems war bis zum Amtsantritt von Minister Haiden möglich. Seither haben sich die Dinge wesentlich geändert.

Nun zur handelsgeschichtlichen Lage Österreichs: vor 20 Jahren hatten wir noch etwa eineinhalbmal soviel Handelsketten wie jetzt, die 30% unserer Produkte vermarktet. Der Rest waren die Greifler. Heute ist das umgekehrt. Etwa 80% vermarkten die Handelsketten. Damit hat sich ja die Konfrontation total verändert. Wir haben heute 5 Leute, mit denen wir auf der Handelseite verhandeln. Früher waren es Hunderte.

Rüdiger Führing



Am Beispiel Obst und Gemüse

Obst- und Gemüse ist gerade in der Steiermark ein sehr wichtiges Spezialprodukt, und ich möchte gleich eingangs etwas klar stellen: Es geht so das Gerücht durch die Lande und durch die Bauernschaft: Da könnten wir noch reich werden. Also ich muß das grundsätzlich ablehnen. Diese Lücken beim Obst sind längst zu, denn das, was in den letzten Jahren an Obstbäumen gepflanzt wurde, das treibt uns in den nächsten drei, vier Jahren in den Überschuß hinein. Nur weil wir noch halbwegs kostendeckende

Ich habe Ihnen also ganz kurz einen Überblick gegeben und nun frage ich Sie: Woher kommt der Überschuss? Ist er hausgemacht oder nicht hausgemacht? Die Frage kann man nur mit „jein“ beantworten. In der Gemüseproduktion haben wir den Nachteil, daß das Gemüse eine einjährige Pflanze ist. Daher ist dieses Gemüse der Spekulation total ausgeliefert. Wenn einmal in einem Jahr eine Mißernte war, bei irgendeinem dieser Gemüsesorten, und der Preis liegt entsprechend hoch, dann beginnen alle im nächsten Jahr, dieses Gemüse zu produzieren. Damit fällt man erst recht auf die Nase. Das wird hundertmal gepredigt, hundertmal gesagt, und immer wieder treten diese Dinge ein. Auf der anderen Seite ist auch das Obst irgendwo der Spekulation ausgesetzt, aber lange nicht so arg, wie das beim Gemüse (z. B. der Erdbeere) ist. Aber hier sind noch nicht solche Dinge vorgekommen. Wenn man sagt, es gäbe noch Nischen in der Obstproduktion, dann muß ich Ihnen zur Antwort geben: Ja, die Nischen gibt es. Nur bitte, dann produzieren Sie mir Marillen, die Sie im April auf den Markt liefern können, oder im Februar auf den Markt liefern können. Wenn Sie das zusammenbringen, dann können Sie die Nischen ausfüllen. Wenn Sie das nicht zusammenbringen, dann sind wir bereits knapp vor oder bereits in der Überproduktion. Das Drei-Phasen-System, das umfaßt natürlich nur Produkte, die wir erzeugen.

14 Produkte, die wir nicht erzeugen, die sind völlig einfuhrfrei. Und auch diese Produkte, wie Orangen, Zitrusfrüchte, Bananen etc. machen uns Schwierigkeiten. Das müssen wir uns gerade auf dem Obstmarkt immer wieder vor Augen halten. Wenn im vorigen Jahr die Bananen im Oktober einen Großhandelspreis von 200 Schilling pro Karton gehabt haben (20 Kilogramm), dann haben die Bananen heuer im Oktober einen Preis von 80 Schilling gehabt. Unsere Obstbauern haben das genau gespürt. Wenn die Hausfrau dem Kind Bananen in die Schule mitgibt, ist es derselbe Effekt, wie wenn sie ihm einen steirischen Apfel mitgibt. So sind wir der gesamten europäischen und Weltobstproduktion ausgeliefert. Gab es vor 10, 20 Jahren noch keine Tropenfrüchte, so gibt es heute bereits 40 Tropenfrüchte. Die neueste Tropenfrucht heißt Carambola. Eine Frucht hat uns schon in große Schwierigkeiten gebracht: die Kiwi. Es gibt in diesem Bereich der Handelspolitik nur mehr eine Chance: Die Luxussteuer. Ich könnte mir vorstellen, daß eine Kiwi oder eine Carambola, aber auch eine Banane oder eine Orange, absolut zum Luxusobst gehört, weil diese Früchte von weit hergebracht werden und sicherlich kein europäisches Obst in diesem Sinne darstellt. Eine andere Möglichkeit haben wir in der heutigen Struktur sicherlich nicht.

Jetzt komme ich zum Obst. Wir haben in Österreich bereits die volle Versorgung, in vielen Produkten sogar die Überver-

sorgung erreicht. Der Vergleich zwischen Rindfleisch und Obst oder Milch und Obst ist total falsch, denn ich kann nicht einen Ausdruck, der 30, 40 verschiedene Produkte umfaßt, mit einem einzigen anderen agrarischen Produkt vergleichen. Wir haben in unseren bodenständigen Obstarten bereits das Mögliche erreicht. Und wir haben alle Möglichkeiten und alle Dinge ausgeschöpft, die möglich sind. Auch andere Bundesländer haben sich in den letzten Jahren besonders angestrengt und produzieren Obst, teils mit gutem Erfolg. Nur ist in den letzten Jahren durch das Stausystem an der Donau, ich denke an die Gegend zwischen Krems und Traismauer, vieles verändert worden. Da war ein Auwald, der grundsätzlich einmal im Jahr überschwemmt worden ist. Jetzt haben sie den Auwald gerodet, haben Äpfel ausgesetzt, umfangreiche Plantagen angelegt, und bewässern mit vorgewärmten Stauwasser die Anlagen. Sie werden noch zu Höchsterträgen in den nächsten Jahren kommen. Das sind Hoffnungsgebiete, das sind Möglichkeiten, wo man die Leute ja sowieso nicht bremsen kann. Daher möchte ich sehr warnen, wenn Sie glauben, Sie können den Obstbau noch ausdehnen. Gerade im Obstbau habe ich neben der Luxussteuer eine andere Hoffnung. Es gibt leider noch unglaublich viele Selbstvermarkter. Wenn das nicht aufhört, dann sägen wir unseren Ast ab,

auf dem wir sitzen. Wenn wir nicht eine organisierte Vermarktung haben, gehen wir daran zugrunde. Ich höre die Zahl von ungefähr 30% Selbstvermarktern in der Steiermark. Auch wenn es nur 20% sind, sind es noch viel zu viel, und die zerstören unseren Markt.

Und jetzt komme ich zum Gemüse. Die Gemüse-Produktion hat zwei tiefe Einbrüche und zwei Höhepunkte erlebt. Der eine war die Ölkrise, die die Gärtnerei schwerstens geschädigt hat. Das zweite war das Aufkommen der Folie. Die Folie hat besonders im landwirtschaftlichen, bürgerlichen Gemüsebau eine unglaubliche Entwicklung gefunden. Beides hat den Gemüsemarkt und die Produktion in Österreich entscheidend beeinflußt. Die Tiroler leisten sich z. B. sogar den Luxus, die Karotte in der Folie zu ziehen. Dem Gemüsefachmann sagt das sehr viel. Und die Tiroler produzieren bereits 35 verschiedene Gemüsesorten und versorgen praktisch den ganzen Fremdenverkehr selbst; der Osten, speziell das Marchfeld, spürt empfindliche Einbußen. Was in Wien der Großhandelspreis ist, ist in Tirol der Erzeugerpreis. Der Tiroler liefert seine erzeugten Produkte zum Wiener Großhandelspreis.

Wir haben die Aufgabe, neue Sorten, neue Möglichkeiten, neue Dinge zu probieren, der Markt ist sehr schnellebig, so wie der Obstmarkt. Unsere Aufgabe ist es nicht, neue Flächen auszusetzen, son-



Der steirische Weinbau hält die Grenze lebendig, die Gastfreundschaft blüht.

dern neue Sorten zu bringen, damit wir den Markt immer beleben und mit interessanten Produkten versorgen können. Dann können wir nur noch gemeinsam und zentral verkaufen. Anders wird es in Zukunft sicher nicht gehen.

Harald Meindl



Am Beispiel Getreide

Mein Referat wird sich auf drei Themenkreise beschränken. Ich will Ihnen einmal kurz das Instrumentarium und die Zielsetzung der österreichischen Getreidemarktordnung und der österreichischen Getreidewirtschaft vorstellen. Ich will Ihnen zweitens einen kurzen historischen Überblick geben, wie die Entwicklung seit 1950 war, weil immer wieder die Fragen nach den Wurzeln der Überschüsse gestellt werden, und letztendlich auch versuchen, Ihnen einen Ausblick in die Zukunft zu geben. Die ursprünglichen Aufgaben des Fonds haben mit dem Vermahlungsausgleich begonnen, d. h., Roggen wurde bei der Vermahlung gestützt, Weizen wurde abgeschöpft, d. h., Brot, dunkle Mehle werden zulasten von hellen Mehlen gestützt, während helle Mehle belastet werden. Damit wird auch der Transportausgleich finanziert, das bedeutet, daß an allen Punkten Österreichs Getreide denselben Einstandspreis hat. Letztendlich wächst ja das Brotgetreide im wesentlichen im Osten und wird aber im ganzen Bundesgebiet verbraucht. Die nächste Aufgabe des Fonds ist Erfassung der Getreideströme überhaupt. Vom Landwirt zum Aufkäufer, über den Großhändler zum Verarbeiter und letztendlich zum Exporteur und Handhabung des Ein- und Ausfuhrregimes. Allein unter dem Schutz von Zöllen wäre heute Österreichs Getreidewirtschaft nie so weit gekommen und wir hätten keine marktbeliefernde und marktbeherrschende Getreideerzeugung. Die zweiten Maßnahmen sind die Privatwirtschaftsmaß-

nahmen des Bundes. D. h., der Bund gibt Gelder für gewisse Aktionen, die vom Fonds durchgezogen werden. Das sind primär die sogenannten Ernteaktionen. Das sind die vom Bund finanzierten Ernteaktionen, einerseits die Mühlenaktion. Da werden etwa 250.000 Tonnen Brotgetreide untergebracht, und dann die große Siloaktion, die in den letzten Jahren ein Ausmaß von einer Million bis 1,1 Millionen Tonnen angenommen hat. Zu diesen Aktionen gehören auch noch die Frachtvergütungen für Futtergetreide, sodaß auch ein Preisausgleich bei Futtergetreide gegeben ist, daß also auch der Vorarlberger Bergbauer im Prinzip das Futtergetreide zum gleichen Preis haben kann wie der Bauer im Osten. Und letztdessen jene Maßnahmen, die in den letzten Jahren von größter Wichtigkeit geworden sind, die Finanzierung der Exporte. Wir produzieren seit ungefähr 10 Jahren in steigendem Maße Getreideüberschüsse, die wir außer Landes bringen müssen. Sie wurden anfänglich noch allein vom Bund finanziert, haben aber dann ein solches Ausmaß angenommen, daß 1979 ein neues Getreidekonzept, ein exportorientiertes Getreidekonzept geschaffen werden mußte, das in gleichem Maße von der Landwirtschaft und von der öffentlichen Hand getragen wird. D. h., dem Landwirt wird ein Verwertungsbeitrag abgezogen. Ursprünglich war dieser Verwertungsbeitrag an die Lageraktion des Bundes gebunden. Seit 1983 ist er im Marktordnungsgesetz verankert. Wir haben also die Möglichkeit, bei jeder Lieferung von Getreide diesen Verwertungsbeitrag einzuhaben. In den letzten Jahren wurden im Schnitt zwischen 880 und 770 Millionen etwa für Exportzwecke bereitgestellt.

Was bewirken diese Maßnahmen? Diese Maßnahmen sind dazu da, um die österreichischen Getreideerzeuger zu schützen, den österreichischen Brot- und Mehlpriß zu stabilisieren und die Versorgung zu gewährleisten, und zwar auf allen Sektoren, bei Brot-, Futter- und Industriegetreide und bei deren Verarbeitungsprodukten. Das heißt, Schutz des Produzenten bei einer kostendeckenden Erzeugung von Getreide und auch Schutz des Konsumenten.

Wenn wir jetzt einen kurzen Rückblick geben auf die letzten 35 Jahre, seit Bestehen der Getreidemarktordnung, dann können wir sagen, daß diese Maßnahmen in ihrer jeweiligen Anpassung absolut ausreichend waren, um die jeweilige Versorgungslage zu beherrschen. In den 50er Jahren stand das Ziel in der Versorgungssicherung. In den 50er Jahren mußte der Landwirtschaft ein Anreiz gegeben werden, mengenmäßig bedarfdeckend zu produzieren, durch eine Preisanhebung und durch die Getreidepreisstützung. Die dann in der Folge nach Erreichung der Bedarfdeckung schrittweise reduziert und letztlich vollständig aufgehoben wurde. Die 60er Jahre standen im Zeichen der qualitativen Bedarfs-

deckung, d. h., daß man jenen Weizen erzeugt, den auch unsere Verarbeitungsbetriebe, unsere Verarbeitungsindustrie braucht. Österreich ist als erstes Land Westeuropas von nordamerikanischen Weizenimporten unabhängig geworden. 1969 wurden auch bereits die Weichen gestellt für die Bedarfsdeckung bei Futtergetreide. Bis dahin hat man Überschüsse von Weizen und Roggen in den Futtersektor hinuntergeschleust, durch eine entsprechende Stützung. Durch eine Verengung der Preisrelationen und eben durch diese Frachtvergütungsaktion ist es gelungen, die Futtergetreideflächen über Nacht auszudehnen. Und wenn Sie sich erinnern, im Jahr 1969 war das Jahr der sogenannten Maisexplosion. Die Maisexplosion, die Maisfläche ist von einem Jahr zum anderen um 44.000 Hektar gestiegen. Damit ist in den 70er Jahren die Selbstversorgung bei Futtergetreide erreicht worden, aber es sind bereits Überschüsse angefallen, die nur mehr im Export untergebracht werden konnten. Mitte der 70er Jahre waren das noch 100.000 Tonnen. Anfangs der 80er Jahre, im Jahr 80/81, bereits 450.000 Tonnen. In den vergangenen Jahren 83/84 und 84/85 jeweils 840.000 Tonnen, und damals hat man schon prognostiziert, wir werden eine Million sehr bald erreichen. Heuer haben wir sie erreicht, heuer haben wir sie schon überschritten. Wir haben im Ein- und Ausfuhrplan eine Million Tonnen Exportnotwendigkeiten festgelegt. 700.000 Tonnen Brotgetreide, mit dem Schwergewicht auf Weizen, 260.000 Tonnen Futtergetreide, mit dem Schwergewicht auf Gerste. Es stellt sich nunmehr heraus, diese 260.000 Tonnen reichen nicht. 185.000 Tonnen Gerste werden wahrscheinlich 200.000 Tonnen Gerste werden, 75.000 Tonnen Mais werden 100.000 Tonnen Mais werden. Bei Hafer steht uns ein kleiner Export ins Haus. Was bedeutet das?

Das bedeutet, daß die Prognosen nicht nur erfüllt, sondern überfüllt wurden. Man hat mit einem Produktionszuwachs von etwa 90.000 Tonnen Getreide pro Jahr gerechnet, der Sprung von 1984 auf 1985 ist ungefähr doppelt so hoch, und zwar fast allein auf Grund der hohen Maisernte, die bisher alle Rekorde geschlagen hat. Der Rekordträger in Österreich ist Niederösterreich und ausnahmsweise nicht die Steiermark. Die Steiermark hat immer noch die höchste Ernte und Marktleistung, und der Hektarertrag bei Mais beträgt derzeit 83 Doppelzentner, das ist nahezu ein Weltrekord. Das bedeutet aber letztendlich, daß dieses System, das 1979 geschaffen wurde, das Finanzierungssystem für Exporte nicht mehr ausreicht. Einerseits explodieren die Mengen, andererseits ist der Dollar katastrophal gesunken, und sind die Weltmarktpreise in einem ständigen Abstieg begriffen. Wir haben voriges Jahr für den Export von rund 840.000 Tonnen Getreide einen Stützungsaufwand zu gleichen Teilen von 1,2 Milliarden ge-

braucht. Heuer, bei dem Export von etwas mehr als einer Million Tonnen, reicht nicht einmal der doppelte Betrag.

Wir kommen mit 2,4 Milliarden Schilling nicht aus. Wir werden in die Gegend von 2,6 bis 2,7 Milliarden Schilling kommen. Das heißt, die Tonne Getreide wird nicht durchschnittlich mit 1.450 Schilling gestützt, sondern mit 2.500 Schilling. Gravierend in dieser ganzen Entwicklung ist, daß wir einen Exportmarkt nach dem anderen verlieren, nicht, weil wir so schlechtes Getreide liefern, im Gegenteil: Durch die Kontraktionsaktionen, durch die Kontraktanbauaktionen, vor allem für Mahlweizen, der ja die Hauptexportfrucht ist, ist es gelungen, die Qualität des Getreides ständig anzuheben, aber auch die Länder des Ostblocks, die bis dahin importiert haben, werden in zusehendem Maße Selbstversorger. Vor zwei Jahren ist uns Jugoslawien als Käufer ausgefallen, voriges Jahr die CSSR und heuer die DDR. Die DDR ist das erste Mal seit dem Krieg Selbstversorger bei Weizen. Gerste ist ein sehr schwer abzusetzendes Produkt geworden. Unsere Hauptabnehmer sind nur mehr Polen und die Sowjetunion. In diese Länder können wir noch weiterhin anstandslos, bei Aufwendung entsprechender Stützungsmittel, unser Getreide, vor allem unseren Weizen, liefern. Wohin wir die Gerste unterbringen können, ist heute noch eine

Frage, und das wird eine sehr, sehr dringende Frage, denn ein verbleibender Rest von 150.000 Tonnen Gerste, der derzeit noch nicht exportiert ist, stellt für die Landwirtschaft schlechthin eine Katastrophe dar. Es fehlen langsam die Märkte und es fehlen die Finanzierungsmittel.

Wir müssen daher zwei Lösungen suchen. Eine kurzfristige Lösung, um das Finanzierungsmanko von rund 700 Millionen abzudecken, d. h., 350 Millionen Landwirtschaft, 350 Millionen Bund und eine langfristige Lösung, über die ich noch später zu sprechen komme. Bei der kurzfristigen Lösung zur Finanzierung des Abgangs, des Stützungsabgangs, bieten sich verschiedene Möglichkeiten an. Der Verwertungsbeitrag kann nicht endlos erhöht werden. Bei Futtergetreide wird er zum Bumerang. Daher ist man ja beim Verwertungsbeitrag auf 10 Groschen von ursprünglich 34 Groschen je Kilo zurückgegangen. Bei Brotgetreide läßt er sich nicht ständig auf die Konsumenten überwälzen. Daher denkt man an eine Abgabe für ertragssteigernde Mittel, d. h. mit anderen Worten: an eine Düngeargabe, an eine Handelsdüngeargabe mit Schweregewicht der Belastung bei Reinstickstoff. In Österreich verwenden wir etwa 350.000 Tonnen Reinnährstoffe, je nach Rechnung und Belastung der einzelnen Komponenten Stickstoff, Phosphor, Kali, kommen dabei Erträge zwischen 650 und 420 Millionen t heraus,

aber das muß erst beschlossen werden. Es steht in Rede eine Abgabe auf Maisaatgut, wir wissen, daß in Österreich für die 330.000 Hektar Körner- und Grün bzw. Silomais etwa 600.000 Packungen Maisaatgut Verwendung finden. Man denkt an eine Umwidmung bzw. den Einbehalt der Mineralölsteuer und auch an eine Futtermittelabgabe. Das sind alles Denkbeispiele, aber irgendeines muß es werden, denn sonst können wir die restlichen Futtergetreidemengen, die noch hier liegen, nicht exportieren.

Langfristig gesehen, sind die Prognosen für den Getreideexport eher grau bis schwarz. Sollte es Görbatschow wirklich gelingen, das Plansoll der Getreideproduktion in Rußland zu erreichen, verlieren wir einen Großabnehmer, und dann bleibt noch Polen, das hauptsächlich auf Kredit kauft. D. h., man wird langfristig Alternativen überlegen müssen, Alternativen, die sich immer wieder in einem Ölsaatenkonzept und in der Erzeugung von Energiepflanzen anbieten. Es ist heute schon so, daß eine Ölsaatenförderung pro Hektar sicherlich weniger aufwendig wäre, als die Exportförderung bei Getreide. Wir exportieren heute pro Hektar Getreidefläche eine Tonne. Auf das kann man sehr stolz sein, das zeigt die Leistung der österreichischen Landwirtschaft, die Erfolge unserer Züchter, die Erfolge unse-

rer Agrartechnologie. Das, was unsere Landwirte gelernt haben, zeigt aber auch, mit welchen Problemen wir bei der Unterbringung dieser Überschüsse konfrontiert sind. Wenn Sie mich fragen: Agrarüberschüsse: hausgemacht oder importiert? Nun, ein Teil ist dank der Tüchtigkeit unserer Landwirtschaft hausgemacht. Ein Teil ist aber natürlich auch importiert, denn wir haben allein im Jahr 1984 438.000 Tonnen Sojaschrote importiert und insgesamt über 500.000 Tonnen Ölküchen. Da wäre noch eine Lücke, die geschlossen werden könnte, da braucht es aber einen Konsens, und da braucht es auch eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen, denn diese Dinge sind im GATT freigestellt.

Richard Kaiser

Am Beispiel Fleisch

Sie haben also immer wieder gehört: Bei der Milch gibt es Probleme, man soll umlenken auf Fleisch. Bei der Milch sind wir bei 123%, im Jahr 1981 waren es noch 112%, und dank der Tüchtigkeit der Bauern sind wir im heurigen Jahr beim Rindfleisch bei rund 150%. Mit anderen Worten: Rund jedes dritte erzeugte Rind muß in den Export gehen. Sie kön-



Woazbratn — ein Spaß für die Kinder und ein Erlebnis für die Großen . . .



nen sich vorstellen, daß es auch in unseren Abnehmerländern Bauern gibt, die nicht hell begeistert davon sind. Wie ist das möglich? Da kommt nämlich noch die Produktivitätssteigerung dazu. Ich habe folgendes ausgerechnet, verglichen 1970 mit 1983, weil 1983 der tiefste Stand in der Kuhhaltung war. Von 1970 bis 1983 haben wir 115.000 Kühe „beseitigt“, also den Kuhbestand verringert. Trotzdem haben wir um 140.000 Rinder mehr aufgezogen als im Jahr 1970. Also 115.000 Kühe weniger, 70.000 Stierekälber und 58.000 Kuhkälber mehr aufgezogen. Es war doch so, daß in der Vergangenheit die Kälber sehr leicht geschlachtet wurden, nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit den Überlegungen betreff Milch- und Fleischqualität. Ich weiß ja, daß die extrem schweren Kälber nicht die gesuchtesten sind, aber diese „Boanahäufen“ waren auch nicht das, was der Konsument gesucht hat. Daher sind die Kälber schwerer geworden. Die Kalbfleischproduktion hat zugenommen. Mit weniger Kälbern können wir heute wesentlich mehr Fleisch erzeugen, daher weniger Abschlachtung und mehr Aufzucht. Wenn die Milchkontingentmenge nicht mehr zur Verfügung steht, ist es klar, daß eben die Zahl der aufgezogenen Tiere vergrößert wird. Nehmen wir an, der Kuhbestand ist gleich geblieben, so bedeutet das wahrscheinlich, daß die Produktion nicht mehr zunimmt. Warum? Weil alle aufzuchtwürdigen Kälber weitgehend schon aufgezogen werden. Nur jene, die nicht so marktgängig sind, werden also geschlachtet, der Rest wird aufgezogen. Das ist also das Problem. Ich bitte daher um Verständnis, wenn ich in meinen Ausführungen möglicherweise einige Male sage: „Ich bin ein Gegner jeder Kontingentierung, auch bei den Schweinen, ich sage das gleich vorweg, ich bin auch ein Gegner bei der Rinderhaltung, weil es auch bei den Schweinen meiner Meinung nach nicht ohne die Po-

lizei geht“. Das bedeutet, daß wir selbst nach dem Rechten sehen müssen. Ich möchte alles daran setzen, daß wir zumindest dort, wo ich mitzurende habe, versuchen werden, die Kuhzahl zu verringern. Das schaut natürlich irgendwo nach weniger Einkommen aus, nur glaube ich, daß das ganze System sonst finanziell explodiert. Ich halte in diesem Bereich von einer Mitbeteiligung, von einem Absatzförderungsbeitrag, nichts. Wenn wir uns den Rinderexport selbst finanzieren wollten, müßten wir einen Absatzförderungsbeitrag von 3.000 Schilling einlegen. Das nur zur Größenordnung. Und wenn Sie da irgendwo einmal beginnen, ist das Ende schwer absehbar. Mir ist der jetzige Weg daher lieber, und ich appelliere daher an eine gewisse Selbstbeschränkung. Ich weiß schon, daß das nicht der Einzelne machen kann, sondern daß die Agrarpolitik das Umfeld vorgeben muß. Ich habe eine Berechnung, die ich noch nicht herausgabe, die sagt, daß der Kuhbestand neuerlich bei der nächsten Zählung Ende 1986 zunehmen würde. Und dann muß man ja wirklich sagen, wohin? Gleichzeitig neben der Explosion in der Produktion ist der Inlandsabsatz zurückgegangen. Sicherlich nicht zuletzt auch deshalb, weil sehr preisgünstige, um nicht zu sagen extrem niedrige, Konkurrenzangebote auf dem Markt sind. Die Schweinemarktsituation hat in den letzten beiden Jahren dazu geführt, daß das Schweinefleisch als Lockmittel verwendet wird, wobei weniger auf die Qualität als auf den Preis geschaut wird. Auch beim Geflügel ist es vielfach so. Es ist uns seinerzeit nicht gelungen, die Puten in die Marktordnung einzubeziehen. Daher haben wir eine ganz beachtliche Putenproduktion im Inland und dazu einen beachtlichen Import. Also steigende Produktion, zurück geht dann der Inlandsabsatz. Ich sage Ihnen wieder ein paar Zahlen, um ein Bild zu bekommen: Unser gesamter Rinderausstoß, da stecken natürlich die Zuchtrinderexporte drinnen, betrug 1981 663.000 Stück, und ich schätze ihn für 1986 auf 750.000 Stück. Der Inlandsabsatz im gleichen Zeitraum ist von 520.000 auf 445.000 Stück zurückgegangen.

Man meint, wenn wir unsere Preisbandforderungen stellen, daß man jetzt dem Konsumenten auch das Rindfleischessen abgewöhnt. Es ist das Rindfleisch zwangsläufig teuer, ich glaube aber, daß wir uns um den Inlandsabsatz mehr bemühen sollten und zwar in der Frage der Qualität. Es muß jeder jungen Hausfrau klar gemacht werden, daß nämlich ein mageres Rindfleisch ein „Mist“ ist. Das Fett ist der Geschmacksträger, und das Fett ist der Träger der Zartheit. Wir wurden vergewaltigt, amerikanische Steaks importieren zu lassen, für die Spitzenrestaurants in Österreich und die Flughaf-

fenrestaurantkette. Die Amerikaner haben für dieses Rindfleisch nach einer Definition gesucht, das sie uns da liefern.

Sie haben u. a. vorgeschlagen, daß dieses Rind 2½ cm Talgauflage auf der Rippe haben muß. Das muß dann im Bratpfandl auch noch dabei sein. Und wenn es bratfertig ist, läßt es der Amerikaner am Teller übrig oder er schneidet es vorher weg. Wir müssen auch hier in Richtung Qualität einiges tun. Daher sind wir sehr starke Wurstesser geworden. Extrawurst ist ja hauptsächlich Rindfleisch mit Schweinespeck und etwas Stärkemehl.

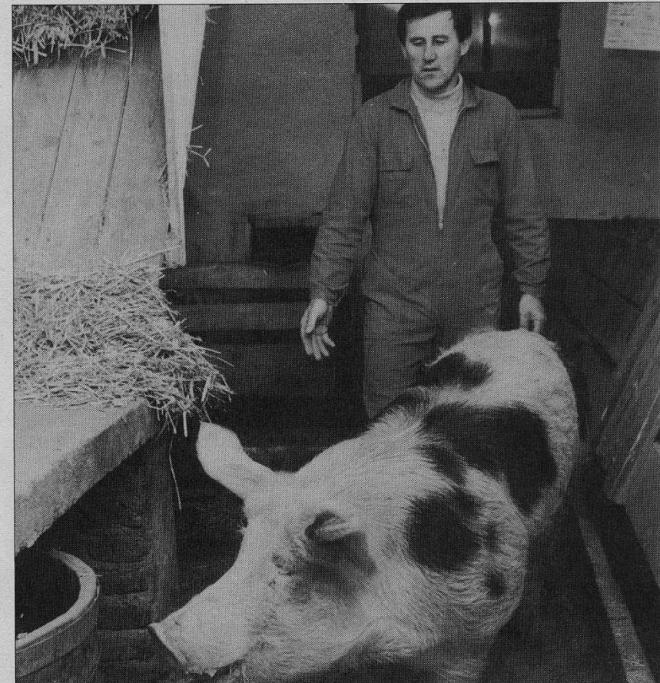
Und jetzt ein paar Zahlen zur Exportentwicklung und zur Vorschau: Sie haben gehört, die EG verschärft die Richtlinie, sodaß wir wahrscheinlich 20.000 Zucht- und Nutzrinder weniger in den EG-Raum hineinbringen. Sie machen auch Schwierigkeiten bei der Ziehung des GATT-Kontingents. Da sind auch um 7.500 weniger gezogen, das ist das Kontingent von 38.000. Alles, was nicht als Zuchtrind abgesetzt oder exportiert werden kann, muß abgeschlachtet werden. Natürlich könnte man eine zeitlang auch die Kuhzahl vergrößern, worüber ich aber nicht sehr erfreut wäre. D. h., wir müssen mehr weibliche Tiere schlachten. Wir müssen trachten, möglichst wenig zuzulassen, also nicht die zusätzlich aufgezogenen Kälber trächtig zu machen. D. h., mehr in den Schlachtkanal und mehr Kuhfleisch exportieren. Es gibt darüber hinaus Lebendexporte, das sind die vor allem für die Steiermark wichtigen Exporte in den arabischen Raum. Nach Libyen haben wir voriges Jahr ganz wenig geliefert, ich glaube, nur 3.500 Stück, wir waren da schon bei 20.000 Stück. Mir hat aber eine österreichische Firma gesagt, daß sie gemeinsam mit der italienischen, mit der sie zusammenarbeitet, aufgefordert wurde, Offerte für je 6.000 Stück zu legen. Die Frage ist nur, was erlöst man dort. Der Kurs beträgt am Hafen in Triest oder in Rijeka ungefähr 16 Schilling, das ist sozusagen der Weltmarktpreis. Der Rest muß aus Stützungen kommen, das ist die nächste Hürde. D. h., der Export lebender Schlachtrinder wird wahrscheinlich nicht so expandierbar sein, wie wir es gerne hätten. Wir bemühen uns auch um Fertigprodukt-Exporte. Sicherlich ist es wünschenswert für die Volkswirtschaft, intelligenter Produkte zu exportieren, also nicht das Lebendrind, sondern das geschlachtete, und da das zerteilt. Im Augenblick haben wir nur Stainach und eine andere Firma in der Steiermark, die diese Konservenexporte (in den arabischen Raum) durchführen. Wir haben im vergangenen Jahr 3.500 Tonnen Rindfleisch in Form dieser Produkte exportiert. Ich weiß nicht, wieviel davon unsere österreichischen Diplomaten selbst verzehren, es geht also jedenfalls in arabische Län-

der. Wenn wir uns in den Fertigproduktensektor begeben wollen, brauchen wir einen gesicherten Export hochwertiger Tiere. Jetzt sage ich Ihnen vier Zahlen: In Form von Rindfleisch, umgerechnet auch fertige Rinder, haben wir im Jahr 1983 90.000 Stück nach Italien geliefert in die EG. 1984 172.000, 1985 228.000. Mit etwas Mühe könnten wir an die 250.000 Stück-Marke herankommen. Das ist eine explosionsartige Entwicklung. Wir sind bei der Abschöpfungsregelung zwar begünstigt, trotzdem macht bei einer Stierhälfte der Zoll sechs Schilling aus und die Abschöpfung etwa acht Schilling, also 14 Schilling pro Kilogramm, was etwa die Grenzbelastung ist. Bei uns acht Schilling. Drittländer, die nicht die Begünstigung haben, müssen etwa 30 Schilling pro Kilogramm hinlegen, und damit entsteht ein künstlicher niedriger Weltmarktpreis, den wir z. B. bei den Exporten in den arabischen Raum vorfinden. Den Wert der 1985 exportierten Zuchtrinder kann man mit 780 Millionen ansetzen, bei Schlachtrindern und Rindfleisch betrug er 1 Milliarden 995 Millionen, sodaß der Gesamtwert der Rinderexporte 2 Milliarden 775 Millionen ausmacht. Wir haben im vorigen Jahr 16.000 Ferkel und 96.000 Schweine exportiert, mit einem Wert von rund 172 Millionen Schilling. Die Fertigprodukte, die ich erwähnt habe, haben einen Wert von rund 52 Millionen Schilling, und ein bißchen exportieren wir auch immer wieder an Innereien. Somit macht der Gesamtexportwert in diesen genannten Bereichen rund 3 Milliarden Schilling aus. Demgegenüber steht der Import, denn Handelspolitik ist keine Einbahnstraße. Das ist eben das Problem, auch wenn man Kompromisse schließen muß, gewisse Dinge sind handelspolitisch, handelsvertragsmäßig notwendig. Gewisse Dinge ergeben sich aus dem GATT, aus der täglichen Situation, man will eben hohe Exportkontingente bei den Rindern. Wir haben daher im vergangenen Jahr 6.400 Tonnen Fleischwaren im Wert von 382 Millionen importiert. Da stecken drinnen: 1.160 Tonnen Geflügel (einschließlich der Froschschenkel), aber auch Straußfleisch, Känguruhs, Antilopen, Hasen, Kaninchen. Dann kommen die Kontingente. Es gibt ein GATT-Kontingent für Fleischkonserven, es gibt ein EFTA-Kontingent, es gibt Messe-Kontingente. Wir sind da sehr knauserig. Die Italiener waren mit uns gar nicht zufrieden. Sie haben gesagt: „Ihr wollt's von uns alle Bonifikationen, füllt's uns den Markt an mit tausenden Tonnen Rindfleisch, und wenn wir ein paar Kilo Parmaschinken einliefern wollen, macht ihr Schwierigkeiten“.

Gewisse Innereien, Schweineinnereien, machen mir zwar überhaupt keine Freude, aber es ist nicht denkbar, daß jedes Landgasthaus Leber hätte. Es ist also erst seit dieser Zeit, da stehen wir unter dem Druck der Konservenindustrie. Und dann haben wir einen größeren Posten, der mir

auch sehr wenig Freude macht. Wir sind ein Fremdenverkehrsland. Es ist undenkbar, daß etwa ein Ausländer, der zu uns kommt, kein Steak bekommt, keinen Lungenbraten kriegt. Dieses Hotelfleisch, wie wir es nennen. Es gibt daher seit Jahren für den Sommer und für den Winter zwei Ausschreibungen betrifft Rinderlungenbraten. Insgesamt 1.152 Tonnen Hotelfleisch ist so hereingekommen. Was auch nicht lustig ist, aber was eine Notwendigkeit war, ist der Kälberimport. Wir haben 2.700 Saugkälber importiert. Wir haben dann, weil zuwenig Saugkälber importiert wurden, noch weitere 5.700 geschlachtete Kälber aus Holland importiert und 448 lebende aus der CSSR. Also insgesamt etwa 9.000 Kälber. Ich möchte dazu erwähnen, daß wir beispielsweise Pferdefleisch importieren. Und dann haben wir den großen Sektor der Schafe und Ziegen, der ein Größenvolumen von 93.000 Stück ausmacht. Auch noch beim Schweinemarkt brauchen wir eine flexible Vorgangsweise. Bei den Rindern haben wir das System, daß wenigstens die Kuhzahl nicht so rasch explodieren kann, sodaß der Produktionszuwachs zwar sehr groß ist, aber irgendwo begrenzt und absehbar. In der Schweineproduktion geht es sehr schnell. Es ist verständlich, daß unsere gut ausgebildeten, tüchtigen Bauern den Rechenstift nehmen, und wenn es gut ausschaut, geben sie Gas. Wir haben das System, daß die Schweineproduktion nur über den Preis gesteuert werden kann, so

schmerzlich das ist. D. h., wir müssen die Produktion am Inlandsabsatz orientieren und können nur kleine Mengen, die als Überschüsse zeitweilig auftreten, exportieren. Wir müssen dann auch kleine Mengen importieren, wenn es erforderlich ist. Und es ist durchaus denkbar, daß im selben Jahr, in dem exportiert wird, auch importiert wird. Erfreulicherweise hat die Viehzählung gezeigt, daß in der Steiermark beispielsweise der Zuchtauenbestand um 2.800 oder fünf Prozent eingeschränkt wurde. Und ich werde mich sehr dafür einsetzen, daß auch in der Steiermark mit den Exporten begonnen wird. Bis zum Sommer darf man sich da aber keine Wunderpreise erwarten. Abschließend noch: Nicht ich oder ein anderer allein entscheidet über die Exporte und Importe. Die Vieh- und Fleischkommission ist eine Bundesbehörde, das Landwirtschaftsministerium oder eine Abteilung davon ist seine Geschäftsführung. Wir sind die einzige weichsungsunabhängige Bundesbehörde, sind ein Kollegialorgan, 12 Leute (3 von der Landwirtschaft, 3 von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, 3 vom ÖGB und 3 von der Arbeiterkammer); abgestimmt wird mit 4/5-Mehrheit, in der Unterkommission einstimmig. Ich kann alle Importe verhindern, soweit wir gesetzlich verpflichtet sind, sonst bekomme ich ein Strafverfahren, aber jeder andere kann mir alle Exporte verhindern. Es gibt daher im wesentlichen in der Sozialpartnerschaft nur gemeinsame Hiebe.



Hoher Standard ohne Rückstände: Die „Styriabrid“ kennt den Agrarmarkt.

PERSPEKTIVEN FÜR EINE MARKTANGEPASSTE PRODUKTION

„Der Glaube an die Notlage der deutschen Landwirtschaft ist eine nationale Anstandspflicht“

Georg von Siemens 1890 im Deutschen Reichstag



1 Krisensymptome

Offenkundig signalisieren die wirtschaftlichen Daten der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Übersicht 1) Mitte der 70er-Jahre einen Bruch. Bis dahin gewährleisteten eine gleichmäßige Steigerung der Nahrungsmittelproduktion, eine vor allem im Gefolge des Strukturwandels ständig gestiegene Arbeitsproduktivität und eine deutliche Erhöhung der Erzeugerpreise im Vergleich zur Entwicklung der Betriebs-

mittelpreise eine durchaus angemessene Teilnahme der Landwirtschaft an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung.

Seither indessen schwanken die Einkommen um diesen einmal erreichten Wert und begründen von daher die allgemeine Unzufriedenheit der Landwirte gegenüber der Agrarpolitik.

Nach wie vor nämlich kann die Landwirtschaft auf eine merkliche Steigerung der Arbeitsproduktivität verweisen. Nunmehr allerdings wird diese Entwicklung weniger durch die zwischenzeitlich erheblich verlangsame Abnahme von Erwerbstätigkeiten getragen als durch die Expansion der Nahrungsmittelerzeugung. Eine solche Strategie jedoch setzt Wachstumsmärkte voraus, die durch die Realität nicht bestätigt werden. Eine zwischenzeitlich nahezu erreichte (rechnerische) Selbstversorgung aus der Inlandsproduktion mit der Maßgabe erheblicher struktureller Überschüsse auf bedeutsamen Märkten, die nur teilweise zu Marktpreisen absetzbar sind, dokumentiert sich in deutlich gestiegenen Marktordnungskosten, aber einer merklichen Abflachung des Index der Erzeugerpreise.

Die Mengenstrategie der letzten Jahre — so darf geschlußfolgert werden — war gesamtwirtschaftlich gesehen falsch. Und sie wird es in der überschaubaren Zukunft noch mehr sein.

2 Grenzen des Absatzes

Bestimmungsgründe des möglichen Absatzvolumens der heimischen Landwirtschaft sind

- (1) die inländische Nachfrage nach Nahrungsgütern,
- (2) das notwendige oder für notwendig erachtete Importvolumen,
- (3) das mögliche Exportvolumen, und schließlich
- (4) die Absatzchancen agrarischer Rohstoffe im Non-Food-Bereich.

2.1 ... aufgrund der Sättigungsnachfrage

Die Entwicklung der Binnenmarktnachfrage nach Lebensmitteln ist einerseits durch den jeweiligen Pro-Kopf-Verbrauch als Funktion der Bedarfsstruktur der Haushalte, der Höhe und Verteilung der Realeinkommen je Kopf sowie der Preis der Güter, andererseits durch die Bevölkerungszahl bestimmt.

In diesem Zusammenhang sind in allen entwickelten Ländern vor allem zwei Faktoren von grundlegender Bedeutung:
— die geringe Einkommenselastizität der Gesamtnachfrage nach Agrarprodukten, d. h., steigende Einkommen bewirken infolge der insgesamt gesigten Nachfrage kaum mehr Verbrauchszuwächse, sondern allenfalls Verzehrsumschichtungen zugunsten bevorzuger Nahrungsmittel;

— die in der Summe aller Agrarprodukte geringe Preiselastizität der Nachfrage, d. h., sinkende Preise stimulieren den Verbrauch nur mehr in bescheidenem Maße.

Beide Tatbestände haben zwangsläufig weitreichende Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Einkommensentwicklung:

Übersicht 1 — Daten zur Lage der Landwirtschaft in der BR Deutschland 1970/71—1983/84

Position	Einheit	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77	1977/78	1978/79	1979/80	1980/81	1981/82	1982/83	1983/84
Nahrungsmittelproduktion ^a	Mill. t GE	58,36	58,40	58,97	60,91	61,11	61,78	61,32	64,60	67,67	68,66	69,38	68,75	73,64	71,73
AK-Einheiten	1000	1459	1359	1289	1224	1183	1154	1110	1070	1033	997	981	962	939	920
Arbeitsproduktivität	t GE/AK	40,0	43,0	45,7	49,8	51,7	53,5	55,2	60,4	65,5	68,9	70,7	71,5	78,4	78,0
— mengenmäßig	DM/AK	17454	19036	20110	22516	23053	23118	22259	24535	26351	27386	27577	27868	33930	32276
— monetär ^b	v. H.	81	82	83	85	85	87	86	89	91	92	91	92	97	94
Selbstversorgung ^c	v. H.	70	84	78	80	86	81	74	84	91	87	92	89	96	89
dar. Getreide	v. H.	87	101	96	98	100	110	114	129	127	124	123	152	147	120
Zucker	v. H.	100	104	107	111	113	119	116	117	117	119	120	118	121	131
Milch	v. H.	91	92	83	96	102	93	99	96	106	105	113	112	117	114
Rindfleisch	v. H.	67,7	74,3	81,6	82,8	82,4	98,0	101,7	99,7	96,1	100,3	100,8	109,4	108,8	108,3
Index der Erzeugerpreise	1980 = 100	61,6	64,3	69,4	76,1	80,9	86,0	91,5	90,4	91,4	97,7	103,5	111,4	113,9	115,3
Index der Betriebsmittelpreise	1980 = 100	11724	16480	19577	19485	21010	25263	21482	24084	24780	24309	21245	22890	26282	21508
Einkommen (Gewinn)	DM/FAK ^d	9,5	5,8	9,0	13,4	11,3	17,3	20,4	24,4	22,2	26,2	28,4	27,6	29,4	36,1
Marktordnungskosten ^d	Mrd. DM														

^a Einschl. der Erzeugnisse für gewerbliche Verarbeitung und der Erzeugung aus Futtermittelimporten. — ^b Basis: Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft in Preisen von 1976. — ^c Inlandserzeugung (mit Erzeugung aus Auslandsfuttermitteln) als v. H. des Gesamtverbrauchs an Nahrungs- und Futtermitteln.

^d Ausgaben des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (Abt. Garantie) in allen Mitgliedsländern.

Wachsende Einkommensansprüche der in der Landwirtschaft Tätigen aus dem Markt können angesichts begrenzter Absatzmöglichkeiten nur befriedigt werden, wenn entweder die Realpreise der Agrarprodukte laufend steigen, freilich ohne eine Mehrproduktion anzuregen, oder wenn die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten laufend kleiner wird, was aber eine stetige Erhöhung der Arbeitsproduktivität voraussetzt, die nur bei einschneidenden Strukturwandlungen denkbar ist.

Eine zugleich geringe Preiselastizität der Nachfrage nach Agrarprodukten bedeutet, daß die Landwirte insgesamt ihr Einkommen nicht durch Erhöhung der Produktion verbessern können, weil infolge des überdurchschnittlichen Preiszusammenbruchs — soweit nicht durch staatliche Interventionen aufgefangen — der Umsatz sinken würde; sie können nicht „in die Mengenkonjunktur gehen“. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall: Durch Verringerung des Angebotes würden sie ihren Umsatz und ihr Einkommen erhöhen.

2.2. . . . aufgrund sachlicher Importzwänge

Das notwendige bzw. für notwendig erachtete Einfuhrvolumen an Agrarprodukten leitet sich einerseits aus den Standortvoraussetzungen der heimischen Landwirtschaft — sie schließen in der Regel die Erzeugung aller nachgefragten Nahrungs- und Genußmittel aus —, andererseits aus vertraglich fixierten — vornehmlich im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) — oder aus gesamtwirtschaftlichen bzw. politischen Überlegungen heraus für opportun erachteten Einfuhrverpflichtungen und schließlich aus dem Stellenwert der Versorgungssicherheit ab.

Bei einem Überblick über die eingegangenen Handelsverpflichtungen ist zu unterscheiden zwischen zoll- bzw. abschöpfungsbegünstigten Importkontingenten, also mengenmäßig festgeschriebene Einfuhrvolumina, einerseits, und dem zoll- bzw. abschöpfungsfreien oder -begünstigten Import quantitativ unbegrenzter Mengen, so vor allem im Falle der Einfuhren von Ölkuchen und Ölschroten andererseits.

Im letzten Beispiel wird das Importvolumen ausschließlich durch die Wettbewerbsfähigkeit dieser drittländischen Herkünfte gegenüber einheimischen Produkten bestimmt, die — bedingt durch eine ungleichgewichtige Agrarmarktpolitik in Gestalt einer preislichen Höherbewertung inländischer Agrarprodukte gegenüber ausländischen Substituten, in der Regel außerordentlich groß ist.

Dieser Sachverhalt begründet den Ruf nach Gegenmaßnahmen, vorrangig nach außenhandelspolitischen Eingriffen.

Dabei mag es unter Berufung auf das Prinzip der Inlandspräferenz zunächst logisch erscheinen, die konzentrierten Ei-

weißfuttermittel besser in den Außenhandelsschutz für Agrarprodukte einzubinden.

Auf den zweiten Blick indessen kann sich eine stärkere Belastung der Einfuhr von Eiweißfuttermitteln vorrangig im Interesse einer Wiederherstellung eines Marktgleichgewichts auf dem heimischen Milchmarkt durchaus zweifelhaft darstellen, wenn man einerseits das dafür notwendige Ausmaß des Preisanstiegs für Importfuttermittel berücksichtigt und sich andererseits vergegenwärtigt, daß nur der geringere Teil der Einfuhren in der Milchkuhhaltung Verwendung findet.

Somit würde eine Verteuerung der Eiweißkonzentrate vorrangig die Produktionskosten der Rindermast, jene der Schweinefleischerzeugung, die der Geflügelmast sowie der Eierproduktion erhöhen und damit — eine weitgehende Überwälzung dieser Kostensteigerungen auf die Verbraucherstufe unterstellt — marktliche Absatzverluste entsprechend der zumal bei Rind- und Schweinefleisch noch vergleichsweise hohen Preiselastizität der Nachfrage bedingen.

Auf dem Milchmarkt selbst müßte ein stärkerer Außenhandelsschutz für Futterproteine entweder eine spürbare Verschlechterung der Einkommenssituation der milchviehhaltenden Betriebe oder aber — im Falle einer der Kostenerhöhung entsprechenden Milchpreisanhebung, die dann allerdings den Einsatz importierter Futtermittel wieder interessant machen würde — gleichermaßen steigende Belastungen der Konsumenten mit der Maßgabe von Verzehreinschränkungen zumal bei Butter zur Folge haben.

Die Auswirkungen einer Fett- und Eiweißsteuer auf die innergemeinschaft-

liche Ölsaatenproduktion sind aufgrund der vornehmlich auf einer Beihilfepolitik basierenden Ausgestaltung dieser Marktordnung vorrangig in einem Abbau von Subventionen, weniger in einer merklichen Ausweitung des heimischen Aufkommens zu sehen.

Der besseren Verwertung der inländischen Erzeugung pflanzlicher Proteine entspräche schließlich eine solche der Futtermilch, wobei der Anstieg des Substitutionswertes jedoch immer noch nicht ausreichen würde, das Milcheweß unter völligem oder auch nur weitgehendem Verzicht auf Verfütterungsbeihilfen in den Futtertrog zu lenken.

Um so höher ist angesichts eines solchen die Konsumenten diskriminierenden, aus dem Blickwinkel der Landwirte eher nachteiligen als vorteilhaften und auf Sicht nicht einmal die Haushaltspolitiker befriedigenden Ergebnisses der (politische) Preis solcher Maßnahmen im einen wie im anderen Fall einzustufen:

Die Exportländer werden unter Berufung auf das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen auf Kompensation drängen und/oder mit entsprechenden Gegenmaßnahmen auf anderen Sektoren reagieren.

In dem Maße mithin, wie das diskutierte außenwirtschaftliche Problemlösungsangebot neben gravierenden handels- und entwicklungspolitischen Bedenken zudem noch durchschlagende binnennmarkt-politische Erfolge vermissen läßt, sind Importe zumindest aus gesamtwirtschaftlicher Sicht offenkundig das kleinere Übel — soweit sie nicht Versorgungssicherungsansprüchen zuwiderlaufen.

Ernährungssicherung durch die außenwirtschaftlich abgesicherte Aufrechterhaltung eines bestimmten Produktionsvolumens der heimischen Landwirtschaft



Tierzucht und Milchwirtschaft sichern die Existenz vieler Bergbauern.

ist — vor dem Hintergrund der Bedeutung des internationalen Güter- und Leistungsaustausches für die allgemeine Wohlstandsentwicklung sowie der gebotenen Rücksichtnahme auf die Exportinteressen zumal der Entwicklungsländer, aber gleichermaßen der Gefahr möglicher Störungen des internationalen Handels und eingeschränkter Handlungsfreiheiten — ein politisch bestimmtes Ziel. Dem kann sich jedoch die Agrarpolitik zumindest insoweit nicht entziehen, als die Weltmarktpreise für Agrarprodukte weitgehend verfälscht sind. Aufgrund des vielseitigen Protektionismus, demzufolge mehr produziert und weniger verbraucht wird, als dies beim Gleichgewichtspreis der Fall wäre, verstärkt sich der Angebotsdruck am Weltmarkt. Die Weltmarktpreise bewegen sich infolgedessen zumeist unter dem Gleichgewichtsniveau, haben also Dumpingcharakter. Verzicht auf Außenhandelschutz in der weit überwiegenden Mehrzahl jener Länder, die nicht so kostengünstig produzieren können, hätte bzw. hat eine Verdrängung der eigenen Produktion durch die verfälschte Konkurrenz des Importangebotes zur Folge.

Erst der Abbau des Protektionismus in allen für den Welthandel mit Agrarprodukten wichtigen Export- und Importländern könnte aus dieser Situation herausführen. Indes sind viele Bemühungen in diese Richtung, wie sie im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens aus dem Jahr 1947 und der 1964 gegründeten Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung initiiert worden sind, über Anfänge zu meist nicht hinausgekommen.

Das erklärt sich aus der Sicht der wirtschaftlich entwickelten Länder umso eher, als das hier mit besonderer Schärfe auftretende Phänomene der hinter den Verdiensten im nichtlandwirtschaftlichen Bereich zurückbleibenden Durchschnittseinkommen in der Landwirtschaft — die Einkommensdisparität — den Staat in seiner sozialen Verpflichtung zu einem noch über den Ausgleich des Dumpingcharakters der Weltmarktpreise hinausgehenden Agrarschutz veranlaßt.

2.3 . . . aufgrund beschränkter Exportmöglichkeiten

Eine solche Politik aber muß die Exportfähigkeit beeinträchtigen, dies umso mehr, je stärker der Außenhandelsschutz und je höher der Selbstversorgungsgrad mit der Folge sinkender Zolleinnahmen für die Finanzierung des Exports ist.

Solche Bedingungen weisen der Rolle des Agrarexports als nachfrageausweitende Maßnahme zwangsläufig eine nur begrenzte Bedeutung zu.

Hinzu kommt, daß die GATT-Vereinbarungen eine beliebige Ausdehnung des jeweiligen Weltmarkanteils eines Landes im Agrarhandel durch den Export subventionierter Agrarprodukte untersagen.

Und schließlich ist unverkennbar, daß der kommerziellen Nachfrage auf den Weltarmarmärkten quantitative Grenzen gesetzt sind.

Das gilt auch hinsichtlich solcher Überlegerungen, Agrarüberschüsse im Rahmen der Entwicklungshilfe zu verwerten. Man kann nämlich „den Hunger in einem Teil der Welt nicht dauerhaft dadurch bekämpfen, daß man in einem anderen Teil der Welt Nahrungsmittelüberschüsse in der gleichen Größenordnung bereitstellt. Das Volumen der Nahrungsmittelhilfe steht in keinem zahlenmäßigen Zusammenhang mit dem Volumen des Nahrungsmitteldefizits; es wird von anderen Faktoren bestimmt, nämlich Transportkosten, Verteilungsschwierigkeiten in den Empfängerländern, ungünstigen Einflüssen der Nahrungsmittelhilfe auf die Währungsstabilität und die landwirtschaftliche Produktion der Empfängerländer und schließlich von der finanziellen Belastungsfähigkeit der Geberländer“³.

2.4 . . . aufgehoben durch neue Verwendungsmöglichkeiten für landwirtschaftliche Rohstoffe?

Eine zurückhaltende Einschätzung wird schließlich auch der vierten absatzbestimmenden Variablen: der Erschließung neuer Absatzmöglichkeiten im Non-Food-Bereich, vermutlich am ehesten gerecht.

Zwar ist die nichtnahrungswirtschaftliche Nutzung agrarischer Rohstoffe — wenngleich uralt — ein sehr modernes Thema, das heute ein Heer hochqualifizierter Naturwissenschaftler und Ingenieure beschäftigt; gleichwohl werden bislang — nicht zuletzt preisbedingt — nur geringe Mengen landwirtschaftlicher

Produkte — im wesentlichen Getreide, Kartoffeln, Ölsaaten, Zucker (sowie Milch- und Schlachtviehnebenprodukte) — dem Non-Food-Sektor zugeführt.

Sicherlich muß es in Anbetracht verändelter und sich weiter verschärfender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen zumal im Bereich der Rohstoffpolitik vermehrt Aufgabe von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sein, die Ausnutzung der bereits gegebenen und sich abzeichnenden Möglichkeiten der technisch-industriellen Verwendung jährlich nachwachsender organischer Rohstoffe sowohl in Kombination als auch in Konkurrenz mit dem nur begrenzt und lediglich in bestimmten Teilen der Welt vorkommenden Rohstoff Erdöl zu fördern. Dabei dürften auf Sicht den schon praktizierten Verwertungsmöglichkeiten von Getreide- und Wurzelstärken in technischen Bereichen⁴ die reellsten Wachstumschancen eingeräumt werden. Demgegenüber sieht sich der mengenmäßig sehr viel interessanteren Aspekt der Energiegewinnung aus landwirtschaftlichen Rohstoffen unter den gegebenen Bedingungen einer bislang nicht existenten Koordinierung von Agrar- und Industriepolitik im Sinne einer Industrie-Rohstoffpreisregelung einer schwerwiegenden Chancenungleichheit gegenüber der Petrochemie konfrontiert⁵.

Zwar wäre das Flächenpotential, das im Falle einer Aufnahme der Äthanolproduktion zur Entlastung des Getreidemarktes beizutragen vermöchte, in der Tat beachtlich: Eine 5%ige Beimischung von Äthanol zum Benzin würde auf der Basis von Getreide ein Flächenäquivalent von deutlich über 500.000 ha in der BR Deutschland und von etwa 2 Mill. ha in der EG binden. Auf der Basis eines Roh-



Wird im ganzen Land erkannt — die Bedeutung des Kunsthandwerks.

Übersicht 2 — Subventionsbedarf^a ausgewählter Agrarrohstoffe (DM je ha)

Produkt	Art der Stützung	Subvention DM je t bzw. 1000 l	ha-Ertrag ^b dt bzw. l	Subvention DM ha
Weichweizen	Exporterstattung	157,57	51,7	815,—
Ackerbohnen	Beihilfe Verfütterung	234,10	32,7	754,—
Raps	Produktionsbeihilfe	533,60 ^c	26,4	1.409,—
Bioäthanol aus Weizen	Produktionsbeihilfe	800,00	51,7 dt/2000 l	1.600,—
Bioäthanol aus Weizen	Produktionsbeihilfe	800,00	70 dt/2660 l	2.128,—
Getreide	Flächenstillegungsprämie			1.000,—

^a x 1978/79 — 1982/83; — ^b x 1978/79 — 1982/83; — ^c x 1980 — 1983

stoffmix aus Kartoffeln, Zuckerrüben und Getreide würde das Flächenäquivalent in der Bundesrepublik 380.000 ha, in der Gemeinschaft etwa 1,4 Mill. ha betragen. Dies bedeutete zwar nicht eine dauerhafte Beseitigung der Getreideüberschüsse — der Nettoüberschuss der EG steigt jährlich im Mittel um rd. 2 Mill. t entsprechend rd. 400.000 ha — der Zuwachs von Getreide könnte jedoch für vier bis fünf Jahre kompensiert werden. Ein solcher Weg würde allerdings einen außerordentlich hohen Subventionsbedarf erfordern: Auf Basis der von der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein vorgelegten und von anderen in der Größenordnung bestätigten Kalkulationen kostet die Herstellung von Äthanol bei einem Weizenpreis von 45,— DM/dt unter Berücksichtigung der Erlöse für den Futterrest 1,50 DM/l. Diesen Herstellungskosten steht ein Erlös von nur etwa 0,70 DM/l Äthanol gegenüber; die Beihilfe beträgt demnach 0,80 DM/l Äthanol. Da sich aus 100 kg Weizen etwa 38 l Äthanol herstellen lassen, erreicht der Subventionsbedarf je 100 kg Weizen (0,80 DM/l x 38 l) 30,40 DM. Mit anderen Worten: Bei einem Verkaufserlös für Weizen von 45,— DM/dt lassen sich nur 14,60 DM — das sind knapp ein Drittel — aus dem Markt erlösen.

Das bedeutet bei einem für die EG durchschnittlichen Hektarertrag von reichlich 50 dt einen Subventionsbedarf von rd. 1500 DM/ha. Bei auf besseren Ackerbaustandorten nicht seltenen Hektarerträgen von 70 dt und mehr steigt der notwendige Beihilfenbetrag je Flächeneinheit auf über 2100 DM. Damit aber würde der Subventionsbedarf für die Bioenergieerzeugung — so das zusammenfassende Ergebnis der Übersicht 2 — alternative Formen die Stützung mehr oder, minder deutlich überschreiten; in vielen Fällen wäre er sogar höher als der Einkommensbeitrag, den der Landwirt aus dem Getreidebau zu erwirtschaften vermag.

Das mag sich zwar im Gefolge steigender Rohölpreise, sinkender Agrarpreise, fortschreitender Züchtung geeigneter Pflanzen und einer weiteren Optimierung der Konversionstechnik zumindest tendenziell ändern.

Unter den gegebenen Bedingungen jedoch nimmt sich der vorrangig von berufsständischer Seite geforderte Schritt von Pilotanlagen zur großtechnischen Herstellung von Äthanol unter Kosten-

Nutzen-Gesichtspunkten zumal im Falle des Getreides zweifelhaft aus.

Aber selbst wenn sich im Falle günstiger Rahmenbedingungen dieses Absatzventil öffnen sollte, müssen — zumindest aus der Sicht der EG — begründete Zweifel angemeldet werden, ob der potentielle Bedarf an nachwachsenden Rohstoffen der durch die gegebenen und erwarteten technischen Fortschritte verursachten Dynamik der Agrarproduktion zu folgen vermag.

3 Wird die Landwirtschaft ein Opfer ihrer eigenen Leistungsfähigkeit?

Technische Fortschritte stellen Neuerungen dar, die^d

- einen größeren Ausstoß bei gleichem (globalen) Faktoreinsatz oder aber die Produktion einer gleichen Menge mit geringerem (globalen) Faktoreinsatz ermöglichen,
- das Verhältnis, in dem Produktionsfaktoren bei der Herstellung eines Produkts einander substituieren können, verändern bzw.

— den Bereich, in dem die Produktionsfaktoren bei der Herstellung eines Produktes einander substituieren können, erweitern.

Die Anwendbarkeit solcher Neuerungen in biologisch-, mechanisch- und organisatorisch-technischen Bereichen wird dabei im Rahmen vorgegebener Bedingungen durch den jeweiligen privatwirtschaftlichen Nutzen als das Ergebnis kostenkender und kapazitätssteigender Wirkungen technologischer Fortschritte bestimmt.

Beide Effekte sind, weil in die gleiche Richtung wirkend, nicht voneinander zu trennen. Der zumal in der Landwirtschaft hochgradige Wettbewerb zwingt jeden Bauern, die Möglichkeiten der Kostenenkung zu nutzen, wenn er nicht in diesem Konkurrenzkampf unterliegen will. Somit vollzieht sich die Kapazitätsausweitung automatisch.

In der Realität hat dies — über die begrenzte Entwicklung auf einzelnen Agrarmärkten hinausgehend — am Beispiel einer zusammenfassenden Darstellung der europäischen Agrarmarktsituation in diesem Jahrzehnt etwa folgendes Ergebnis^e:



Schafe im Vormarsch — nicht nur als „Rasenmäher“ im Freilichtmuseum.

Der Verbrauch an Agrarprodukten — umgerechnet und aggregiert in Getreideeinheiten — wird in den 80er-Jahren nur mehr mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 0,3 v. H. gegenüber 0,8 v. H. in den zurückliegenden Jahrzehnten steigen.

Zwar reduzieren sich auch die durchschnittlichen relativen jährlichen Zuwachsarten der landwirtschaftlichen Erzeugung; die Produktionsausdehnung, während der 70er-Jahre bereits rückläufig, in den 80er-Jahren in einem Überschuß an Agrarprodukten, dessen Größenordnung zum Ende des Betrachtungszeitraums einem Flächenvolumen von wenigstens 5 Millionen Hektar entspricht.

Andererseits werden jedoch — so das hinreichend bekannte Ergebnis einer mittelfristigen Vorschätzung der zu erwartenden Ausgaben für den Agrarsektor, den Sozialbereich, den Regionalfonds, für Energie, Forschung, Verkehr und Industrie, für die Entwicklungshilfe und schließlich für die Verwaltung — die Finanzquellen der Europäischen Gemeinschaft, nämlich Zölle, Abschöpfungen, Erzeugerabgaben und ein in Maßen erhöhter Mehrwertsteueranteil, auf Sicht nicht mehr ausreichen, um allen Verpflichtungen und Vorhaben in der Europäischen Gemeinschaft und darüber hinaus gerecht zu werden.

Von den theoretisch möglichen Wahlhandlungen: der Suche nach weiteren Einnahmequellen, dem Verzicht auf jegliche neuen Initiativen der EG-Politik und der Verringerung der Agrarlast, sind der ersten genannten, zumal wenn sie auf eine fortwährende Erhöhung der Beitragsleistungen der einzelnen Mitgliedsländer abzielt, kaum reelle Erfolgsaussichten einzuräumen.

Die starke Betonung regionalpolitischer Aktivitäten durch das Europäische Parlament, die der Gemeinschaft aus dem Beitritt Spaniens und Portugals erwachsenen Verpflichtungen gegenüber diesen Ländern selbst, gegenüber den um verbesserte Wettbewerbsfähigkeit bemühten Mitgliedstaaten Frankreich und Italien sowie gegenüber den durch die Erweiterung der Gemeinschaft in ihren zugessicherten Absatzmöglichkeiten im Wirtschaftsraum der EG beschrittenen Ländern lassen die zweite Alternative kaum weniger illusorisch erscheinen, so daß die Bemühungen um eine sukzessive Eindämmung der ausufernden Kostenlawine im Agrarbereich den wahrscheinlichsten, wenngleich keinen bequemen, wohl aber den mit dem meisten öffentlichen Beifall bedachten Ausweg aus dem Dilemma begrenzter finanzieller Mittel darstellen wird.

Die Zweckmäßigkeit einer solchen Wendekurve kann auch die Landwirtschaft zumindest im Grundsatz nicht ernsthaft in Frage stellen:

Die Problematik des zurückgelegten Irrweges zeigt sich am vordergründigsten an den aufgelauften Überschüssen und den erheblichen Kosten ihrer Verwertung, die selbstredend nur optisch kleiner werden, wenn man ihre Summe — rd. 42 Mrd. DM — durch die Zahl der Einwohner der EG teilt und dann möglicherweise zu dem Ergebnis gelangt, daß etwa 150 DM pro Einwohner und Jahr vielleicht kein zu hoher Beitrag für eine sichere Ernährung seien.

Diese Feststellung übersieht jedoch einen wesentlichen Tatbestand: Von jenen rd. 150 DM, die — statistisch gesehen — jeder EG-Bürger für den gemeinsamen Agrarmarkt zahlt, fließen der Landwirtschaft selbst nur etwa 50 bis 80 DM zu; den weitaus überwiegenden Teil der eingesetzten Mittel verschlingen die Kosten der Lagerhaltung und vor allem die Exportstatungen. Tatsächlich repräsentieren die EG-Marktordnungskosten weniger einen Ernährungssicherungsbeitrag als vorrangig einen erheblichen Sozialprodukttransfer aus der EG an eine Mehrzahl dritter Länder.

Vor diesem Hintergrund muß eine Kernforderung der Agrarpolitik die nach einem einkommenswirksameren Mittelaus- satz sein.

Unter den Bedingungen einer erheblichen Überschufproduktion ist dies offensichtlich nicht machbar: 2,50 DM bis 3 DM Einsatz an öffentlichen Mitteln für 1 DM Einkommen sind eine Verschwendun- g, die gleichermaßen den Interessen der Landwirtschaft und des Staates zuwiderläuft.

Um so einsichtiger ist die Forderung eines dauerhaften Abbaues der Überschuf- situation auf der Angebotsseite.

4 Der agrarpolitische Handlungsspielraum

Die Diskussion um eine Neuorientierung der Agrarpolitik ist nicht zu trennen von der Frage nach der vorrangigen Funktion des Preises.

Solange freilich im Gefolge einer solchen Politik „nur“ Menschen, aber keine Produktionskapazitäten (Fläche und Viehsta- pel) ausscheiden, ist der angebotsmin- dernde Effekt gering.

Das will besagen: Eine wirksame Produktionseinschränkung nur durch eine Veränderung der Betriebsgrößenstruktur — also bei gleichem Nutzflächenumfang — wäre lediglich dann möglich, wenn die größeren Betriebe extensiver wirtschafteten als kleine und überdies nur Über- schüsse bei arbeitsintensiven Agrarprodukten gegeben wären. Beides aber ent- spricht nicht der Realität.

Infolgedessen müßte eine Politik der Preis senkung darauf abzielen, die bislang flächendeckende Zielstruktur der Agrarpolitik in eine zunehmende räumliche Konzentration der landwirtschaftlichen Erzeugung auf jene Standorte mit den günstigsten natürlichen und wirtschaftlichen Produktionsvoraussetzungen zu verkehren.

Spätestens an dieser Stelle wird jedoch die politische Dimension des Themas deutlich: Gemeint ist jener Zielkonflikt einer ausschließlich an ökonomischen Kriterien, vornehmlich der Minimalkostenkombination, orientierten Entwick- lung — aufgrund der gegebenen Markt- form der Landwirtschaft durch sinkende Preise letztendlich zugunsten der Ver- braucher — mit anderen (agrar-)politischen Absichten, so der Erhaltung mög- lichst vieler selbständiger Existenz-



Kren aus der Steiermark ist in ganz Österreich ein Qualitätsbegriff.

einer breiten Eigentumsstreuung, der Erhaltung der Kulturlandschaft und der Infrastruktur ländlicher Räume, überdies mit der Ökologie sowie dem Umweltschutz und nicht zuletzt mit ethischen Werturteilen, z. B. die Massentierhaltung betreffend.

All diesen konkurrierenden Zielsetzungen ist — so WEINSCHENCK — eines gemeinsam⁸: „Sie haben außerökonomischen Charakter. Dementsprechend kann über sie auch nicht nach ökonomischen Gesichtspunkten entschieden werden. Das heißt nicht, die Ökonomie hat nichts mit ihnen zu tun, sondern es heißt, die Entscheidung darüber, ob diese Gründe beachtet oder nicht beachtet werden sollen, muß der ökonomischen Betrachtung vorausgehen“, und zwar um so rascher und verbindlicher, je absehbarer eines der Fundamente der bislang praktizierten Marktordnungspolitik, nämlich die auf wichtigen Märkten gewährleistete unbegrenzte Nachfrage mit Mindestpreisgarantie, an den Kosten zu scheitern droht. Not macht bekanntlich erforderlich.

4.1 Kompensierende direkte Einkommensübertragungen?

Wenn zumal unter den Bedingungen wirtschaftlicher Instabilität allein die Marktwirtschaft (nicht nur) im Bereich der Landwirtschaft ein sozial außerordentlich fragwürdiges Regulativ darstellt, um notwendige Anpassungen der Erzeugung an den Verbrauch zu realisieren, dann könnte die vorrangige Bedeutung der Marktgleichgewichtsfunktion des Erzeugerpreises mit der generellen Zahlung direkter Einkommenshilfen als der sozialen Verpflichtung des Staates verhaftetes Ausgleichsinstrument verknüpft werden⁹.

Tatsächlich ist eine solche Politikalternative der Erzeugerpreissenkung und der Kompensation der bislang über den Markt erzielten Einkommensanteile durch direkte Einkommenstransfers, so weit produktneutral und damit nicht produktionsstimulierend ausgerichtet, auf übersorgten Märkten aus gesamtwirtschaftlicher Sicht billiger als die Erziehung des gleichen Einkommenseffekts über die Preispolitik mit der Maßgabe steigender Verbraucherpreise und darüber hinaus zunehmender finanzieller Aufwendungen für die interiore Verwertung der durch die Preiserhöhung angeregten Mehrerzeugung.

Die ökonomische Theorie weist dem Preis in einer Marktwirtschaft eine zweifache Aufgabenstellung zu: einerseits die Herbeiführung eines Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage, andererseits die Realisierung ausreichender Einkommen der wettbewerbsfähigen Anbieter für konsumative und intensive Zwecke.

4.2 Preisdruck?

Wenn nun die tatsächliche Situation auf einer Mehrzahl von Agrarmärkten (nicht nur) in der Europäischen Gemeinschaft

die erstgenannte Zielsetzung — offenkundig aufgrund eines bisherigen Primats der Einkommensfunktion des Preises — als zusehends verletzt aufweist, so ist es naheliegend, eine Politik der Erzeugermitverantwortung als ersten Schritt eines Rückzugs des Staates aus der Verantwortung für die Agrarmärkte, die zumindest ansatzweise betriebene und in der Mehrzahl der agrarpolitischen Reformpapiere befürwortete restriktive Preispolitik als die Absicht zu interpretieren, die Landwirtschaft vermehrt in den marktwirtschaftlichen Ausleseprozess zu entlassen. Fraglos wäre eine Preissenkung zwar ein erfolgversprechender Ansatz zur besseren mengenmäßigen Anpassung der landwirtschaftlichen Erzeugung an das mögliche Nachfragevolumen; indessen bedeuten geringere Produktmengen und niedrigere Erzeugerpreise eine merkliche Verringerung des Produktionswertes der Landwirtschaft und, da die Aufwendungen für die notwendigen Vorleistungen kaum in gleichem Maße sinken, eine spürbare — ehrlicher wohl eine drastische — Reduzierung des zu verteilenden Gewinns. Folglich könnte das Einkommen Einzelner nur mehr wachsen, wenn Umsatz von anderen zugepachtet oder zugekauft wird. In der agrarpolitischen Terminologie sprechen wir in diesem Zusammenhang vom „Wachsen oder Weichen“.

Überdies dürfte über die angebotsreduzierende Wirkung sinkender Erzeugerpreise hinaus auch durch den nachfragestimulierenden Effekt entsprechend ermäßigter Verbraucherpreise eine gewisse Marktentlastung erwartet werden. Schließlich würde die Substitution privater Ausgaben der Lebensmittelkäufer, die mehrheitlich den unteren und mittleren Einkommensschichten zuzuordnen sind, durch öffentliche Aufwendungen, die mehrheitlich über das Steueraufkommen der wohlhabenderen Bevölkerungsschichten erbracht werden, eine gewisse Nivellierung der Belastung privater und öffentlicher Haushalte darstellen.

Dennoch stünde zu vermuten, daß in dem Maße, wie ein laufend größerer Anteil der landwirtschaftlichen Einkommen auf direkte Übertragungen entfiel, diese Transfers zumindest gleichermaßen wie die heutigen Marktordnungsaufwendungen im Mittelpunkt der öffentlichen Kritik stehen würden, zumal ein voller Ausgleich der aus einer Erzeugerpreissenkung auf das Gleichgewichtsniveau resultierenden Einkommensverluste durch von der öffentlichen Hand finanzierte Transferzahlungen unter den herrschenden Bedingungen auf den Problemmarkten eine spürbare Erhöhung der jetzigen staatlichen Aufwendungen für die Organisation dieser Märkte im Interesse der Einkommensstützung erforderlich machen würde.

4.3 Mehr Lenkung?

Die Ablehnung dieses anempfohlenen Verzichts auf die Ausschöpfung eines

preispolitischen Spielraums am Markt — einer aktiven Preispolitik — nicht nur seitens der praktischen Landwirtschaft konkretisierte sich in alternativen Überlegungen zumal von berufsständischer Seite, die Wahrung der Einkommensfunktion des Preises in dem Maße, wie hierdurch das Marktgleichgewicht mit der Maßgabe hoher, überdies einkommensunwirksamer Folgekosten verletzt wird, im Interesse dauerhaft funktionsfähiger Agrarmärkte durch angebotslenkende Maßnahmen zu ergänzen.

Das Ergebnis dieser Überlegungen — die Garantiemengenregelung auf dem Milchmarkt — konnte ernsthaft niemanden überraschen:

(1) Tatsächlich muß die Landwirtschaft als Ganzes ein einkommenspolitisch motiviertes Interesse daran haben, die Ausgaben der Verbraucher für Agrarprodukte mit der Maßgabe einer rationalen Vermarktung zu maximieren.

Unter den gegebenen Bedingungen der Sättigungsnachfrage ist dieses Ansinnen nur durch eine Erhöhung der Produktionspreise zu verwirklichen. Dies jedoch setzt zwingend eine Beschränkung des Angebotes voraus.

Gegen diese Auffassung, auf die sich die milchmarktpolitischen Vorstellungen des Deutschen Bauernverbandes in wesentlichen Teilen stützen, wird man allerdings einwenden können, sie stelle einen klaren Bruch mit marktwirtschaftlichen Grundsätzen dar.

(2) Dennoch war die Entscheidung für die Garantiemengenregelung insoweit konsequent, weil sie tatsächlich die einzige Möglichkeit darstellte, im Interesse der weiteren Finanzierbarkeit der EG-Agrarpolitik und damit der Gewährleistung ihres begründbaren preissüttzenden Charakters eine kurzfristig wirksame Begrenzung der Milchproduktion herbeizuführen.

(3) Die Lösung lag aber auch insofern nahe, weil fast alle Länder der westlichen Welt mit Milchüberschüssen diesem Problem mit einer Mengensteuerung begegneten.

(4) Schließlich war das Ergebnis durchaus zeitgemäß, da Strategien in gesättigten Märkten — so z. B. auch im Stahlbereich — zunehmend in lenkenden Eingriffen des Staates enden.

Voraussetzung einer administrativen Produktionslenkung sind neben der Einsicht der Betroffenen in die Notwendigkeit einer Angebotsbeschränkung straff organisierte Märkte.

Die Einsicht wird umso größer sein, je weitergehender das wirtschaftliche Risiko, von der sich nicht in gleichem Maße beteiligenden Konkurrenz überspielt zu werden, ausgeschaltet, die Sorge vor dem Fehlverhalten der Konkurrenz neutralisiert und somit eine Summierung des Fehlverhaltens verhindert werden kann. Das verlangt nationale und innerhalb der einzelnen Mitgliedsländer einzelbetriebliche Quoten mit der Maßgabe, daß bei einem Anstieg der Produktionsmengen

über die Referenzmenge hinaus dieser Erzeuger in entsprechendem Umfang die Kosten der Überschußbeseitigung, z. B. durch stufenweise degressive Preise zu übernehmen habe.

Die andere Voraussetzung, nämlich ein hoher Organisationsgrad der Erzeugung, ist in der Europäischen Gemeinschaft sicherlich nur auf wenigen Märkten gewährleistet und selbst dort in unterschiedlichem Maße erfüllt: Einen bestimmten, leicht kontrollierbaren Absatzkanal (Flaschenhals) durchläuft vor allem die Zuckerrübe, bei der sich eine Kontingentierung technisch ohne besondere Schwierigkeiten praktizieren lässt. Aber auch auf dem Milchmarkt sind die technischen und administrativen Voraussetzungen einer Quotierung weitgehend erfüllt. Gleichwohl ist eine restrictive Erzeugungsregulierung auch auf diesen Märkten mit wesentlichen Problemen behaftet: Sie betreffen zum einen den Vorwurf, mehr oder minder strukturkonservierend zu wirken, sei es unmittelbar und weitreichender durch nicht handelsfähige Kontingente, die dem Landwirt mit der Produktionsplanung auch die Möglichkeit der Kostenminderung nehmen, oder mittelbar aufgrund des Preises handelbarer Quoten, der die wachstumsorientierten Betriebe mit zusätzlichen Produktionskosten belastet.

Zum anderen beinhaltet die Kontingentierung des Angebots einzelner Erzeugnisse den entscheidenden Nachteil, daß aufgrund des relativ starren Einsatzes von Boden und Arbeit in der Landwirtschaft die erzwungene Einschränkung des Faktoreinsatzes in kontingentierten Produktionszweigen zu vermehrtem Einsatz in alternativen Betriebszweigen und damit — als Folge einer Preis- und Gewinnabsicherung bei dem kontingentierten Produkt sowie Preis- und Gewinnminde rungen bei den nichtreglementierten Erzeugnissen — zu einer Vergrößerung der innerlandwirtschaftlichen Einkommensdisparität führt.

Die administrative Begrenzung des Angebots einzelner Agrarprodukte — so die Schlüffolgerung — ist mithin weder ein Mittel, die Agrareinkommen insgesamt zu stützen, noch ein Instrument zur generellen Begrenzung der landwirtschaftlichen Erzeugung.

Das wäre im einen wie im anderen Falle nur durch eine totale Reglementierung der gesamten Agrarproduktion zu gewährleisten, die jedoch praktisch unmöglich ist, und zwar nicht, weil nicht sein kann, was unter den herrschenden ordnungspolitischen Rahmenbedingungen nicht sein darf, sondern weil die marktstrukturellen Voraussetzungen dafür nicht gegeben und — da letztlich einen Bundesnährstand, ausgestattet mit der vollen Binnenmarktordnungsgewalt, und entsprechende Organe in allen anderen EG-Mitgliedsstaaten voraussetzend — auch nicht absehbar sind. Dann aber deutet sich mit der Einführung der Garantienregelung für Milch eine weiterge-

hende Spaltung des Agrarmarktes in mehr und weniger preisgestützte Produkte an, die umso einschneidend wirkt, je aktiver die Milchpreispolitik im Rahmen des Kontingents und je stärker durch die Milchquotierung und die Rentenregelung freigesetzte Produktionskapazitäten in andere Betriebszweige drängen und dort preisdrückend wirken.

Eine solche absehbare Entwicklung muß zwangsläufig die viel beschworene Solidarität der Landwirtschaft weiter strapazieren, nachdem bereits die technische Ausgestaltung der Garantienregelung für erhebliche Unruhe im Kreis der Betroffenen gesorgt hat.

4.4 Begrenzung des technischen Fortschritts?

Solche Perspektiven, zumal im Zusammenhang mit den als zusehends problematischer empfundenen Nebenwirkungen des technischen Fortschritts, vermögen durchaus jene (theoretischen) Überlegungen zu begründen, die — bezugnehmend auf den vorgestellten Konflikt zwischen relativer Nachfrage und technischem Fortschritt — ursachenpolitisch auf eine Begrenzung des Intensitätswachstums abzielen¹⁰.

Ein erster praktikabler Schritt in diese Richtung ist — zumindest auf überworschten Märkten — die Einstellung des einzelbetrieblichen Förderungsprogramms und ähnlicher Investitionsbeihilfensysteme. So problematisch sich eine solche Forderung aus einzelbetrieblicher oder regionaler Sicht auch darstellen mag — gesamtwirtschaftlich läßt sich eine staatliche finanzielle Unterstützung der Schaffung zusätzlicher Produktionseinrichtungen umso weniger rechtfertigen, je mehr öffentliche Mittel sodann für die Beseitigung der aus der Mehrerzeugung resultierenden Überschüsse bereitgestellt werden müssen. Je weniger sich dies aber als möglich erweist, desto stärker wird auch der einzelwirtschaftliche Nutzen in Frage gestellt, zahlen die Landwirte die empfangenen Zuschüsse doch nunmehr selbst in Gestalt von Miterantwortungsabgaben oder direkten Preissenkungen zurück.

Ein zweiter Ansatzpunkt zur Steuerung des technischen Fortschritts mag im Interesse der Vermeidung einer übermäßig betrieblichen Konzentration die administrative Festsetzung von Bestandsobergrenzen in der tierischen Veredlungswirtschaft und damit im Zusammenhang die stärkere Bindung des Viehbestandes an die jeweils bewirtschaftete Fläche sein.

Alle weitergehenden Überlegungen jedoch, die spezielle Intensität der Agrarproduktion auf einem bestimmten, dem Ziel des Marktgleichgewichts und der Erhaltung einer Vielzahl bürgerlicher Existenzien adäquaten Niveau festzuschreiben, kollidieren entweder, so im Falle einer Diskriminierung der drittländischen Futtermittelimporte, mit geltendem internationalem Recht, zumindest aber mit of-

fenkundig vorrangig wirtschafts- und entwicklungspolitischen Zielsetzungen der Europäischen Gemeinschaft, oder aber sie zwingen — stärker noch als die diskutierte Lenkung der Produktion — durch eine Kontingentierung der Verwendung ertragssteigernder Produktionsmittel zu weitreichenden Eingriffen in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit.

Erschwerend kommt hinzu, daß jede administrative Begrenzung des Intensitätswachstums entweder spürbare Einkommenseinbußen für die landwirtschaftlichen Produzenten oder — im Falle gleichbleibender Agrareinkommen trotz geringerer Flächen- und tierischer Leistungen — ein merklich steigendes Nahrungsmittelpreisniveau bedingen müßte, die einem solchen Lösungsansatz, ob schon einer tendenziell zunehmenden Reserviertheit gegenüber ökonomischen Sachzwängen entgegenkommend, aufgrund der weitreichenden wirtschaftlichen Implikation allenfalls begrenzte Chancen der Realisierung einräumen.

Unter diesen Umständen aber ist der Grundsatz, alle etwas weniger erzeugen zu lassen, also die Verringerung der Ausnutzung der existenten Produktionskapazität in einem nennenswerten Ausmaß, offenkundig kein durchgreifender Lösungsansatz.

5 Aktive Preispolitik: eine begrenzte Perspektive

Ein Lösungsansatz ist dies umso weniger, als das vorrangige Ziel aller (verbands-)politischen Bemühungen ist: die Durchsetzung jener pauschalen Forderung nach einer „aktiven Preispolitik“ als Garant einer befriedigenden Einkommenspolitik für eine bäuerliche Landwirtschaft, die in Anbetracht der gegebenen immensen Einkommensunterschiede innerhalb der Landwirtschaft und vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher Betriebsgrößenstrukturen, Standortbedingungen und Betriebsleiterfähigkeiten tatsächlich außerordentlich selektiv wirkt. Realer war die europäische Agrarpolitik von Anbeginn an den besseren Betrieben ungleich nützlicher als jedem unteren Viertel oder gar Drittel der Betriebe in der Einkommensskala, die bei zum Teil schon negativen Gewinnen je Familien-AK auch durch eine noch so aktive Preispolitik kaum oder gar nicht mehr sanierungsfähig sind.

Die Erwirtschaftung eines befriedigenden Einkommens über den Preis — so die Wirtschaftswirklichkeit — wird immer nur einem Teil der Betriebe vorbehalten sein. Freilich bestimmt dabei die Höhe des Preisniveaus die Zahl der Einkommensbezieher aus dem Markt. Jene durchaus verbreitete Vorstellung indessen, es damit fast allen recht machen zu können, ist für einen nicht unerheblichen Teil der landwirtschaftlichen Betriebsinhaber perspektivlos.

6 Wendeüberlegungen

Die staatliche und berufständische Agrarpolitik — nur dies ist zunächst sicher — befinden sich ein einem Umdenkungsprozeß, dem eine Mehrzahl realer Fakten und Erkenntnisse zugrunde liegen:

(1) Unter den gegebenen Rahmenbedingungen droht die aufgrund technischer Fortschritte weiter wachsende landwirtschaftliche Erzeugung das mögliche Nachfragepotential fortwährend und zu dem in wachsendem Maße zu übersteigen, dies mit der Maßgabe zunehmenden Preisdrucks auf den Agrarmärkten und einer zusehends ineffizienteren Einkommenswirksamkeit wachsender Marktordnungsaufwendungen.

(2) Infolgedessen sieht sich eine rational verstandene Agrarpolitik immer dringlicher vor die Aufgabe gestellt, das zu großen Produktionsvolumen den begrenzten Absatzmöglichkeiten anzupassen zu müssen.

(3) Von den zuvor erörterten Möglichkeiten einer Angebotsseinschränkung

— dem Ausscheiden von Produktionskapazitäten,

— einer restriktiven Erzeugungsregulierung (Angebotskontingentierung) und

— der administrativen Lenkung des technischen Fortschritts

deutet wenngleich nicht ausschließlich, so

doch vor allem eine Verringerung der landwirtschaftlich genutzten Fläche den größtmöglichen Erfolg an.

Ob und in welchem Umfang Kapazitäten aus der Produktion ausscheiden, hängt von der herrschenden Preis-Kosten-Relation und den gegebenen Einkommensalternativen ab: Eine unbefriedigende Rentabilität der Landwirtschaft, aber attraktiver außerlandwirtschaftliche Rahmenbedingungen beschleunigen den Prozeß und umgekehrt.

Daraus folgt allerdings auch, daß unter den Bedingungen gesamtwirtschaftlicher Instabilität die Herstellung des Marktgleichgewichts allein durch den Marktmechanismus — im Extrem in Gestalt der vereinzelt propagierten Angleichung des inländischen Agrarpreisniveaus an das (überdies verfälschte) des Weltmarktes — ein gleichermaßen sozial wie regionalpolitisch außerordentlich fragwürdiges Regulativ darstellt, um notwendige Anpassungen der Erzeugung an den Bedarf zu realisieren. Gleichwohl müßte dies die wahrscheinlichste „Lösung“ sein, sollte sich die Politik, weil nicht zum Konsens fähig, auf Dauer als schwach erweisen, einer solchen Entwicklung durch einen problemadäquaten Handlungsräumen entgegenzutreten.

Das Problem sind ebenso die zumindest auf Sicht noch wachsenden Überkapazitäten wie eine Mehrzahl nicht mehr entwicklungsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe.

Letztere sind ohne spezifische staatliche Hilfen zum Ausscheiden verurteilt, aber ebenso weit überwiegend ohne alternative Erwerbsmöglichkeiten — abgesehen von der Verpachtung oder dem Verkauf der Flächen an expandierende Betriebe. Damit aber bliebe zumindest das Überflußproblem existent.

Umso näher liegt der Gedanke, solche Flächen mehrheitlich einer „Landbewirtschaftung“ zuzuführen, die über extensive Nutzungsformen bis hin zur Brache im wesentlichen jenem gesellschaftlichen Anspruch der Erhaltung der Kulturlandschaft und der Infrastruktur ländlicher Räume auch in benachteiligten Regionen, überdies unabdingbaren ökologischen Anforderungen gerecht werden könnte. Diese sind — wie die Sicherstellung der Ernährung — Aufgaben im öffentlichen Interesse, die bislang nicht bezahlt und über den Produkionspreis auch kaum zu entgelten, staatliche Einkommensübertragungen an die Eigner dieser Flächen rechtfertigen.

Eine solche stärkere Einbindung der Agrarpolitik in die Gesellschaftspolitik kann sich — ohne die noch keineswegs (überzeugend) gelösten politischen und administrativen Probleme der Ausgestaltung zu erkennen — dennoch zumindest auf drei befürwortende Argumente stützen:

(1) Die nunmehr konsequenteren Unterscheidung in eine marktorientierte Landwirtschaft einerseits und eine subventionierte Landbewirtschaftung andererseits ist ein Ansatz, den Preis in die Lage zurückzuversetzen, seiner zweifachen Aufgabenstellung — der Realisierung ausreichender Einkommen leistungs- und wettbewerbsfähiger Anbieter sowie der Herbeiführung eines Marktgleichgewichts — besser gerecht zu werden.

(2) Das abgegrenzte Nebeneinander von Preispolitik und Einkommensübertragungen trägt in geeigneter Weise den sozialen Belangen der Agrarpolitik Rechnung.

(3) Der nur verbal weitergehende Anspruch einer aktiven Einkommens- anstelle einer aktiven Preispolitik ist im Hinblick auf die begrenzte Mittelverfügbarkeit effizienter und verspricht auf län-

gere Sicht auch billiger zu sein. Freilich mag man die unmittelbare und deutlich sichtbarere Abhängigkeit eines Teiles der Landwirte vom Staatsbudget als „Degradiierung zu einem permanenten Subventionsempfänger“ abqualifizieren.

Wird aber — so bleibt abschließend zu fragen — dieser Sachverhalt nicht entscheidend dadurch relativiert, daß sich eine solche Aussicht von der heutigen Situation kaum noch unterscheidet, sich aber nach einer Zeit des Übergangs die Perspektive aufstellt, einer zusehends kritischen Öffentlichkeit Rechenschaft über eine gesamtwirtschaftlich ungleich einsichtige und für die Landwirtschaft selbst wirksamere Mittelverwendung geben zu können?

1 Vgl. R. PLATE, Agrarmarktpolitik, Bd. 1: Grundlagen. München, Basel, Wien 1968, S. 71 ff.

2 Vgl. dazu auch R. PLATE, Agrarmarktpolitik, Bd. 2: Die Agrarmärkte Deutschlands und der EWG. München, Basel, Wien 1970, S. 289 ff.

3 O. SCHILLER, Überschlußproduktion zwecks Hungerhilfe. „Agrarwirtschaft“, Hannover, Jg. 13 (1964), S. 184.

4 Vgl. Landesverband der Stahlindustrie e. V., Einige Aspekte der Zukunft der Stahl-Industrie. Bonn 1975. — Derselbe, Stärke als industrielle Rohstoffalternative: Fakten und Perspektive. Bonn 1981.

5 F. HÜLSEMEYER, H. BUNNIES, Zunehmende Überschußprobleme und Strategien zu ihrer Bewältigung — dargestellt am Beispiel des Milch- und Getreidemarktes. „Betriebswirtschaftliche Mitteilungen“, hrsg. von der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, Kiel, 1985, Nr. 366, S. 24 f.

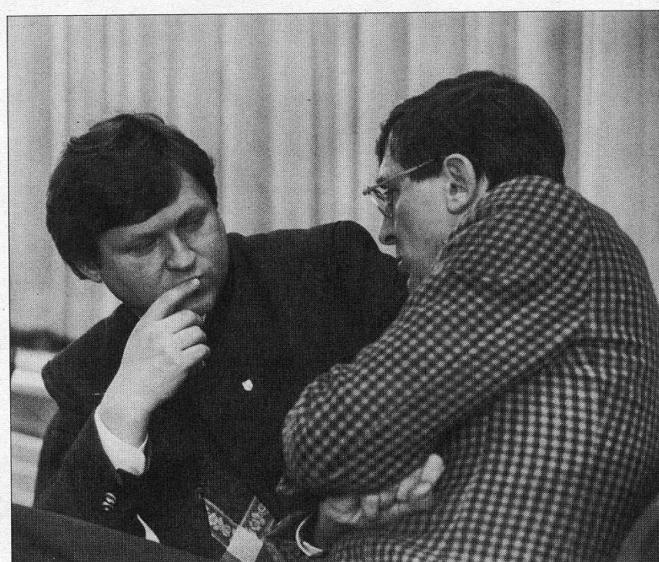
6 Vgl. R. PLATE, Agrarmarktpolitik, Bd. 1: Grundlagen, a. o. S. 210.

7 Vgl. F. HÜLSEMEYER, L. SAEGMEISTER, Was und wieviel abzusetzen sei wird — Die Agrarmärkte zwischen Angebotsdruck und Nachfragestagnation. In: F. HÜLSEMEYER, F. KUHLMANN, G. WEINSCHENCK, R. E. WOLFRAM, Agrarmarktsituation der 80er-Jahre aus wissenschaftlicher Sicht. (Archiv der DLG, Bd. 66.) Frankfurt/M. Main 1988, S. 9—20.

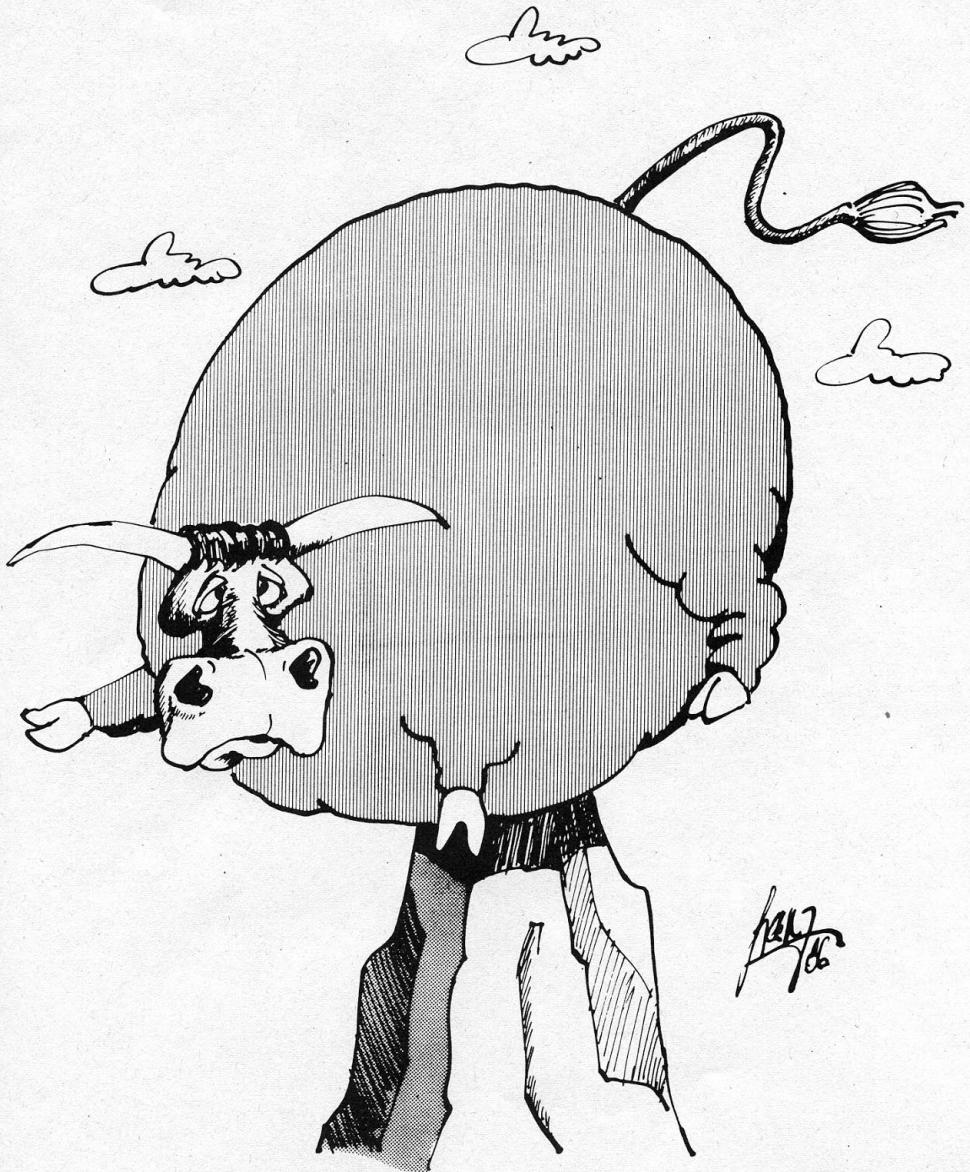
8 G. WEINSCHENCK, W. KUHLMANN, Bonn und Brüssel zu erwarten ist — Möglichkeiten und Grenzen einer Neuorientierung der Agrarpolitik. In: F. HÜLSEMEYER, F. KUHLMANN, G. WEINSCHENCK, R. E. WOLFRAM, Agrarmarktsituation der 80er-Jahre aus wissenschaftlicher Sicht, a. o., S. 60.

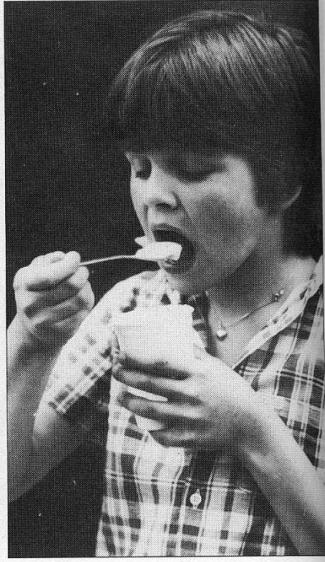
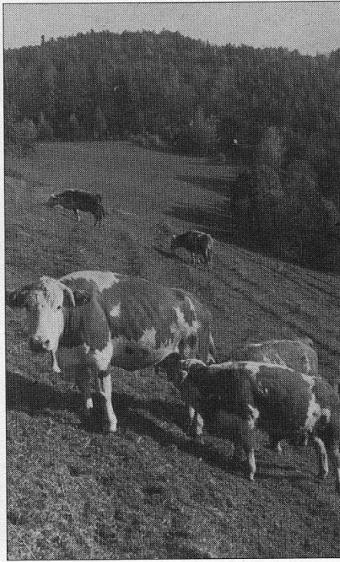
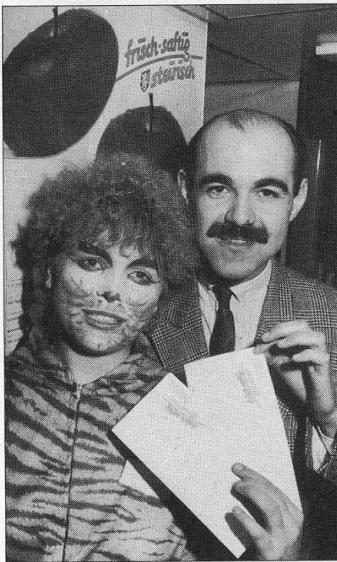
9 Vgl. dazu u. a. U. KOESTER, S. TANGERMAN, Alternativen der Agrarpolitik. Eine Kosten-Nutzen-Analyse im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. („Landwirtschaft und Wirtschaft“, H. 182.) Münster/Hiltrup 1976. In modifizierter Form findet sich dieser Gedanke auch in den SPD-Leitlinien zur Neuausrichtung der Agrarpolitik“ wieder.

10 Vgl. dazu G. THIEDE, Agrarpolitisches Langzeitprogramm unter Berücksichtigung der wissenschaftlich-technischen Fortschritte. „Agrarwirtschaft“, Hannover, Jg. 27 (1978), H. 8, S. 228 f., der gleichzeitig den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bei der zukünftigen Gestaltung der europäischen Agrarpolitik eine tragende Rolle zuweist.



Die Lage ist ernst: Ing. Franz Großschädl mit Dr. Ulrich Schmotzer.



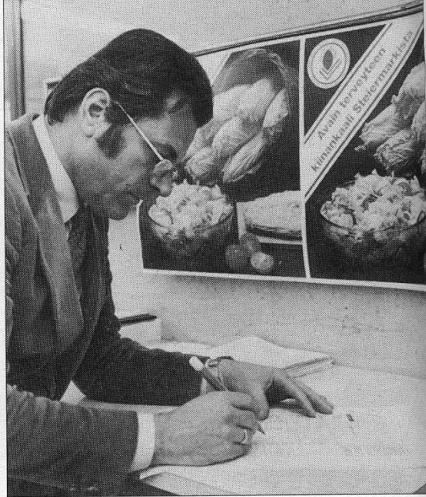


MARKTLÜCKEN UND - F

Der Steirische Bauernbund hat in Zusammenarbeit mit Landwirtschaftskammer und Landesregierung in vielen landwirtschaftlichen Teilbereichen Pionierarbeit geleistet. Wir sind neue Wege gegangen, zusammen mit unseren Bauern. So haben wir neue Produktionsmöglichkeiten geschaffen und für den bürgerlichen Fa-

milienbetrieb Marktlücken geöffnet. Die Vielfalt der steirischen Landwirtschaft fordert auch für die Zukunft neue Ideen und Impulse. Es gilt, Lücken und Nischen zu finden im Bereich der Spezialkulturen, damit unser Grenzland lebt. Wir müssen die Produktionsmöglichkeiten auf eine breitere Basis stellen, damit die Fruchtfolge berei-

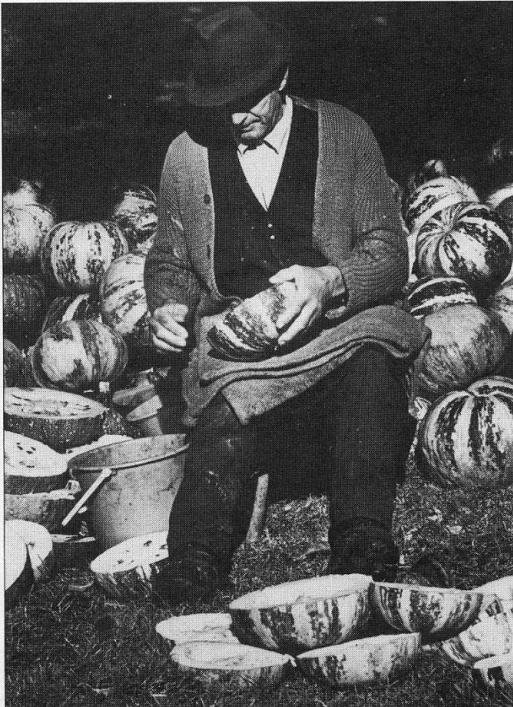
chert wird. Es gibt keine andere Alternative zum bürgerlichen Familienbetrieb. Es ist Aufgabe einer zukunftsorientierten Agrarpolitik, die dazu notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Es ist Aufgabe der Beratung, die fachliche Weichenstellung zu setzen, damit unsere Bauern diese neuen Wege gehen können.





-NISCHEN AUFPÜREN

29



DIE AGRARPOLITISCHE SITUATION, WEGE IN DIE ZUKUNFT



Bäuerliche Agrarpolitik in der Schweiz

30

Inhaltsübersicht

- I. Landwirtschaft in der Volkswirtschaft; Möglichkeiten und Grenzen
- II. Aufgaben der Landwirtschaft; agrarpolitisches Zielsystem
- III. Richtungsänderung in der Agrarpolitik?
- IV. Erfahrungen aus der Schweiz anhand konkreter Beispiele
 1. Einkommenspolitik mit Ziel Paritätslohn
 2. Die neuen Maßnahmen zur Lenkung derviehwirtschaftlichen Produktion
 3. Strukturpolitik, Investitionsbeihilfen
 4. Boden- und Pachtrecht
 5. Bewirtschaftung der importierten Futtermittel
 6. Produktionsunabhängige Ausgleichszahlungen
- V. Schlußfolgerungen

I. Landwirtschaft in der Volkswirtschaft; Möglichkeiten und Grenzen

Aus einem Rückblick über die letzten 30 Jahre stehen in der Agrarpolitik den heutigen Überschußproblemen auch erfreuliche Seiten gegenüber. Die Beruhigung in der Strukturpolitik, der gehobene Stellenwert der Landwirtschaft in unserer Volkswirtschaft und Gesellschaft und das gefestigte Selbstverständnis des Bauern.

Die deutliche Verminderung der Abwanderung seit der Rezession 1974/76 ist auch als Hinweis für die vermehrte Wertschätzung des relativ sicheren Arbeitsplatzes des Bauern zu werten. Strukturalt und Anpassung sind heute keine Schimpfworte mehr. Die neue Agrartechnik hat sich durchgesetzt, ohne den Familienbetrieb oder gar den Bauernstand zu zerstören. Aber auch die Grenzen des agrartechnischen Fortschritts werden deutlich sichtbar, ebenso die mannigfältigen Nachteile der Großbetriebe vor allem in der Massentierhaltung. Zumaldest für die absehbare Zukunft ist keine weitere Welle umwälzender agrartechnischer Neuerungen zu erwarten. Eine Prognose für die 80er Jahre muß von den veränderten Rahmenbedingungen — „Energiekrise“, „Rezession“, „Grenzen des Wachstums“ und „Nord-Süd-Konflikt“ — ausgehen. Die direkteste Auswirkung auf die Agrarwirtschaft ist von der deutlichen Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums her zu erwarten. Geringeres Bevölkerungswachstum (0,2—0,3 Prozent p. a.) und langsamer ansteigendes Pro-Kopf-Einkommen sind verantwortlich für eine beinahe stagnierende Gesamtnachfrage nach Agrarprodukten. Geschätzt wird eine Verbrauchszunahme von nur noch 0,3—0,4 Prozent pro Jahr (= reale Mehrausgaben für Nahrungsmittel) ge-

genüber noch 2,5 Prozent in den 60er Jahren.

Demgegenüber dürfte zunächst, bis sich verschiedene Angebotsbremsen deutlicher bemerkbar machen, die Tendenz zur Produktionsausweitung anhalten, wenn auch mit etwas verminderter Zuwachsrate (bisher 2,5—3 Prozent pro Jahr).

Erstes und deutliches Anzeichen der verschärften Problemlage sind die allseits gestiegenen Selbstversorgungsgrade, in der Schweiz von 58 auf 66 Prozent (brutto, kalorienmäßig) in den letzten zehn Jahren.

Je nach den agrarpolitischen Strategien werden demnach die alten Agrarprobleme, wie Preisdruck, Überschüsse, Belastung der Staatshaushalte, Zurückdrängen der Importe und Zwang zur Anpassung (im Angebot) auch auf mittlere Sicht mehr oder weniger mit uns sein. Für die Lösung kommt nur ein Bündel komplementärer Maßnahmen in Frage, den Besonderheiten der verschiedenen Sektoren angepaßt, politisch und administrativ realisierbar.

Der Preis als Regulator ist wichtig und für gewisse Sektoren vielleicht der einzige gangbare Weg, nicht aber generell. Ergänzend stehen im Vordergrund: Ausgleichszahlungen, Kontingentierungen, Futtermittelbewirtschaftung, differenziertere Förderungspolitik, umwelt- und



Gewohntes Bild der „Agrarpolitischen Tage“: Ein volles Josef-Krainer-Haus.

tierfreundlichere Produktionsmethoden und Maßnahmen gegen Konzentrations-tendenzen.

Die sich kurzfristig verschärfende Tendenz zur Überproduktion wird die Agrarpolitik zu einer härteren Gangart in der Preispolitik und/oder einschneidenderen Maßnahmen dirigistischen Charakters zwingen. Es ist zu wünschen, daß das Vertrauen in die Marktkräfte und der Wille zu freiheitlichen Lösungen auch über schwierige Phasen hinweg erhalten bleiben und daß dort, wo Mengenbeschränkungen unvermeidlich sind, diese nach dem Grundsatz der Subsidiarität in einer konzertierten Aktion zwischen dem Staat und den zuständigen Organisatio-

nen verwirklicht werden können. Bei der Beschäftigung mit den kurzfristigen Problemen sollen wir aber darauf achten, keine falschen Weichenstellungen für das Morgen vorzunehmen und daran denken, daß der Bauer in der Zukunft noch wichtiger sein wird als in der Vergangenheit, angesichts der steigenden Weltbevölkerung.

III. Richtungsänderung in der Agrarpolitik?

Bevor ich die Maßnahmen für eine bäuerliche Agrarpolitik darlege, möchte ich festhalten, daß die Verhältnisse in der

Bundesrepublik Deutschland (als EG-Mitglied) im Vergleich zur Schweiz in wesentlichen Punkten verschieden sind. So sind die Überschußprobleme in der EG ausgeprägter als bei uns. Wir produzieren aus eigenem Boden nur rund 55 — 60 Prozent des Nahrungsmittelverbrauchs (Netto-Selbstversorgungsgrad), in der EG beträgt dieser Anteil gegen 90 Prozent; selbst der Brutto-Selbstversorgungsgrad beträgt bei uns nur 65 — 70 Prozent. Die sogenannte Verdrängung kleiner und mittlerer Landwirtschaftsbetriebe ist in ihrem Land wohl etwas weiter gediehen, weil die Preise niedriger sind und der Wettbewerb härter ist. Und schließlich spielt bei uns die Versorgungssicherheit und damit die Erhaltung der Produktions- und Anbaubereitschaft — aus der Erfahrung der beiden Weltkriege — eine zentrale Rolle, ist immer noch die Hauptbegründung unserer agrarpolitischen Maßnahmen.

Es ist indessen nicht zu bestreiten, daß die hier diskutierte Grundproblematik in beiden Ländern ähnlich ist, daß man da und dort zu einseitig nur auf Rationalisierung, Produktivitäts- und Leistungssteigerung aus ist, dabei zu wenig an die längerfristige Erhaltung der Ressourcen und die Gesamtwohlfahrt denkt. Eine Richtungsänderung ist nötig, denn die Agrarpolitik ist nicht nur Wirtschaftspolitik, sondern sie muß integriert werden in eine umfassendere und langfristig konzipierte Sozial- und Gesellschaftspolitik.

Ziele einer solchen Agrarpolitik sind, nebst den oben genannten, auch

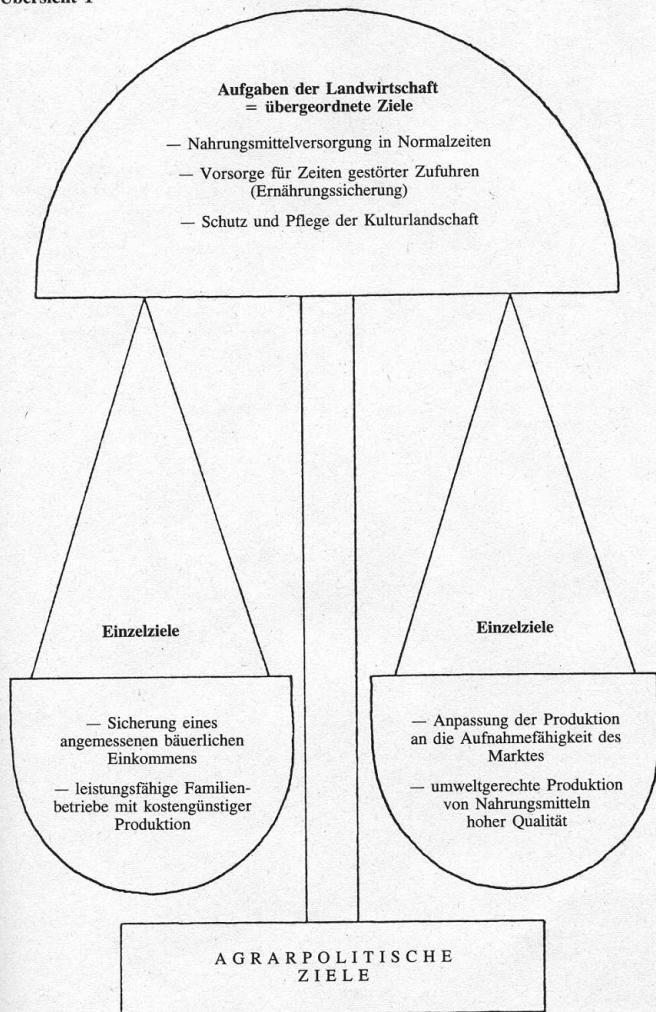
- die Erhaltung der historisch gewachsenen ländlichen Strukturen und Lebenskultur,
 - der Schutz und die Pflege der natürlichen Umwelt,
 - die bestmögliche Erhaltung der Arbeitsplätze auf dem Land,
 - der Kampf gegen ungesunde Konzentrationstendenzen, sei es in der Tierhaltung, sei es im Bodenbesitz, sowie
 - die Stärkung der bäuerlichen Familie als Arbeits- und Lebensgemeinschaft.
- Ich sehe bei uns Ansätze und Maßnahmen in Richtung einer solchen ganzheitlichen Politik, wobei man aber auch nicht ins andere Extrem gehen soll. Agrarpolitik ist und bleibt nun einmal eine Gratwanderung, auf einem Pfad voller Zielkonflikte.

Folgende Maßnahmen zielen in diese neue Richtung:

1. Die Vorschriften über Höchsttierbestände, Bewilligungspflicht usw. gemäß Artikel 19a-f des 1979 revidierten Landwirtschaftsgesetzes;
2. Produktionsneutrale Ausgleichszahlungen wie Bewirtschaftungsbeiträge, Sömmersbeiträge, Kostenbeiträge für die Bergbauern, Familienzulagen für Kleinbauern u. a. m. — alle verbunden mit Einkommensbegrenzungen;
3. Die Änderungen in der Strukturpolitik, insbesondere bei den Investitionshilfen (Meliorationssubventionen und Darlehen);

II. Aufgaben der Landwirtschaft; agrarpolitisches Zielsystem

Übersicht 1



4. Die Beschränkung der Preisgarantie bei der Milch (seit 1977);
5. Die recht rigorose **Bewirtschaftung der importierten Futtermittel**;
6. Die angelaufene Revision des **Pacht- und Bodenrechts**;
7. Zahlreiche Vorschriften im Gewässer- und Tierschutz bei den landwirtschaftlichen Hilfsstoffen, auf fast allen Gebieten der Agrarproduktion sowie in der Lebensmittelkontrolle und für die Qualitäts-erzeugung.

Es gibt bei uns eine wachsende Zahl von Landwirten, die energiebewußter werden, die auf die natürlichen, biologischen Kreisläufe achten. Wir brauchen eine leistungsfähige Landwirtschaft in einer intakten Umwelt — in Zukunft mehr denn je, wenn die beängstigend wachsende Zahl von Menschen, insbesondere in den Entwicklungsländern, eine Überlebens-chance haben soll.

IV. Erfahrungen aus der Schweiz anhand konkreter Beispiele

1. Einkommenspolitik mit Ziel Paritätslohn

Grundlage und wichtigster Pfeiler der schweizerischen Agrarpolitik ist der Grundsatz der Einkommensparität für den Bauer und seine Familienangehörigen. (Für eine detaillierte Darstellung des Paritätsvergleichs verweise ich auf den Aufsatz meines Mitarbeiters **Theodor Hermann**).

Vereinfacht dargestellt sieht der Ver-gleich wie folgt aus:

a) „Ist“-Größe = **Arbeitsverdienst/ Tag**

Grundlage bilden rund 2.100 Buchhal-tungsbetriebe der Talzone. Ergebnis im Mittel der Jahre (Ø 1979 und 1980):

Gesamteinkommen

(netto, der nicht entlohnten

Familienmitglieder	Fr. 64.700,—
./. Nebeneinkommen	Fr. 5.600,—

= **Landwirtschaftliches**

Netto-Einkommen	Fr. 59.100,—
------------------------	---------------------

./. Zinsanspruch auf dem	
--------------------------	--

investierten Eigenkapital	Fr. 8.800,—
---------------------------	-------------

= **Arbeitsverdienst** **Fr. 50.300,—**

dividiert durch die Anzahl Arbeitstage der bäuerlichen Familienmitglieder (d. h. Bauer, Bäuerin und nicht entlohte übrig-ge Familiemitglieder)

50.300 : 457 Tage = **Fr. 110,10/Tag**

b) „Soll“-Größe = **Paritätslohn-an-spruch/Tag**

Dieser Vergleichslohn wird hergeleitet aus dem **Taglohn** des gelernten Fachar-beiters in Industrie und Gewerbe

+ einem **Betriebsleiterzuschlag** für den Landwirt (als Unternehmer)

— einem **Abzug** für billigere Wohnung und Selbstversorgung der bäuerlichen Familie

= **Paritätslohn/Tag** Ø 1979 und 1980 = **Fr. 113.15**

c) Folgerung:

Liegt in der jährlichen Lagebeurteilung (durch die Bundesregierung) die (ge-schätzte) „Ist“-Größe unter der „Soll“-Größe, so stellt der Bauernverband ent-sprechende Forderungen zur Einkom-mensverbesserung der Landwirtschaft, wie insbesondere

— Preiserhöhungen (1982 z. B. wurde der Milchpreis von 82 Rp./kg auf 87 Rp./kg erhöht, der Weizenpreis auf 105 Fr./q)

— höhere Anbauprämien (z. B. für Futtergetreide)

— größere Produktionsmengen bei den kontingentierten Produkten (Milch, Zuk-kerkübel, Raps)

— Erhöhung der Direktzahlungen (z. B. Kostenbeiträge, Flächenbeiträge usw., vgl. Abschnitt 5).

Die Bundesregierung versucht jeweils, allfällige „Fehlbeträge“ durch entspre-chende Maßnahmen soweit wie möglich zu eliminieren, um so Einkommenspari-tät zu erreichen. Dabei muß sie allerdings gemäß Landwirtschaftsgesetz auf die Interessen der übrigen Bevölkerung sowie die Finanz- und Wirtschaftslage Rück-sicht nehmen.

In neuerer Zeit werden von verschieden-ten Seiten in zunehmendem Maße diffe-rentierte Maßnahmen verlangt, um die großen Einkommensunterschiede innerhalb der Landwirtschaft etwas zu verrin-geren (z. B. über differenzierte Preise und/oder Direktzahlungen).

2. Die neuen Maßnahmen zur Len-kung der viehwirtschaftlichen Produk-tion

Die neuen Maßnahmen aufgrund des re-vidierten Landwirtschaftsgesetzes, Artikel 19a-f (vom 22. Juni 1979), sind zuk-unft fassend die folgenden:

a) Höchstbestände je Betrieb

b) Beiträge für **Abbau und Stillegung** (während einer Übergangszeit von vier Jahren)

c) **Bewilligungspflicht** für Stallbauten

d) Beiträge an kleine und mittelgroße Be-triebe.

Zur Erläuterung dieser Maßnahmen sie-he auch nachfolgendes Schema in Über-sicht 2.

Während die ersten drei Maßnahmen be-reits in zwei bundesrätlichen Verordnun-gen geregelt und seit dem 1. Januar 1980 in Kraft sind, konnte die Ausrichtung der sogenannten „Tierhalterbeiträge“ bisher noch nicht eingeführt werden.

Agrarpolitische Ziele

Mit diesen Maßnahmen will man haupt-sächlich zwei wichtige agrarpolitische Ziele noch besser als bisher verwirklichen. Im Vordergrund steht ein **agrар-strukturelles Ziel**, nämlich die innere Aufstockung ertragsschwacher Klein- und Mittelbetriebe und damit die Förde- rung und Erhaltung möglichst vieler **bäu-erlicher Familienbetriebe**. Der Konzen-trationsprozeß in der Viehhaltung soll ge-bremst werden.

Gleichzeitig haben diese Maßnahmen aber auch eine **produktionslenkende** Wirkung. Der in den letzten Jahren in Er-scheinung getretene Angebotsüberhang soll abgebaut und damit das im Landwirtschaftsgesetz festgeschriebene Ziel des „Marktgleichgewichts bei kostendecken-den Preisen“ besser verwirklicht werden. Also eine Steuerung der Produktion nicht mehr allein über den Preis wie früher, sondern durch direkte Eingriffe in der Form von Produktionsbeschränkungen (Bewilligungspflicht und Höchstbestän-de).



Auch die Bundesleiterin der Landjugend, Andrea Nievoll, kam als Gast.

Auswirkungen

Die Maßnahmen sind noch zu wenig lange in Kraft, um über deren Auswirkungen und Zielkonformität bereits abschließend urteilen zu können. Folgende Feststellungen und Überlegungen können heute gemacht werden:

a) Höchstbestände

Die Diskussion um die Frage der „richtigen“ Höchstgrenze, die schon in der parlamentarischen Beratung recht intensiv war, geht weiter. Den einen sind die in der Verordnung festgelegten Bestandsgrenzen (siehe Schema) zu hoch, den an-

deren zu niedrig. Hier sind verschiedene Ziele tangiert: Unternehmerische Freiheit, Eigentumsgarantie und kostengünstige Produktion auf der einen, die Aufstockung und damit Erhaltung möglichst vieler bürgerlicher Familienbetriebe auf der anderen Seite. Zunächst ist zu bedenken, daß diese Frage im Gesetz geregelt ist und also nicht im beliebigen Ermessen der Regierung liegt. Artikel 19b des Landwirtschaftsgesetzes sagt diesbezüglich: „Für die Festsetzung der Höchstzahl ist von einem Tierbestand auszugehen, der bei rationeller Haltung eine

wirtschaftliche Existenz ermöglicht.“ Auch ist zu bedenken, daß alle Betriebe mit einer Tierzahl über der Höchstgrenze – rund 400 im Jahre 1980 – bis zum 1. Januar 1992 auf diese Grenze hinunter abstocken müssen; dies allerdings mit sog. „Stillegungsbeiträgen“ während den ersten vier Jahren. Im übrigen handelt es sich bei diesen bereits bestehenden spezialisierten Betrieben (Tierhaltern) fast ausschließlich um tüchtige Familienbetriebe, die auch eine Existenzberechtigung haben. Der Gesetzgeber hat hier um eine Kompromißformel gerungen, die den unterschiedlichen Interessen und den gegenläufigen Zielen soweit wie möglich Rechnung trägt. Wollte man restriktiver sein, müßte man das Gesetz ändern. Entscheidend ist wohl, daß hier nun ein wirksames Instrument besteht, um der wirtschaftlichen Produktion abzustoppen. Neue Betriebe werden praktisch keine, weil nur in begründeten Ausnahmefällen, bis zur Höchstgrenze bewilligt.

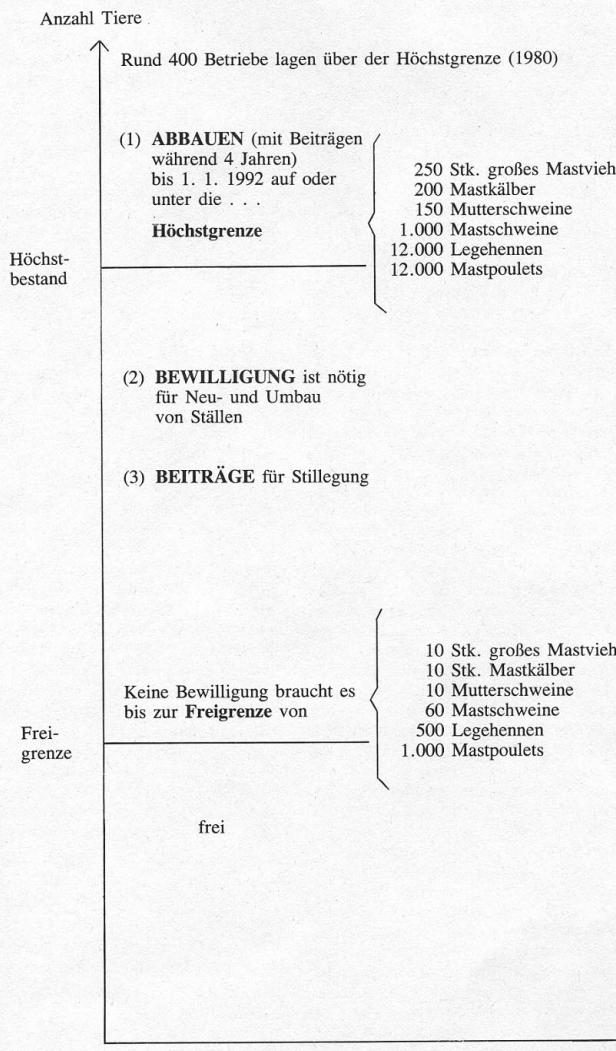
b) Beiträge für Abbau und Stillegung (Stillegungsbeiträge)

Diese Aktion stieß schon zu Beginn auf ein großes Interesse. Im ersten Jahr, d. h. 1980, wurden 453 Gesuche eingereicht. Deren sorgfältige Behandlung und Abklärung erfordert einen Zeitaufwand und stellt die Entscheidungsbehörde oft vor sehr heikle Probleme. Dennoch sind vom 1. Januar 1980 bis zum 31. Oktober 1982 bereits rund 300 Betriebe stillgelegt worden, wobei über 70 Prozent der stillgelegten Tierplätze aus Betrieben ohne landwirtschaftliche Nutzfläche stammen. Stillgelegt wurden unter anderem rund 240.000 Legehennenplätze (8%) und rund 45.000 Schweineplätze (3%). Nach Gesetz sind die Beiträge „so festzusetzen, daß ihre Höhe in einem angemessenen Verhältnis zum Zeitwert der Gebäude und Einrichtungen steht.“ Rund 44 Mio. Franken wurden für diese Maßnahme bis 31. Oktober 1982 ausbezahlt.

c) Bewilligungspflicht für Stallbauten

Die Bewilligungspflicht für Stallbauten wurde auf dem Verordnungsweg bereits mit dem 1. Januar 1978 eingeführt. Die mit dem 1. Januar 1980 in Kraft getretene neue Verordnung über die Bewilligung von Stallbauten wurde aufgrund des revisierten Landwirtschaftsgesetzes mit wirksameren Maßnahmen ausgestattet. Das Bundesamt für Landwirtschaft mußte wegen der prekären Marktlage von der ihm zustehenden Kompetenz sofort Gebrauch machen, keine Bewilligungen für neue Ställe zu erteilen, die über die in der Verordnung festgelegte Freigrenze (siehe Schema) hinausgehen. Bewilligt wurden nur Ersatzbauten für alte Ställe und Einrichtungen ohne Vergrößerung des Tierbestandes sowie Ställe für die Junghennenmast. Aber auch Ersatzbauten wurden nur noch bis zur festgelegten Höchstgrenze zugelassen. Keine Bewilligung ist notwendig für Ställe, in denen weniger Tiere als die erwähnte „Freigrenze“ gehalten werden.

Übersicht 2 Schema: Neue Maßnahmen zur Lenkung der Viehwirtschaft



Sobald die Marktlage es erlaubt, will das Bundesamt für Landwirtschaft die Bewilligungspraxis der Verordnung entsprechend „normalisieren“, d. h., Bewilligungen für Neu- und Erweiterungsbauten dort erteilen, wo eine **innere Aufstockung notwendig** und sinnvoll ist (entsprechend Artikel 6 der Verordnung). Ein entscheidendes Kriterium ist dabei das Betriebseinkommen bzw. die Existenzsicherung des bäuerlichen Familienbetriebes.

d) Beiträge an Tierhalter

Ziel dieser Tierhalterbeiträge ist es, die Kostennachteile der kleineren „Aufstockungsbestände“ gegenüber den spezialisierten größeren Betrieben auszugleichen. Man denkt heute an Beiträge in der Größenordnung von bis zu maximal 2000 Fr./Betrieb und Jahr bei z. B. 200 – 300 Mastsauen bzw. 1000 – 2000 Legehennen. Finanziert würden sie aus den Erträginnen der Preiszuschläge auf Importfutter.

Diese Beiträge konnten bisher **noch nicht eingeführt werden**. Dies liegt einerseits an der angespannten Marktsituation in der Fleischproduktion – mit der Einführung der Beiträge könnte diese nämlich eher noch verschärft werden – und andererseits an den großen administrativen Problemen der praktischen Durchführung dieser Maßnahme. Auch die knappen Bundesfinanzen spielen hier eine Rolle.

Zusammenfassend lassen sich die Auswirkungen der neuen Maßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend beurteilen. Wir haben hier ein Maßnahmenpaket, das sicher den Konzentrationsprozeß in der Viehhaltung stark bremsen wird, die Massentierzahltierung in übergroßen Betständen unterbindet und somit geeignet ist, mehr bäuerliche Familienbetriebe als sonst zu erhalten. Es ist zielkonform in bezug auf Einkommenssicherung und Marktgleichgewicht. Auf der anderen Seite ist mit etwas höheren volkswirtschaftlichen Kosten infolge Effizienzverlust zu rechnen. Die unternehmerische Freiheit wird mehr oder weniger stark beeinträchtigt, der staatliche Interventionismus wächst. Die Wettbewerbsfähigkeit, im Vergleich zum Ausland, wird nicht besser.

Die Regierung ist der Meinung, daß nun zunächst einmal das Ergebnis und die Auswirkungen der neuen Maßnahmen abgewartet werden sollen, bevor noch weitergehende Verschärfungen und Ergänzungen postuliert werden. Denn in der Viehwirtschaft sind erfahrungsgemäß die Reaktionen langsam und die Produktionszyklen lange. Und schließlich liegt eine weitere Eskalation des Interventionismus auch nicht im Interesse eines gesunden Bauernstandes.

3. Strukturpolitik, Investitionsbeihilfen

Die Hauptinstrumente sind hier **Beiträge** und **zinslose Darlehen**, insbesondere für

- Bodenverbesserungen
- Flurbereinigungen
- Wege und Straßen

– Um- und Neubauten (Ökonomie- und Wohngebäude).

In diesem Zusammenhang stellen sich dem Agrarpolitiker immer wieder schwierige Probleme, die wichtigsten davon sind:

- Die Frage nach dem Leitbild, was ist förderungswürdig?

- Der Umfang der Investitionsbeihilfen im Einzelfall.

- Die Auswirkungen auf das Gesamtangebot, die Intensivierung der Agrarproduktion.

- Das Verhältnis zwischen Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben.

- Die Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte; Umweltschutz, Naturschutz usw.

- Besiedlungspolitische und andere außerökonomische Zielsetzungen.

Gedanken zum Leitbild, zur Strukturpolitik

Der Familienbetrieb bleibt Leitbild für die Zukunft. Familienbetrieb heißt eine harmonische Verbindung von Hof, Heim der Familie und Arbeitsstätte. Zur Frage der Größe gibt es keine Patentrezepte. Der Betrieb sollte den Familienmitgliedern genügend Arbeit und ein ausreichendes Einkommen bringen, allenfalls in Verbindung mit einem Zuerwerb. Wünschbar ist ein möglichst rationeller Einsatz der Produktionsfaktoren. Im Familienbetrieb finden wir demnach eine Verbindung verschiedener Ziele ökonomischer und außerökonomischer Art. Die außerökonomischen Ziele dürfen für die Zukunft an Bedeutung gewinnen, der Betrieb als Heimstätte und Lebensraum. Aus dieser Sicht sollte man so viele Betriebe wie möglich erhalten können. Dies ist ein gesellschaftspolitisches Anliegen. Andererseits ist es aber auch eine Tatsache, daß viele Bauern ihren Betrieb noch vergrößern möchten, um so eine rationellere Produktion zu erreichen und eine bessere Sicherung des Einkommens. Tüchtige und initiativ Leute müssen auch in der Landwirtschaft der Zukunft eine Chance haben. Sie sollen auch auf kleineren Betrieben in den Genuß von Investitionskrediten und Meliorationsbeiträgen kommen. Eine sogenannte „Förderungsschelle“ erachten wir daher für unzweckmäßig und nicht leitbildkonform.

Trotzdem wird es nicht möglich sein, alle Betriebe am Leben zu erhalten. Eine gewisse Abwanderung wird auch in Zukunft nötig sein. Wir können allerdings feststellen, daß diese sich seit 1975 erheblich verlangsamt hat.

Zur Frage der **Nebenerwerbslandwirtschaft** führte unsere Regierung im letzten Landwirtschaftsbericht folgendes aus:

„Zum künftigen Strukturbild der Landwirtschaft gehören nicht nur Vollerwerbs-, sondern auch Neben- und Zuerwerbsbetriebe. Denn in vielen ländlichen Gemeinden, insbesondere im Berggebiet, leistet die nebenberufliche Landwirtschaft einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung einer Mindestbesied-

lung, die einige wenige Vollerwerbsbetriebe nicht mehr gewährleisten könnten. Zudem setzt die land- und gesamtwirtschaftliche Entwicklung einer Region die Förderung anderer Wirtschaftszweige (Gewerbe, Tourismus) voraus. Deshalb wird den kombinierten Berufen in der Entwicklung ländlicher Regionen in Zukunft wachsende Bedeutung zukommen. So können kleinere Betriebe, die keine volle Existenz mehr zu bieten vermögen, noch als Heimstätten beibehalten werden, während der Zusatz- oder gar Haupterwerb außerhalb der Landwirtschaft erfolgt. Umgekehrt finden Menschen, die früher aus der Landwirtschaft abgewandert sind, auf diese Weise wieder den Weg zurück und damit eine enge Verbindung zum Land.“

Schließlich ist in dieser Frage der Strukturpolitik seit ein paar Jahren ein deutlicher **Sinneswandel** feststellbar. Die Ressession, Mitte der 70er Jahre, brachte hier eine **Beruhigung**. Die Abwanderung hat merklich abgenommen, ja es gibt sogar Anzeichen einer Bewegung „zurück aufs Land“. In der technischen Ausrüstung der Betriebe zeichnet sich eine Konsolidierung ab, damit auch in der Betriebsgrößenstruktur. Die bäuerliche Lebensform hat an Wertschätzung gewonnen, der Bauerntyp ist bei den Jungen gefragt. Von einer Entleerung der ländlichen Räume kann zumindest in unseren Landen keine Rede sein. All das sind untrügliche Zeichen dafür, daß die wirtschaftliche und soziale Lage der Landwirtschaft, deren Zukunftschancen von den direkt Betroffenen günstig beurteilt und eingeschätzt werden. Der Strukturwandel ist zwar noch nicht zu Ende; er hat sich aber deutlich verlangsamt und wird an Intensität weiter verlieren. Beorgnis über das Verschwinden der bäuerlichen Landwirtschaft ist daher fehl am Platze.

4. Boden- und Pachtrecht

In den kommenden Jahren werden noch vermehrt Maßnahmen gegen **unerwünschte Konzentrationstendenzen** notwendig werden; nicht nur in bezug auf die Massentierzahltierung, sondern auch auf die Gebiete des **Boden- und Pachtrechts**.

Mit Bezug auf das **Pachtrecht** liegt ein entsprechender Gesetzesentwurf vor, und die parlamentarische Beratung hat bereits begonnen (vgl. Botschaft zu einem Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht, vom 11. November 1981, EDMZ, Bern). Man will u. a.

a) die **parzelleneweise Verpachtung** existenzfähigster landwirtschaftlicher Gewerbe verhindern (Art. 31 und 32) und

b) die **Zupacht** von Land über den Bedarf eines Familienbetriebes hinaus unterbinden (Art. 34).

Ähnliche Ziele werden auch mit der Revision des **Bodenrechts**, die allerdings erst im Stadium der Expertenkommission steht, angestrebt.

5. Bewirtschaftung der importierten Futtermittel

Sämtliche Futtermittel unterliegen einer einschränkenden Importregelung. Diese besteht im wesentlichen aus einem **Schwellenpreis**, für jedes Futtermittel einzeln festgelegt, und einer **variablen Abschöpfung**. Die Einnahmen aus diesen sogenannten „Preiszuschlägen“ machen im Mittel der letzten Jahre rund 20 Prozent der Gesamtaufwendungen des Bundes für Landwirtschaft und Ernährung aus.

Diese Steuerung der Futtermittelpolitik ist ein zentrales Element der schweizerischen Agrarpolitik und eine unabdingbare Voraussetzung zur Erhaltung der bäuerlichen Familienwirtschaft. Sie ermöglicht eine bessere Verwirklichung der folgenden Ziele:

- Die Aufwertung der einheimischen Bodenproduktion und damit die Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung bzw. die Verhinderung von Brachland.
- Eine bessere Wettbewerbsstellung der tierischen Veredlungsproduktion auf der Grundlage landes- und betriebsseigener Futtermittel.
- Damit mehr bäuerliche Familienwirtschaften und weniger industrielle Massenherstellung.
- Damit auch mehr Tierschutz und weniger Umweltbelastungen.
- Schließlich ermöglicht dieses System eine wirksamere Steuerung des Angebotes zur Vermeidung von Überschüssen.

6. Produktionsunabhängige Ausgleichszulagen

Die Frage, wieweit solche Ausgleichszahlungen zu einer „Reform der Agrarpolitik“ beitragen könnten, wurde in unserem Lande eingehend diskutiert. Es bestehen darüber auch wissenschaftliche Untersuchungen (siehe insbesondere H.

Popp u. ä. „Ausgleichszahlungen an die schweizerische Landwirtschaft“, Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale, Bern, 1973). Unsere diesbezüglichen Erfahrungen beschränken sich im wesentlichen auf die Berg- und Hügellandwirtschaft mit rund 50 Prozent der Landwirtschaftsbetriebe (siehe dazu die **Übersicht 3: Agrarpolitische Maßnahmen für die Berglandwirtschaft**). Hier haben sich die Ausgleichszahlungen als ein taugliches, wirksames und zielkonformes Instrument erwiesen.

V. Schlussfolgerungen

Die „Reform der Agrarpolitik“ verlangt zunächst eine Bewertung der verschiedenen ökonomischen und außerökonomischen Ziele, das Setzen von Prioritäten. Ohne Abstriche bei gewissen traditionellen Zielvorstellungen zugunsten anderer wird es dabei nicht gehen. Man muß wissen, was man will, so z. B.:

- Erhaltung der bäuerlichen Familienwirtschaft, dafür weniger industrielle Großbetriebe.
- etwas weniger kurzfristige ökonomische Effizienz, dafür mehr Lebensqualität.
- Die Besiedlung des ländlichen Raumes und damit die Erhaltung kultureller Werte.
- Die langfristige Erhaltung der Ressourcen auf Kosten der kurzfristigen Gewinnmaximierung.

Auch bei den **Maßnahmen** gibt es keine Ideallösungen. Alle haben ihre Vor- und Nachteile. Gewisse, vielleicht unliebsame Entscheide scheinen mir aber unvermeidlich.

Ich sehe sie in den großen Linien vor allem in folgender Richtung:

1. Eine **Strukturpolitik**, die etwas weniger einseitig auf ökonomische Effizienz, dafür mehr auch auf andere (auch gesellschaftspolitische) Ziele ausgerichtet ist – ergänzt durch wirksame Maßnahmen gegen unerwünschte Konzentrationstendenzen.

2. Weniger agrartechnische Förderung, insbesondere soweit sie unmittelbar angebotssteigernd wirkt.

3. Zur Lösung der **Einkommens- und Überschußprobleme** wird man zwischen den folgenden **Alternativen** wählen müssen:

Entweder

a) Weiterführung einer Preispolitik, die primär einkommenspolitischen Zielen genügen muß, dann aber Beschränkung der Preisgarantie bei den Hauptprodukten; zunächst mit Länderkontingenten, innerhalb eines Landes, dann mit Einzelkontingenten

oder

b) tiefere Agrarpreise mit primär allokativer Funktion, ergänzt durch ein System produktionsunabhängiger Ausgleichszahlungen, differenziert nach Regionen und Betriebsgrößen.

Auch eine Kombination beider Systeme ist denkbar.

4. Eine Reihe flankierender Maßnahmen, wobei eine der vordringlichsten die wirksame Bewirtschaftung der **Importfuttermittel** sein dürfte.

Auch eine solche „Richtungsänderung“ bringt Nachteile mit sich, sie erscheint mir aber unvermeidlich zur Erhaltung der bäuerlichen Familienwirtschaft in Westeuropa, zur Sicherung der Arbeitsplätze und anderer Ressourcen im ländlichen Raum, für mehr Lebensqualität und eine menschlichere Gesellschaft.

Übersicht 3

Agrarpolitische Maßnahmen für die Berglandwirtschaft

1. Verbesserung der Produktionsgrundlagen

1.1 Ausbildung und Beratung

1.2 Investitionsbeihilfen: Beiträge und/oder zinslose Darlehen für

— Bodenverbesserungen

— Infrastrukturmaßnahmen, wie z. B.: Flurbereinigungen, Wege, Straßen, Wasser- und Elektrizitätsversorgungen

— Ökonomiegebäude (Um- oder Neubau)

— Wohngebäude (Um- oder Neubau)

— Alspanierungen

— Gemeinschaftseinrichtungen.

1.3 Beiträge zur Verbesserung der Tierzucht und -haltung

2. Preis- und Absatzsicherung

Im Rahmen der allgemeinen agrarpolitischen Maßnahmen betreffend Einfuhr- schutz und Absatzsicherung sind für die Berglandwirtschaft von besonderer Bedeutung:

Absatz von Zucht- und Nutzvieh; Beiträge für

- Ausmerzaktionen
- Entlastungskäufe
- Zuchtviehexport

Begünstigungen bei der Milchkontingierung durch eine Sonderregelung.

3. Direkte Einkommenszahlungen und Sozialmaßnahmen

3.1 **Kostenbeiträge** für Viehhalter, je nach Zone Fr. 80.– (Hügelzone) bis Fr. 500.– (Bergzone IV) pro GVE (Großviecheinheit), für maximal 15 GVE je Betrieb (Erhöhung um 30% ab 1983 ist geschlossen).

3.2 Betriebsbeiträge, je nach Zone Fr.

30.– bis Fr. 70.– pro GVE (für maximal 15).

3.3 **Anbauprämién** für Futtergetreide, Brotgetreide und Kartoffeln mit Zuschlägen für Hanglagen und höhere Lagen.

3.4 **Kuhbeiträge** für Milchviehhalter, die keine Milch in den Verkehr bringen (sondern diese zur Aufzucht und Mast verwenden), Fr. 1.150.– bis Fr. 1.250.– pro Kuh und Jahr (die erste Kuh ausgenommen).

3.5 **Flächenbeiträge** für die Bewirtschaftung von Hanglagen (Fr. 240.–/ha) sowie **Sömmерungsbeiträge**; neu ab 1980 mit einem Gesamtbetrag von 77 Mio. Fr./Jahr.

3.6 **Kinderzulagen**: Fr. 70.– pro Monat für die ersten zwei Kinder, Fr. 80.– für jedes weitere Kind.

Die wichtigsten dieser Ausgleichszahlungen werden nur bis zu einer bestimmten Einkommens- und Vermögensgrenze gewährt.

LANDWIRTSCHAFT IM JAHRE 2000

Zukunftsperspektiven von Agrarwirtschaft und Agrarpolitik

Bis zum Jahre 2000 wird die Weltbevölkerung, nach vorsichtigen Schätzungen der UNO, auf 6,3 Milliarden Menschen anwachsen; das sind fast 50% mehr als im Jahre 1980. Vier Fünftel (= 80%) dieser Menschen werden dann in jenen Gebieten leben, die wir heute als Entwicklungsländer bezeichnen, also in Ländern, wo gegenwärtig schon jeder zehnte Mensch hungert und zahlreiche Kinder hungers sterben. Mit Ausnahme von China wächst dort die Bevölkerung exponentiell mit 2,5 bis 3% pro Jahr, was eine Verdoppelung in 30 Jahren bedeutet. Noch nie in der Geschichte der Menschheit ist die Bevölkerung nur annähernd so rasch angewachsen wie heute. Für 1 Milliarden Menschen mehr brauchte es zur Zeit unserer Väter und Großväter noch 100 Jahre, heute schafft es die Menschheit bereits in 10 Jahren (vgl. Tab. 1).

Die Grenzen des Wachstums

6,3 Milliarden Menschen kann unsere Erde gut ernähren, darüber besteht kein Zweifel, sogar noch einige Milliarden mehr. Einmal stoßen wir aber an die Grenzen, trotz Steigerung der Erträge, trotz mehr Bewässerungsanälen und dergleichen. Und das wird beim erwähnten Bevölkerungswachstum schon in absehbarer Zeit soweit sein — in 30 Jahren, wenn wir Glück haben erst in 60 Jahren. Und was wird dann und bis dahin passieren? Das sind Fragen, denen die meisten von uns heute, im Zeitalter des Überflusses und der Verschwendug wenig Beachtung schenken oder ihnen dann ausweichen. Mich aber beschäftigt dies. Es betrifft nicht allein die Zukunft unserer Landwirtschaft, sondern die von uns allen, sicher die unserer Kinder. Es ist dies, nach meiner Überzeugung, eines der größten und schwierigsten Probleme, mit noch unabsehbaren Auswirkungen — eine enorme Herausforderung an die menschliche Gesellschaft, an die Politik. Und die Zeit drängt!

Meine Studien zu dieser Frage, ergänzt mit Aufenthalten in verschiedenen Entwicklungsländern, lassen mich — leider — nicht zum Anhänger jener „Wunschthese“ werden, die glaubt, daß sich dies alles von selbst einspielen und die Bevölkerungs-Zuwachsrate in den Entwicklungsländern genau wie in den Industrieländern innerhalb nützlicher Frist zurückgehen werden. Die Fakten der letzten 30 Jahre sprechen eine andere Sprache. Dann ist zu bedenken, daß die Industrieländer eine sehr lange Zeitperiode brauchten, rund 200 Jahre, um von den hohen Wachstumsraten zur heutigen

Tabelle 1: Weltbevölkerungszunahme

Jahr	Bevölkerung	Für 1 Mia. Menschen mehr brauchte es
1830	1 Mia.	
1930	2 Mia.	100 Jahre
1960	3 Mia.	30 Jahre
1975	4 Mia.	15 Jahre
1980	4,4 Mia.	10 Jahre
1985	5 Mia. (Schätzung)	
Exponentielles Wachstum		
2000	6,3 Mia.	

Bevölkerungsstabilität herunterzukommen und daß dies parallel mit einer langsamem Erhöhung des Lebensstandards erfolgte. Zudem hatten die Industrieländer während Jahrzehnten die Möglichkeit, ihre überschüssige Bevölkerung durch Auswanderung loszuwerden. Zwar ist einzuräumen, daß es auch positive Erfahrung mit der Familienplanung und Geburtenregelung in einigen Entwicklungsländern gibt. In der überwiegenden Mehrzahl ist aber die Bilanz enttäuschend. Einzig China ist es gelungen, durch drastische Maßnahmen, wie späte Heirat, maximale Kinderzahl und dergleichen, die Zuwachsrate auf rund 1,5 Prozent pro Jahr zu senken. Sicher gibt es eine ganze Anzahl von Ländern, insbesondere in Südamerika, die sich eine Zeitlang mit der gegenwärtigen

Wachstumsrate und einer entsprechenden Verdoppelung der Bevölkerung innerhalb von 25 bis 30 Jahren über die Runden kommen. Dies deshalb, weil sie relativ dünn besiedelt sind, über große Landreserven und entsprechende Möglichkeiten zur Entwicklung der Landwirtschaft verfügen. Die Mehrzahl der Entwicklungsländer ist aber nicht in dieser günstigen Lage, und hier wäre Handeln dringend.

Welches Handeln, welche Strategien nötig wären, kann nicht im Rahmen dieses Aufsatzes erörtert werden. Die FAO (Welternährungsorganisation in Rom) mit „Horizont 2000“, die US-Regierung mit „Global Future — Es ist Zeit zum Handeln“, der Club of Rome und andere haben sich damit eingehend auseinandersetzt¹⁾. Die wichtigsten Stichworte da-



Hans W. Popp mit Gernot Hollerer: „Aus dem Land — für das Land“.

zu sind: Selbsthilfe, Förderung der Landwirtschaft, Bevölkerungspolitik und unsere Entwicklungshilfe.

Noch einige Jahre Überschüsse — dann Mangel

Für unsere Landwirtschaft im Jahre 2000 und darüber hinaus kann das oben beschriebene Szenario folgendes bedeuten: Noch für einige Jahre, möglicherweise sogar über die Jahrhundertwende hinaus, wird die Tendenz zur Überproduktion mit gedrückten Welttagarpreisen anhalten. Dann aber wird sich das Blatt wenden. Mangel und Hunger werden das Erscheinungsbild in einer wachsenden Zahl übervölkerten Entwicklungsländer prägen. Knapper werdende Ressourcen (Energie, Rohstoffe, Dünger etc.) und zunehmende Umweltbelastungen werden die Entwicklung der Landwirtschaft weiter hemmen. Im Gegensatz zu früheren Jahrhunderten wird sich aber zunächst kein „natürliches Gleichgewicht“ mehr einstellen. Im Zeitalter der weltweiten und raschen Kommunikation wird man es aus humanitären und anderen Gründen nicht zulassen, daß in den betreffenden Regionen durch Hungersnöte, Krankheiten und Seuchen die Bevölkerung dezimiert wird, um so wieder ein Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch herzustellen. Die betreffenden Länder werden Nahrungsmittelkäufe größerer Umfangs tätigen. Aus den ärmeren Ländern wird der Ruf nach mehr Nahrungsmittelhilfe lauter und stärker werden. So oder so, die Nachfrage nach Weizen, Reis, Milchprodukten u.a. wird größer, die Ware wird knapper, die Preise werden steigen. Wohl dem, der dann zumal Landbesitzer und Bauer ist. Die längerfristigen Zukunftsperspektiven für die Landwirtschaft sind daher gut — mit der Einschränkung allerdings, daß die Menschheit die auf sie zukommende Herausforderung rechtzeitig und mit friedlichen Mitteln anpacken wird.

Der Bauernberuf ist attraktiver geworden

In den entwickelten Volkswirtschaften wie der unsrigen werden die Landwirtschaft und die bäuerliche Lebensform aber noch aus anderen Gründen an Attraktivität gewinnen. Das Leben auf dem Lande vollzieht sich heute nicht mehr in der Isoliertheit und Abgeschiedenheit. Jede Bauernfamilie ist mobil. Der Einkauf in der Stadt ist für die meisten Bäuerinnen kaum beschwerlicher als für die Nichtbäuerin. Dafür kann sie ein geräumiges Einfamilienhaus einrichten und mit ihrer Familie bewohnen. Die Kinder haben Auslauf, genügend Spielplätze und immer neue Eindrücke einer abwechslungsreichen Erlebniswelt. Auch der lange Schulweg ist nicht mehr so beschwerlich wie früher und die Schul- und Bil-

dungsmöglichkeiten sind auf dem Lande ebenbürtig geworden. Und nun das Wichtigste: kein anderer Ort bietet für das Heranwachsen und die Entfaltung der Kinder derart ideale Voraussetzungen wie die bäuerliche Gemeinschaft auf dem Familienbetrieb. Der Einbezug in die bäuerliche Arbeit erfolgt harmonisch. Die Buben und Mädchen müssen Hand anlegen, mittun. Sie lernen noch praktisch arbeiten und erhalten damit den notwendigen Ausgleich zum Schulstreß, sie entgehen der „Verschulung“. Interessierte Jugendliche absolvieren auf diese Weise eine praktische Berufslehre im elterlichen Betrieb, quasi parallel zur Schulbildung — ein unschätzbarer Vorteil fürs ganze spätere Leben. Eltern und Kinder arbeiten miteinander, so daß hier die Jugendlichen noch genau wissen, was ihr Vater beruflich tut. Man ist geneigt, von einer „heilen Welt“ zu sprechen und ist nicht verwundert darüber, daß die bäuerliche Lebensform an Wertschätzung gewinnt, daß der Bauernberuf bei den Jungen gefragt ist. Dazu trägt sicher auch die Agrarpolitik bei, die — wie in der Schweiz — dafür sorgen muß, daß die materiellen Voraussetzungen für eine gesicherte und angemessene Existenz zu Berg und Tal gegeben sind.

Der bäuerliche Nachwuchs ist gesichert

Nebst den genannten Gründen gibt es noch zahlreiche andere, die mich in der Überzeugung bestärken, daß die schweizerische Landwirtschaft auch im Jahre 2000 einen festen und gesicherten Platz in unserer Gesellschaft haben wird. Wir werden, wie übrigens heute schon, eher zuviel als zuwenig Nachwuchs haben.

Der Landhunger und die Nachfrage nach Bauernhöfen wird noch größer sein. Bauer sein ist nicht nur ein gesunder, vielseitiger und interessanter Beruf, sondern darüber hinaus eine Form optimaler Lebensgestaltung, mit viel Befriedigung und Erfüllung. Man kann etwas aufbauen, davon ernten und am Ende erst noch das Gewachsene weitergeben. Ansehen und soziale Stellung der Bauern haben trotz Strukturwandel und schrumpfendem Bevölkerungsanteile nichts eingebüßt — im Gegenteil. Das bäuerliche Selbstbewußtsein wächst mit dem höheren Bildungsstand, der wirkungsvollen Anteilnahme am öffentlichen Leben und der zunehmenden Wertschätzung des Berufstandes. Auch der politische Einfluß hat, zumindest auf Kantons- und Bundesebene, nicht abgenommen. In einer zunehmend orientierungs- und zielloser gewordenen Gesellschaft steht der Bauer fest verwurzelt, der nicht lange nach dem Sinn seiner Arbeit und Existenz fragen muß, der kein Zittern um den Arbeitsplatz kennt, der nicht Angst zu haben braucht, von einer neuen Technologie ausgebootet oder überfahren zu werden. — Gründe genug, um mit Optimismus und Zuversicht in die Zukunft zu schauen.

Strukturwandel am Abklingen

Wie aber steht es mit dem Strukturwandel, wie gesichert sind unsere klein- und mittelbäuerlichen Familienbetriebe? Ich vertrete die These, daß der Strukturwandel in der schweizerischen Landwirtschaft, wenn auch nicht ganz zu Ende, so doch am Abklingen ist. Die Abwanderung zu Berg und Tal hat sich stark verlangsamt und wird weiter an Intensität verlieren (vgl. Tab. 2). Der Anpassungs-



Marktlücken: Schaf- und Ziegenmilch, Ölsaaten wie Raps und Sonnenblume . . .

Tabelle 2

Rückgang der Erwerbstätigen in der schweizerischen Landwirtschaft

Periode	Abnahme in % p. a.
1941 — 1950	1.3
1950 — 1960	2.3
1960 — 1969	4.1
1969 — 1973	3.0
1973 — 1978	2.4
1978 — 1981	1.6
seit 1981	1.0

prozeß ist beinahe abgeschlossen. Die Rahmenbedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft haben sich in den letzten Jahren grundlegend geändert, sodaß sie heute einen stabilisierenden Einfluß ausüben³. Um künftig die Entwicklung besser abschätzen zu können, ist es hilfreich, uns den Ablauf des Strukturwandels in den letzten 30—40 Jahren kurz und zusammenfassend in Erinnerung zu rufen.

Strukturwandel als Anpassung an veränderte Verhältnisse

Drei Jahrzehnte haben genügt, um das Gesicht unserer Landwirtschaft grundlegend zu verändern. In einem Strukturwandel ohnegleichen wurde die Landwirtschaft von dem erfaßt, was in der übrigen Wirtschaft schon vor hundert Jahren als industrielle Revolution begann und tiefgreifende Auswirkungen auf die gesellschaftliche und soziale Entwicklung hatte.

Ich bin noch auf einem Bauernhof aufgewachsen, wo es neben der pferdegezogenen Mähmaschine und dem Heuwender keine weiteren Maschinen gab, wo die 20 Kühe von Hand gemolken wurden. Dafür sind wir von frühester Jugend an eingeführt worden in den Rhythmus des Bauernlebens, man mußte mittwohl bei der Erledigung der vielfältigen Arbeiten in Feld und Stall. Es war ein gemeinschaftliches Werken im Rahmen der patriarchalischen Ordnung der Großfamilie, einschließlich der Knechte und der Magd. Der Hof existiert noch heute, er gehört zur Gruppe der sogenannten „Einmannbetriebe“, der dominierenden Kategorie unter den schweizerischen Landwirtschaftsbetrieben.

Was ist passiert in all diesen Jahren? Welches waren die auslösenden Kräfte? Wie hat sich die Agrarpolitik verhalten?

Bereits in den 40-Jahren kam Bewegung in die bäuerliche Wirtschaft. Neue, arbeitssparende Maschinen und Einrichtungen erschienen auf dem Markt. Und dies zu einer Zeit, als die Arbeitskräfte rar wurden und die Löhne ständig stiegen. Was war da naheliegender, als die fehlenden Arbeitskräfte zu ersetzen durch die Melkmaschine, den Bindemäher, den Ladewagen und schließlich den Mährescher? Der Pferdezug wurde bald zu langsam und mußte dem schnelleren

und stärkeren Traktor weichen. Naturgemäß drängten die jungen Bauern mehr auf die Umstellung als ihre noch zögernden Väter.

Mit den neuen und größeren Maschinen konnte ein Bauer leicht mehr Land bewirtschaften, dabei seine Kosten senken und sein Einkommen verbessern. So verschärfe sich der Wettbewerb um das Land. Die Bodenpreise und die Pachtzinsen stiegen. Zu kleinen und schlecht strukturierten Betrieben rentierten nicht mehr, viele wurden aufgelöst, in der Regel mit dem Generationenwechsel. Die Landwirtschaft wurde rationeller und konkurrenzfähiger. Die Erträge stiegen, und der Grad der Selbstversorgung in unserem Lande nahm zu, gesamthaft von rund 60 auf heute 68%. Die übrige Wirtschaft profitierte in verschiedener Hinsicht: die Agrarprodukte blieben relativ preisgünstig, und die freiwerdenden Arbeitskräfte konnte man gut gebrauchen.

Die Agrarpolitik hat eher gebremst

Die schweizerische Agrarpolitik hat auf den Strukturwandel eher bremsend als beschleunigend gewirkt²⁾. Bremsend vor

allem durch die nach dem Paritätslohnanspruch ausgerichtete Preis- und Einkommenspolitik sowie durch die Investitionshilfen (Meliorationsbeiträge und zinslose Investitionskredite) nach dem Grundsatz der inneren Aufstockung, die es auch Klein- und Bergbetrieben ermöglichen, weiter zu existieren, mitzukommen. Es galt, die Härten so weit als möglich zu mildern, z. B. mit Direktzahlungen, Sozialmaßnahmen, überbetrieblicher Zusammenarbeit³⁾ u. a. (Betriebshelferdiest etc.). Die EG-Agrarpolitik war diesbezüglich wesentlich härter, sie förderte gezielt den Strukturwandel. Die Abwanderungsquote war dann dort auch höher als bei uns, die Betriebe sind größer geworden und die Produktionskosten wie auch die Agrarpreise entsprechend niedriger. Die schweizerische Agrarpolitik war nie einseitig auf ein reines Effizienz-Denken, auf nur ökonomisch-materielle Ziele ausgerichtet. Die geistig-kulturellen und auch religiösen Werte eines gesunden Bauernstandes im umfassenden Sinne hatten immer — und haben heute noch — einen hohen Stellenwert. Nur ging man damit — im Gegensatz zu gewissen neueren Modeströmungen — nicht lautstark hausieren.

Der Familienbetrieb ist nicht gefährdet

Entscheidend scheint mir, daß trotz des Strukturwandels unser agrarpolitisches Leitbild, nämlich der bäuerliche Familienbetrieb als Organisationsform, als Basis einer Lebens- und Arbeitsgemeinschaft der Familie, nicht nur erhalten geblieben ist, sondern für die Zukunft noch festgestigt werden konnte. Mit einer Durchschnittsgröße von heute 9,5 ha bei



Geschätzt sind wieder der Most und die Angebote der Bauermärkte.

allen Betrieben bzw. rund 15 ha bei den hauptberuflich geführten ergeben sich unter schweizerischen Verhältnissen Arbeit und Einkommen für 1 bis 2 Arbeitskräfte, d. h., für eine bäuerliche Familie.

Fortschritt ohne Seelenverlust

Ich bin auch der Meinung, daß gerade die erwähnte Entwicklung in der schweizerischen Landwirtschaft ein treffendes Beispiel für die Möglichkeit von „Fortschritt ohne Seelenverlust“ darstellt. Wir alle müssen der Versuchung widerstehen, das Alte, das Vergangene nostalgisch als „gut“ und das Neue oder die Technik demgegenüber als „schlecht“ oder gar „böse“ zu qualifizieren. Der Mensch war und ist zu jeder Zeit aufgerufen, gefordert, sich neuen Herausforderungen zu stellen, damit fertig zu werden. Unser Bauernstand, die Agrarpolitik haben dies getan ohne einseitigen Heilslehren zu verfallen. Politik bedeutet immer eine Wahl zwischen Alternativen mit Vorteilen und Nachteilen. Wenn ich mir die vielen Bauernfamilien zu Berg und Tal vorstelle, so wage ich zu behaupten, daß die Leute geistig-moralisch so gesund sind wie frühere Generationen. Sie nehmen aktiv teil am kulturellen, religiösen und politischen Leben des Dorfes, sie pflegen die Gemeinschaft, die einen mehr, die anderen weniger. Hader, Neid und Mißgunst hat es immer gegeben — ich vermute, in früheren Zeiten, als man noch sehr viel mehr entbehren, rechnen und sparen mußte, sogar mehr als heute. Und wenn ich unsere junge Generation betrachte, wozu ich glücklicherweise viel Gelegenheit habe, so bin ich zuversichtlich. Von Seelenverlust kann da keine Rede sein. Diese jungen Leute werden dafür sorgen, daß wir trotz Strukturwandel und moderner Technik auch im Jahre 2000 einen gesunden Bauernstand haben.

Der bäuerliche Familienbetrieb der Zukunft

Nachdem immer wieder der bäuerliche Familienbetrieb als Leitbild unserer Agrarpolitik erwähnt wird, wage ich hier den Versuch einer näheren Umschreibung. Im wesentlichen sind folgende Elemente von Bedeutung:

- 1) Der Betriebsinhaber bewirtschaftet den Betrieb als Eigentümer oder Pächter in eigener Verantwortung, d. h. als Selbstständigerwerbender. Er erledigt zusammen mit den Familienangehörigen den größeren Teil der im Betrieb anfallenden Arbeit; auf familienfremde Arbeitskräfte fällt über die Jahre hinweg in der Regel der kleinere Teil. Im Vordergrund steht der Selbstbewirtschafterbetrieb, d. h., die Verbindung von Eigentum und Bewirtschaftung.
- 2) Der Boden bildet die primäre Produktionsgrundlage; er wird so bewirtschaft-

tet, daß die Bodenfruchtbarkeit langfristig erhalten bleibt. In Betrieben mit wenig Land kann durch Futterzukauf der Viehbestand zum Zwecke der Einkommensverbesserung aufgestockt werden.

- 3) Der Betrieb wird nach unternehmerischen Grundsätzen geführt, Arbeit und Kapital werden wirtschaftlich rationell eingesetzt. Es kommen Produktionsmethoden zur Anwendung, die die Umwelt schonen und die Lebensqualität fördern.
- 4) Der Betrieb bietet der Familie Einkommen und Lebensinhalt entweder als hauptsächliche Existenzgrundlage (Haupterwerbsbetrieb) oder als Nebenerwerbsbetrieb mit dem Hauptinkommen aus außerbetrieblicher, in der Regel nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeit⁴⁾.

- 5) Der Betrieb ist zugleich Arbeitsplatz und Heimstätte der Familie; Hof und Haus bilden zusammen ein Ganzes. Eine Verwurzelung in der ländlichen Kultur und Tradition ist für die bäuerliche Familie typisch.

Mit diesen Kriterien sind grundsätzlich auch die Grenzen bezüglich der Größe des bäuerlichen Familienbetriebes abgesteckt. Die obere Begrenzung ergibt sich aufgrund der Arbeitskapazität der Familie oder der Familiengemeinschaft (von z. B. zwei aktiven Generationen); auch wenn 2–3 Arbeitskräfte der Familie und zusätzlich 1–2 Angestellte in der Landwirtschaft tätig sind, handelt es sich noch um einen Familienbetrieb. Die Grenze nach unten findet sich dort, wo die landwirtschaftliche Tätigkeit keine Existenznotwendigkeit darstellt, sondern primär Freizeitbeschäftigung bildet.

Agrarpolitik der Zukunft

Im neuen Sechsten Landwirtschaftsbericht, der in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung kommt, wird der Bundesrat seine agrarpolitische Marschrichtung darlegen. Es werden alternative Konzepte diskutiert und daraus Schlussfolgerungen gezogen. Der Schutz unserer Produktions- und Lebensgrundlagen wie auch der Umwelt werden einen hohen Stellenwert einnehmen. Die künftigen Maßnahmen werden zielfreitig auf die Stärkung und Förderung des leistungsfähigen bäuerlichen Familienbetriebes zu Berg⁵⁾ und Tal ausgerichtet sein.

Man wird bestrebt sein, die Erfüllung des verfassungsmäßigen Auftrages mit eher weniger Interventionismus dafür mehr Stimulierung der Selbsthilfe und der Eigenverantwortung zu erreichen, dabei aber die Hilfen für die sozial Schwächeren und von der Natur Benachteiligten in angemessener Weise fortführen.

1) Vgl. dazu auch H. Popp: „Gleichgewicht oder Katastrophe“ in CiBa-Geigy Magazin No. 1, 1982

2) Siehe dazu: H. Popp: „Landwirtschaft in der Volkswirtschaft: Möglichkeiten und Grenzen“ in Schweiz. Land. Forschung No. 1/2, 1982, sowie H. Popp: „Agrarpolitik im künftigen wirtschaftlichen Umfeld“, Vortrag beim Ing. Agr. Verband, September 1983.

3) Zur Begründung siehe H. Popp: „Strukturwandel und Agrarstrukturpolitik, Rückschau und Ausblick“ in der Jubiläumschrift 100 Jahre Bundesamt für Landwirtschaft, Bern 1982.

4) H. Popp, „Modell-Vertrag für landwirtschaftliche Betriebsgemeinschaften“, Sondernummer der Blätter für Agrarrecht, Heft 1/2, Bern 1975.

5) Zur Frage der Berglandwirtschaft siehe H. Popp: „Die Erhaltung der Berglandwirtschaft — Gemeinsames Anliegen von Agrarpolitik und Raumplanung“, DISP (ORU/EHT Zürich) No. 66, April 1982.



Produktionsnischen: Flachs und Spargel, Wildfleisch und Heilpflanzen.

NEUE WEGE FÜR UNSERE BAUERN — VERSUCH EINER ZUKUNFTSVISION



Vor etwa 10 Jahren erschienen in Österreich zwei Arbeiten, die sich im Sinne einer Vorausschau mit der Situation in unserem Land im Jahre 1985 beschäftigten. Die eine Arbeit ist ein Buch „Österreich 1985 — So leben wir morgen“, herausgegeben vom ORAC-Verlag, die andere Arbeit ist eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes über die Entwicklung der österreichischen Landwirtschaft bis zum Jahre 1985.

Es ist aufschlußreich, in diesen Publikationen heute zu blättern und zu sehen, welche Prognosen weitgehend zutrafen und welche weit daneben liegen. Aus der Lektüre dieser Schriften klug geworden, will ich Ihnen hier keine Prognosen vortragen, sondern mich lieber an den Grundsatz von NESBIT halten, der seinem Buch „Megatrends“ folgenden Satz voranstellt:

„Der zuverlässigste Weg, in die Zukunft zu sehen, ist das Verstehen der Gegenwart.“

Zum Verständnis der Situation, in der sich die Landwirtschaft befindet, wurde auf dieser Tagung schon sehr viel Tiefendes gesagt. Ich will nun zunächst versuchen, mit einigen Hinweisen eine stärkere Verbindung der agrarischen Situation mit dem wirtschaftlich-gesellschaftlichen Umfeld herzustellen.

Umbruchszeit

Nach meiner Auffassung leben wir in einer Umbruchszeit. Alte Konzepte sind überholt, neue noch nicht wirklich ausgereift, und so zeigt sich allenthalben

Unsicherheit und eine Fülle von zum Teil widersprüchlichen Vorschlägen. Das trifft nicht nur für die Agrarpolitik zu, sondern für viele Bereiche öffentlichen Handelns. Man könnte mit vielen Argumenten diese These von der Umbruchszeit untermauern, ich will auf eines aus der Statistik hinweisen:

Zahlreiche Trends, die seit dem Krieg geradlinig verliefen, haben innerhalb der letzten 10 Jahre plötzlich einen Knick erhalten oder sich regelrecht umgedreht. Ob man nun die Entwicklung des Rindfleischverbrauches pro Kopf, die Energiepreise, die Import-Export-Bilanz des österreichischen Getreidemarktes oder die demographische Entwicklung untersucht, immer wieder fällt auf, daß die Zahlen irgendwann einmal zwischen 1974 und 1984 einen Trendbruch erkennen lassen. Auf einige solche Trendverschiebungen, die mit der Landwirtschaft direkt oder indirekt zusammenhängen, will ich ein wenig hinweisen.

Arbeitsmarkt

Die Vollbeschäftigung der Fünfziger- und Sechzigerjahre wurde in den Achtzigerjahren abgelöst durch eine Arbeitslosigkeit, die immerhin auch in Österreich bei 4 bis 5 % liegt. Sie betrifft vor allem junge Menschen. Dies sollte nicht aus dem Auge verloren werden, wenn es um neue Vorschläge zur Beschleunigung des Strukturwandels in der Landwirtschaft geht.

Wirtschaftswachstum

Die Wachstumsraten, die etwa Anfang der Siebzigerjahre 4 bis 5 % waren und auch für die Zeit von 1975 bis 1985 prognostiziert wurden, sind bei weitem nicht eingetreten. Wir haben zwar ein Wirtschaftswachstum, doch vollzieht sich dieses wesentlich langsamer als in früheren Jahrzehnten. Es reicht nicht aus, die Nachfrage nach Arbeit ausreichend zu erhöhen, um Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Demographische Entwicklung

Mit Sicherheit ist in den nächsten 10 Jahren eine dramatische Veränderung der Zahl der Jugendlichen, die in das Berufsleben eintreten, vorauszusehen. Wie aus der beiliegenden Graphik hervorgeht, wird die Zahl der jährlich neu in das Berufsleben Eintretenden innerhalb der

nächsten 10 Jahre um etwa 30 % zurückgehen. Das wird nicht ohne Auswirkungen auf den landwirtschaftlichen Nachwuchs bleiben.

Schuldenpolitik des Staates

Zum Teil im Gegensatz zu anderen Ländern hat in Österreich in den letzten Jahren die Verschuldung des Bundes rapid zugenommen. Ohne hier Zahlen zu nennen, muß uns klar sein, daß die Möglichkeiten der öffentlichen Hand, durch Umlaufteilung Einkommenspolitik für die bäuerliche Bevölkerung zu betreiben, immer geringer werden.

Gesellschaftliche Trends

Dezentral, Selbsthilfe, langfristig. Gleichsam als Bestätigung dieser zunehmenden Schwierigkeiten des Staates bestätigen Untersuchungen aus den USA, daß die Erwartungen der Bevölkerung gegenüber dem Staat immer geringer werden und demgegenüber Privatinstitutionen, dezentrale Konzepte und langfristige Lösungsansätze eine zunehmend größere Rolle im praktischen Leben spielen. NESBIT formuliert das in seinem Buch „Megatrends“ sehr hart: „Neue Trends kommen von unten, die Versager von oben.“

Die aufkommende Informationsgesellschaft

Die neuen Trends in der Gesellschaft gehen Hand in Hand mit den neuen Möglichkeiten, der Informationserfassung, -weitergabe und -verarbeitung. Ein immer kleinerer Teil der arbeitenden Bevölkerung ist heute mit der unmittelbaren Produktion befaßt. Ein immer größerer Teil ist letztlich in Berufen tätig, die direkt oder indirekt mit Informationsverarbeitung zu tun haben. Die zunehmende Anwendung der Mikroelektronik in allen Bereichen des Lebens wird also große Veränderungen bringen. Wir leben nicht in einer Gesellschaft, die durch die Tradition gelenkt wird, sondern durch den Blick nach vorn auf zukünftige Möglichkeiten.

Verhältnis Mensch — Natur

Das Verhältnis Mensch — Natur hat sich grundlegend geändert. Zunehmend erkennt der heutige Mensch, daß seine Verhaltensweise, die er in den letzten

Jahren entwickelt hat, die Natur in ihrer Unwiederbringlichkeit bedroht und darüber hinaus Schäden für künftige Generationen zur Folge hat.

Die Erhaltung der natürlichen Grundlagen wird daher immer mehr ein Anliegen weiter Bevölkerungskreise sein. So kommt auch die Arbeitsweise des Bauern auf den öffentlichen Prüfstand.

Landwirtschaftliche Überschüsse

In der Landwirtschaft fallen zunehmende Agrarimporte, anhaltende Produktivitäts gewinne und eine stagnierende Nachfrage zusammen mit einer Agrarpolitik, die sich nur um wenige Hauptmärkte bemüht und dort, wo Produktionsausweiterungen und Importsubstitutionen möglich wären, keine Signale setzt. Dadurch entsteht in der Öffentlichkeit der Eindruck mehr oder weniger unabwendbarer Überschüsse mit allen ihren Problemen.

Technischer Fortschritt in der Landwirtschaft

Die produktionserhöhenden Effekte der Summe der technischen Verbesserungen in der Landwirtschaft werden eigentlich immer wieder unterschätzt. Diese gilt für die Studie des Wirtschaftsforschungs institutes ebenso wie etwa für die rasche Zunahme der Getreideerträge in den letzten Jahren.

Energieversorgung

Der Zusammenhang zwischen Energie politik und Agrarpolitik wird in vielen Vorträgen leider auf die Feststellung „Biosprit ist zu teuer“ reduziert. Das betrachte ich für eine irreführende Simplifizierung. Gerade den energiepolitischen Konzepten der Vergangenheit mangelt jede langfristige Perspektive für das Morgen. Sie basieren überwiegend auf dem Raubbau an fossilen Vorräten, die in vielen Ländern innerhalb einer Generation, in anderen Ländern etwas später, zur Neige gehen werden. Angesichts der Chancen für die grüne Pflanze als einziger Organismus, der Sonnenenergie in chemische Energie umwandeln kann, sollte der Zusammenhang zwischen Agrarpolitik und Energiepolitik hervorgehoben werden.

Dabei muß beachtet werden, daß der Großteil des Energiebedarfes ja nicht Treibstoff, sondern Wärme ist. Die Umwandlung von Biomasse in Wärme ist jedenfalls viel ökonomischer durchzuführen als der Umweg über die Verflüssigung. Österreich gibt immerhin 60 bis 70 Milliarden Schilling für Energieimporte aus und hängt zu etwa 70% vom Ausland ab.

Diese kurzen Hinweise sollen eines klar machen: Wie ein trockener Schwamm das Wasser aufsaugt, so glaube ich, sollte die Agrarpolitik die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen aus den

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Landwirtschaft in Mrd. S				
Jahr	74	84	94 neg.	94 pos.
flanzliche Produktion	11	18	19	24
tierische Produktion	27	43	45	56
forstliche Produktion	9	13	15	16
zusammen	47	74	79	96
Energie und nachw. Rohstoffe	—	—	—	4
Endproduktion insgesamt	47	74	79	100
Vorleistungen	14	26	29	32
AFA	10	14	16	17
zusammen	24	40	45	49
Volkseinkommen Landw.	23	34	34	51
Beschäftigte in 1000				
Var. A: keine Änderung	356	276	270	270
Var. B: Abn. wie 74—84	—	—	190	190
Volkseinkommen je Beschäft. insg.				
in 1000 S pro Jahr	147	282	500	500
Volkseinkommen je Beschäft. i. d. LW.				
in 1000 S pro Jahr				
Var. A:	64	123	126	189
Var. B:	64	123	179	269
% Var. A:	43,5	43,6	25,2	37,8
Var. B:	43,5	43,5	35,8	53,8

verschiedensten Bereichen untersuchen und daraufhin prüfen, welche Auswirkungen und Konsequenzen sich für die Agrarpolitik ableiten lassen.

Was wird sein bei Fortsetzung der gegenwärtigen Politik?

Im Jänner 1986 sind die Meinungsverschiedenheiten auf dem Gebiet der Agrarpolitik zwischen der Bundesregie-

rung, innerhalb der Bundesregierung, und gegenüber der Standesvertretung besonders ausgeprägt. Die Gründe für die laufenden Auseinandersetzungen werden für jeden verständlich, der sich vor Augen hält, wohin die derzeitige Agrarpolitik des Bundes führen würde. Die derzeitige agrarpolitische Position der Bundesregierung darf ich mit folgenden Stichworten in Erinnerung rufen:

- Weitere Zunahme der Agrarimporte ohne wirksame Gegenmaßnahmen



Das neue „Silber“ wächst im Energiewald: Hackschnitzel geben Wärme . . .

— Keine wirksamen Maßnahmen zum Aufbau neuer Kulturen für unser Ackerland:

Im Gegensatz zu Finnland, Schweden, Kanada, der EG gibt es keine nennenswerte Entwicklung bei Raps, bei Körnererbsen, bei Pferdebohne, bei anderen Alternativen, weil die Regierungsmaßnahmen auf diesem Gebiet zu spät kommen oder so praxisfern konzipiert sind, daß sie nicht greifen.

— Eine Verhinderung der Futtergetreideexporte seit November 1985

— Eine Kürzung der Milchrichtmengen

— Ferner ist der Produktionsumfang bei Schweinen und Rindern am Platoff und kann nicht mehr ausgedehnt werden.

Wie sich eine Fortsetzung dieser Politik auf die Landwirtschaft auswirken würde, will ich anhand einiger Zahlen aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung veranschaulichen.

Aus der umliegenden Tabelle geht hervor, daß der Beitrag der Landwirtschaft zum Volkseinkommen im Jahre 1984 34 Milliarden Schilling betrug. Das war in den letzten 9 Jahren eine Zunahme um 11 Milliarden Schilling, wobei in diesem Zeitraum gleichzeitig die agrarische Bevölkerung um 80.000 Erwerbstätige zurückging. Das Volkseinkommen je Beschäftigten in der Landwirtschaft stieg von S 64.000,— auf S 123.000,—, das heißt, es entwickelte sich im gleichen Rhythmus wie das Volkseinkommen je Beschäftigten insgesamt, doch blieb der Abstand konstant; diese agrarische Wertschöpfung je Kopf erreicht nur etwa 43,6% der übrigen Beschäftigten.

42 Diese Einkommenserhöhung in der Landwirtschaft erklärt sich zu etwa 50% aus den höheren Produktionsmengen und Preisen und zu etwa 50% aus der Verringerung der Beschäftigtenzahl in der Landwirtschaft. Bei gleichem Beschäftigungsstand wie 1975 wäre das Volkseinkommen nicht S 123.000,—, sondern nur S 95.000,—.

In den letzten zehn Jahren stiegen die Verkaufserlöse der Land- und Forstwirtschaft (Endproduktion) von 47 auf 74 Milliarden Schilling, also um + 27 Milliarden Schilling.

Man kann anhand der statistischen Unterlagen nun errechnen, welcher Teil dieser Umsatzsteigerung auf höhere Preise zurückgeht und welcher Teil auf höhere Mengen. Ohne Preiserhöhungen hätten wir im Jahre 1984 eine Endproduktion von 58 Milliarden Schilling gehabt. Oder anders ausgedrückt: der Umsatzzuwachs in diesen letzten 10 Jahren von insgesamt 27 Milliarden Schilling ergibt sich zu rund 11 Milliarden Schilling aus Mengeneffekten und zu rund 16 Milliarden Schilling aus Preiseffekten. Oder anders gesagt: die Preiserhöhungen für die agrarischen und forstlichen Produkte bedingen im Schnitt der Jahre jährlich eine Umsatzsteigerung von etwa 1,5 Milliarden Schilling.

Die derzeitigen Vorstellungen der Bundesregierung würden für die nächsten

Die Stellung der Landwirtschaft in der österr. Volkswirtschaft

Jahr	1975	1984
1. Volkseinkommen insgesamt, Mrd. S	482	940
2. Beschäftigte insgesamt, Mio.	3.266	3.325
3. Beitrag der Landwirtschaft zum Volkseinkommen, Mrd. S	23 (47%)	34 (3,66%)
4. Beschäftigte in der Landwirtschaft in 1000	356 (10,9%)	276 (8,3%)
5. Volkseinkommen in S je Beschäftigten, insgesamt	147.000	282.000
6. Volkseinkommen in S je Beschäftigten in der Landwirtschaft	64.000	123.000
7. Volkseinkommen in % von 6.	43,5	43,6

Zusammensetzung der Vorleistungen 1984

	Mrd. S	%
Futtermittel	6,9	30,8
Düngung	3,3	14,7
Pflanzenschutz	1,0	4,5
Energie	4,2	18,8
Unkosten der Tierhaltung	1,6	7,1
Maschinen-/Geräteerhaltung	3,4	15,2
Gebäudeerhaltung	0,6	2,7
sonstige Vorleistungen	1,4	6,2

Jahre bedingen, daß der Getreidepreis stark sinkt, während gleichzeitig eine Mengenausweitung im Gegensatz zu den letzten 10 Jahren als nicht mehr möglicher erscheint. Eine solche Politik würde zu einem Niedergang der landwirtschaftlichen Einkommen und zu einer Agrarkrise führen, wie wir sie in Österreich in diesem Jahrhundert noch nicht gekannt

haben. Die rapide Verarmung der Landwirtschaft würde zu einem Exodus der Jugend vom Land führen und über kurz oder lang die Abwanderung erhöhen und das Leitbild einer bäuerlich geprägten Kulturlandschaft in Österreich als Utopie vergangener Zeiten erscheinen lassen.



Bildung eröffnet bessere Chancen: Schulhof in Kirchberg am Walde.

Was soll sein — Zielvorstellungen für eine positive Agrarpolitik

Die Agrarpolitik in unserem Land sollte nach meiner subjektiven Vorstellung von folgenden Zielvorstellungen ausgehen:

— Agrarpolitik für Österreich, eine Politik, die auf die Besonderheiten unseres Landes — Alpen, Bergbauerngebiete, pannonische Regionen, Kleinbauerngemeinde an der Grenze, Neutralität, exponierte geopolitische Lage — ausdrücklich Rücksicht nimmt.

Im Mittelpunkt sollte der bäuerliche Familienbetrieb als die tragende Basis unserer ganzen Landwirtschaft stehen. Er garantiert am besten eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Entwicklung in die Zukunft.

— Die Besiedlung unserer Landschaft und das Vorhandensein einer intakten Infrastruktur sind wesentlicher Bestandteil unserer Kulturlandschaft, unseres Landes als Fremdenverkehrsland und sollen erhalten bleiben.

— Die bäuerliche Bevölkerung soll am wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben und die Einkommensdisparität soll verringert werden.

— Die Ehrfurcht vor der Natur, die Erhaltung der Naturgrundlagen, das langfristige, nachhaltige Wirtschaften soll auch Basis der agrarpolitischen Maßnahmen sein.

— Die Krisenvorsorge und die Sicherung der Ernährung aus dem Inland bei allen wichtigen Lebensmitteln ist ebenso notwendig wie ein grundsätzliches Bekenntnis zum Strukturwandel und zur Tatsache, daß wir eine dynamische, offene Gesellschaft sind, die Weiterentwicklungen nicht verhindert, sondern grundsätzlich bejaht, aber nach wertorientierten Zielvorstellungen steuert. Die Lebensmittelpreise für die Konsumenten sollen akzeptabel sein und auch in vernünftiger Relation zur internationalen Entwicklung, wobei hier die Schweiz ebenso als Beispiel und Orientierungspunkt dienen muß wie die EG.

Neue Wege gehen

Hier muß ich zwei Vorbemerkungen zu den Instrumenten, die anzuwenden sind, machen:

- Aktive Preispolitik ist notwendig, weil die Preise ausschlaggebend für die Einkommensbildung der Bauern sind. Allerdings muß der Spielraum für eine aktive Preispolitik wieder geschaffen werden durch Abbau der Überschüsse bei den Hauptmärkten.

- Die Ergänzung der Preispolitik durch Direktzuschüsse, seien es nun Betriebs- oder Flächenprämien, ist ebenfalls notwendig. Die Mittel für diese Direktzuschüsse sind wesentlich aufzustocken, um gerade in den benachteiligten Gebieten die einkommenspolitischen Zielvorstellungen zu erreichen.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Landwirtschaft in Mrd. S

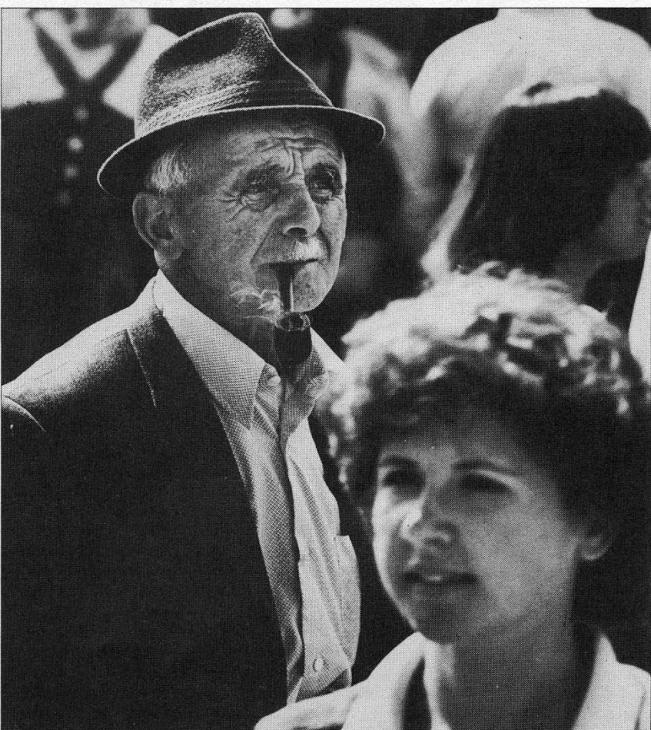
Jahr	84	94 neg.	94 pos.
Endproduktion	74	79	100
Vorleistungen + AFA	40	45	49
Beitrag d. LW. z. VE.	34	34	51
Beschäftigte i. d. Landwirtschaft in 1000			
Var. A: keine Änderung	276	270	270
Var. B: Abn. wie 74—84	276	190	190
Volkseinkommen je Beschäftigten i. d. Landwirtschaft in 1000 S pro Jahr			
Var. A:	123	126	189
Var. B:	123	179	269
% Var. A:	43,6	25,2	37,8
Var. B:	43,6	35,8	53,8

Nach diesen Vorbemerkungen möchte ich vier Schwerpunkte anführen, auf die wir uns in Zukunft konzentrieren müssen:

1. weniger Importe — weniger Exporte
2. neue Märkte außerhalb der Nahrungsmittelversorgung erschließen: Energierohstoffe
3. technischen Fortschritt überlegt steuern (Kontingente, Bestandesobergrenzen) sowie den Einsatz zugekaufter Betriebsmittel verringern
4. den Einsatz der Produktionsfaktoren Boden und Kapital im Hinblick auf die Marktgegebenheiten steuern.

Weniger Importe — weniger Exporte

Die Lösung nationaler Überschüßprobleme durch verstärkten Agrarexport ist weder ökonomisch noch ökologisch in den kommenden Jahren zielführend. Wir exportieren derzeit Getreide von 200.000 ha mit einem Stützungsaufwand von 2,5 Milliarden Schilling, während gleichzeitig die Devisenausgaben für den Import von Eiweißfuttermitteln und Pflanzenfertilisatoren über 4 Milliarden Schilling ausmachen und die importierten Mengen einem Flächenäquivalent von 300.000 ha ent-



Alt und Jung: Unsicherheit prägt das Antlitz der Generationen . . .

sprechen. Diese Politik kostet uns nicht nur um hunderte Millionen Schilling mehr als die Förderung von Körnerleguminosen und Ölsaaten, sondern führt auch zu der zu kritisierenden Einseitigkeit der Fruchtfolgen. Das Produktionsprogramm unserer Landwirtschaft muß daher aus wirtschaftlichen, ökologischen und neutralitätspolitischen Gründen wieder stärker auf die Bedürfnisse unseres Landes ausgerichtet werden.

Neue Märkte außerhalb der Nahrungsmittelversorgung

Die langfristige Perspektive in der Energiepolitik liegt in der allmählichen Umstellung von den importierten fossilen Energieträgern zu inländischen, erneuerbaren Energieträgern, wie Wasserkraft und Biomasse. Diese Neurichtung der Energiepolitik gibt der Landwirtschaft die historische Chance, neben dem Nahrungsmarkt auch den Energiesektor, insbesondere den Wärmemarkt, zunehmend zu beliefern. Holz als Hackgut aus Durchforstungen oder Energiewäldern bietet sich ebenso an wie Pellets oder Briquetts aus Stroh oder Energiegraskulturen. Mit letzteren meine ich Ackerflächen, die vorübergehend mit Gras oder Kleegras nicht zur Futter-, sondern zur Brennstofferzeugung angebaut werden.

Diese im Telegrammstil skizzierten Überlegungen müssen ergänzt werden um Maßnahmen auf dem Gebiet der Sonderkulturen und der Erschließung von Marktischen im In- und Ausland, die gerade für eine innovative, vielfach kleinstrukturierte Landwirtschaft, wie jene der Steiermark, besondere Bedeutung haben.

Zum dritten Punkt ist zu bemerken, daß der technische Fortschritt vor allem dort hin gelenkt werden soll, wo am Markt große Chancen bestehen: das ist der Energiebereich, während andererseits durch Kontingente und Bestandessobergrenzen bewußt eine gewisse Einschränkung der technischen Möglichkeiten angestrebt wird, um unsere Ziele hinsichtlich der Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft zu erreichen und die Überschüsse auf den Hauptmärkten zu reduzieren.

Zum vierten Punkt:

Die Herausnahme von Flächen aus der Produktion im Rahmen von Programmen, wie Ökologieflächen oder Naturschutzflächen, ist derzeit notwendig. Darauf könnten die Kosten der Absatz- und Preissicherung vermindert und gleichzeitig auch Ziele des Naturschutzes erreicht werden. Der Kapitaleinsatz in der Landwirtschaft wird durch verschiedene Förderungsmaßnahmen beeinflußt. Diese Steuerung sollte sicherstellen, daß Mittel in neue, zukunftsrichtige Investitionen fließen und nicht die Produktionszunahme in den Hauptmärkten unterstützt.

Jahr	Mögliche Flächenentwicklungen in 1000 ha			
	A)	B)	A)	B)
Getreide- und Körnermais	1030	1060	940	1060
Eiweißpflanzen				
davon Pferdebohne	20	6	30	6
davon Futtererbse	5	2	5	2
Ölpflanzen				
davon Raps	8	8	35	7
davon Sonnenblume	2	—	8	—
davon Kürbis	6	6	8	8
Textilpflanzen	0,1	—	1	—
versch. Futterpflanzen				
Luzerne	2	—	5	—
Sonnenblume	1	—	3	—
Sämereien	0,5	—	2	—
Ökologieflächen	10	—	20	—
Biosprit	—	—	30	—
Summe Alternativen	54,1	22	147	23

Einsparungsmöglichkeiten durch Alternativenförderung anstatt Getreideexport	
Jahr	mögliche Einsparung in Mio. S
1986	190
1987	440
1988	750
ingesamt	1.380 Mrd. S

Im Sinne meiner Eingangsbemerkungen darf ich daran erinnern:

Neue Entwicklungen kommen, weltweit gesehen, zunehmend nicht von den Zentralstellen, sondern von der Basis. Daher stellt sich mir zum Schluß die Frage: Was ist zu tun?

Ich kann nur jedem sagen:

Dort aktiv werden, wo sich neue Möglichkeiten für ihn persönlich abzeichnen: in der WärmeverSORGUNG, in der Produktion für Marktischen, im Anbau von neuen Kulturen, soweit sie uns derzeit

angeboten werden. Aktiv werden müssen wir aber auch im Durchsetzen unserer Vorstellungen gegenüber der Regierungspolitik. Im Sinne meines Eingangsgedankens von der Umbruchszeit, in der wir leben, müssen wir uns darauf einstellen, daß wir Veränderungen vor uns haben, daß wir einen Teil unserer Flächen anders nutzen werden, aber daß, wenn wir die Chancen richtig erkennen und aufgreifen, die Bauern in Zukunft als Mittler zwischen Natur und Wirtschaft größere Bedeutung erlangen können.



Eine steirische Marktlücke . . .



ICH HALTE
DIE GANZE
SACHE FÜR
EIN
GERÜCHT

AGRARPOLITIK AUS STEIRISCHER SICHT



Ich möchte versuchen, einige Überlegungen einzubringen, ausgehend von der aktuellen Situation der Bauernschaft in Österreich und bei uns in der Steiermark.

Es scheint eben wichtig zu sein, daß wir versuchen, ein möglichst konkretes und klares Bild zu entwickeln, welche Möglichkeiten wir sehen, bei allen Grenzen, die es natürlich gibt, eine offensive Entwicklung für unsere bürgerlichen Betriebe in Österreich in der Zukunft wieder in einem gewissen Maße möglich zu machen. Ich habe zumindest mit einigen Teilnehmern kurz sprechen können über verschiedene Eindrücke, und ich habe auch da und dort gehört, daß das manchmal etwas bedrückend empfunden wurde. Wo bei sich vor allem Professoren natürlich manchmal etwas leichter tun, indem sie einfach eine gewisse Analyse entwickeln und sagen: Bitte, so ist das und damit habt ihr euch einfach abzufinden. Für den Bauern ist es natürlich unbefriedigend, denn er kann ja nicht von der Analyse leben und von der Darstellung, wie begrenzt und wie schwierig alles ist, sondern er muß überlegen, was kann er mit seinem Betrieb und in der Situation seiner Familie in der Zukunft tun. Und deshalb ist es sehr entscheidend, was wir über Lösungsansätze erfahren können. Da ist für uns in der speziellen Situation Österreichs folgendes zu berücksichtigen:

Die EG hat Jahre hindurch, insgesamt an die 20 Jahre, eine enorme Expansionsentwicklung durchgemacht, auch mit Hilfe des besonderen Instruments der EG-Agrarpolitik, mit der gewissen Abschirmung nach außen und vor allem einer sehr starken Förderung der Produktionsentwicklung in Form der Preis- und Absatzsicherung mit dem In-

strument der Exportstützungen, insbesondere im Bereich der Verarbeitungsindustrie. D.h., die Landwirtschaft in der EG hat eine sehr starke Entwicklung nach oben, sowohl in der Produktion wie auch in der Preisbildung durchgemacht, und sie steht derzeit natürlich in der Problematik, daß sie sich mit den Folgen dieser Entwicklung auseinandersetzen muß und daß manches von dieser reinen Mengenentwicklung der dortigen Agrarpolitik ihr derzeit auf den Kopf fällt. Für uns in Österreich ist die Situation und die Problembewältigung in der Schweiz ein sehr erfreuliches Beispiel, nicht nur, weil es sich hier um ein Land handelt, daß von der politischen Konstellation her als immerwährend neutraler Staat viele Parallelen mit dem Selbstverständnis Österreichs ausmacht, sondern weil wir einfach aus vielen Beobachtungen wissen, daß in der Schweiz die Schicksale der Bauernschaft doch in einem hohen Maße eine gesamtgesellschaftliche und eine gesamtstaatliche Aufgabe darstellen und man eben auch gesamtstaatlich und gesamtgesellschaftlich so entscheidet, bei allen Problemen, die es sicher in der Schweiz auch gibt, das wissen wir schon. Aber daß man doch sagt, wir wissen um die weit über die Produktion hinausgehende Bedeutung der bürgerlichen Bewirtschaftung, und wir sind auch bereit, als Konsumenten und als Staat, uns das etwas kosten zu lassen. Ich hatte vor Jahren bereits Gelegenheit, mit Herrn Direktor Popp, die Vergleiche zwischen der Agrarpolitik in der Schweiz und in Österreich zu diskutieren, und ich muß sagen, mir sind in diesem Vergleich eben viele Dinge aufgefallen, wo wir sagen müssen, hier könnten wir uns in Österreich nur wünschen, daß es bei uns auch einen solchen gesamtgesellschaftlichen Konsens in der Behandlung der agrarischen Fragen geben würde.

Und was der EG-Bereich anlangt, dürfen wir feststellen, daß wir uns etwas schwerer tun mit den agrarpolitischen Vorstellungen, die in Norddeutschland oder in Brüssel entwickelt werden; daß wir uns hier eher verstehen, wenn wir uns die agrarpolitischen Überlegungen in Bayern näher ansehen und wir wissen, daß nicht durch Minister Eisenmann, sondern insgesamt für uns positiv festzustellen ist, daß der eigenständige bayerische Weg innerhalb der EG-Agrarpolitik am ehesten auch so gestaltet wird, daß wir sagen können: Zwischen dem bayerischen und dem steirischen Weg gibt es eigentlich relativ viel Übereinstimmung. Weil hier nicht der kalte technokratische Gesichtspunkt des Großbetriebes und der möglichst billigen Agrarproduktion im Vordergrund steht, sondern doch der Gesamtzusammenhang des bürgerlichen Be-

triebes für die Bewirtschaftung aber auch für die entsprechende Vitalität des Landes in der gesamten Besiedlung und gesellschaftlichen Ausformung. Und es ist sicher richtig, wenn in den Vorgesprächen jemand gesagt hat: Es wird eben sehr stark auf die Politik ankommen, welche Entwicklungsmöglichkeiten dem einzelnen bürgerlichen Betrieb bei uns in der nächsten Zeit gegeben sein werden. Agrarpolitik ist eine gesamtpolitische Herausforderung, und wir spüren das gerade in diesen Tagen besonders bedrückend. Die wirtschaftlichen Probleme haben sich in einem enormen Tempo aufgestaut, ob das bei der Milch, beim Getreide, bei den Sonderkulturen, beim Vieh, ja praktisch in jeder Erzeugungssparte ist. Ich bin vor einigen Tagen für den Inlandsreport von einem Reporter des Fernsehens gefragt worden, ob es sich denn die ÖVP überhaupt leisten könne, in dieser Situation besondere Solidarität mit der Bauernschaft zu demonstrieren, angesichts der Probleme bei der verstaatlichten Industrie, und ich habe darauf geantwortet: Es ist gerade das Verständnis der ÖVP als Volkspartei, Solidarität mit all jenen Gruppen unserer Bevölkerung deutlich zu machen, die eben mit besonderen Schwierigkeiten und Problemen zu kämpfen haben. Das sind derzeit sowohl die Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie, wie auch die Bauern, wie die kleinen Gewerbetreibenden, wie die alten Menschen, die mit realen Rentenkürzungen zu leben haben, wie auch etwa die kinderreichen Familien, die immer mehr auf die Seitenstraße der sozialen Entwicklung gedrängt werden. Und deshalb war es für uns auch eine Selbstverständlichkeit, nicht nur zu kritisieren, sondern vor allem auch Überlegungen anzustellen, wie es gelingen könnte, die österreichischen Bauern mittelfristig aus der Sackgasse wieder herauszuführen, in die wir leider derzeit in einem besorgniserregenden Maß hineingeraten sind.

Und etwas vereinfachend gesagt, ist es gerade in diesen Tagen und Wochen so, daß wir in der österreichischen Entwicklung vor einer Weggabelung stehen. Es gibt die eine Linie der agrarpolitischen Vorstellungen, die auf eine sehr restriktive Entwicklung der Landwirtschaft insgesamt und damit auch des einzelnen landwirtschaftlichen Betriebes hinausläuft, wenn man es etwas plastisch formuliert, müßte man sagen: Das ist eine Agrarpolitik des Zusperrens. Die Richtmengenkürzung, die großräumigen Flächeneinstellungen, die Produktionsbegrenzungen in vielen Bereichen, wobei man im Detail über das Einbremsen der Produktionsentwicklung in einzelnen Sparten durchaus reden muß, wo es von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

her unsinnig ist, weiter die Produktion zu steigern. Aber es ist nicht darüber zu diskutieren, wenn man nur bei den österreichischen Bauern die Produktion zurückdrücken will, und gleichzeitig die Importlawine weiter anschwillt. Denn das ist ein Existenzunterlauf der österreichischen Bauernschaft zugunsten irgendwelcher ausländischer Konkurrenten. Und diesen Weg der Agrarpolitik werden wir nicht nur nicht mitmachen können, sondern dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit und auch mit entsprechend einsichtigen Argumenten zur Wehr setzen. Daher heißt die zweite Alternative nur, daß wir uns überlegen müssen, wie es gelingt, Weichenstellungen für neue Entwicklungschancen zu schaffen, für die österreichische Landwirtschaft insgesamt und damit innerhalb dieser Gesamtentwicklung für die einzelnen bäuerlichen Betriebe. Das heißt: Welche Möglichkeiten gibt es, daß der einzelne Bauer sagen kann, dort oder da habe ich eine Chance, daß es bei mir in der betrieblichen Entwicklung wieder weitergehen kann? Und ich möchte es nur unterstreichen, daß das nicht nur im Interesse der Bauernfamilien gelegen ist, sondern auch im Interesse des Staates als ganzes und auch des inneren sozialen Friedens. Das ist meines Erachtens eine staatspolitische Kurzsichtigkeit gefährlichen Ausmaßes, wenn vom Bundeskanzler angefangen, bis über die verschiedenen Minister und sonstigen Verantwortungsträger die Probleme der Bauern einfach negiert und wirklich konstruktive Überlegungen solange hinausgeschoben werden, bis es nur mehr die Zuflucht gibt zu demonstrativen Maßnahmen. Wir dürfen einen Weg des Zusperrns in der österreichischen Agrarpolitik nicht zulassen, es darf nicht den Weg in die Resignation und in die Verzagtheit geben, sondern wir müssen nach einem eigenen klaren Bild der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten dafür kämpfen, daß es zu dieser Weichenstellung in Richtung neuer Entwicklungschancen kommt, wobei man durchaus klug, aber natürlich auch beherzt dafür eintreten muß.

Agrarpolitik aus steirischer Sicht heißt natürlich zunächst, daß wir uns alles das überlegen müssen, was wir im eigenen Land realisieren können, und wir können meines Erachtens durchaus mit einem gewissen Stolz auf das zurückblicken, was in der Steiermark an eigenständigen Entwicklungen aufgebaut wurde, und was ja letztlich zusammenhängt mit den Namen von Verantwortungsträgern für die Steiermark, aber auch weit darüber hinaus für die österreichische Agrarpolitik in den vergangenen Herausforderungen immer wieder neue Weichenstellungen möglich gemacht haben, daß die Namen Prirsch, Krainer, Wallner oder Holzinger sind. Man möge nur zurückdenken, daß Anfang der fünfziger Jahre eine fast ausweglos scheinende Situation für die Bergbauernbetriebe vorhanden war, mit

dem Beginn der ersten, der großen technischen Revolution in der Landwirtschaft, und daß es mit Hilfe der Umstellung und der Neuorientierung der Erzeugung möglich war, gerade auch dem Bergbauern eine offensive und positive Entwicklung möglich zu machen, und daß man sich nicht irritieren ließ durch jene gescheiteten Menschen, die bereits in den fünfziger und sechziger Jahren erklärt haben, die Bauern müßten eben von den Berggebieten herunter und die Agrarproduktion gehört nur dorthin, wo die günstigen Produktionsvoraussetzungen sind. Wie unsinnig ein solcher Weg gewesen wäre, wissen wir heute. Das zeigt aber nur, daß man sich nicht von allem immer beeindrucken lassen darf, was jeweils aus momentanen Modeerkennissen heraus formuliert wird.

Für uns in der Steiermark gibt es vier Schwerpunkte der eigenen agrarpolitischen Gestaltung: der erste und auch in der Anstrengung besonders im Vordergrund stehende Schwerpunkt ist die Bildung und Ausbildung. Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß alles das, was an Budgetmitteln, an Personen, an geistigen Inhalten, in die Ausbildung unserer Bauernschaft investiert wurde, natürlich seine vielfältigen positiven Früchte bereits getragen hat, und die entscheidende Voraussetzung dafür ist, daß sich die Bauernschaft in diesem Lande trotz aller Probleme in so hervorragender Form behaupten konnte und immer wieder in der Entwicklung österreichweit, aber vielfach auch international um eine Nasenlänge voraus war. Und ich darf hier nur anfügen, daß neben dem Ausbau des landwirtschaftlichen Schulwesens vor allem auch die Schaffung der Bildungsvoraussetzungen in den ländlichen Regionen

ingesamt sehr entscheidend waren, und es war immerhin der Unterrichtsminister, Dr. Piffl, der aus der Landwirtschaftskammer gekommen ist und der damals als Unterrichtsminister die Zielsetzung formuliert hat: In jeden Bezirk eine höhere Schule, damit die ländliche Bevölkerung diesen Zugang zur qualifizierten Ausbildung bekommt. Zweiter Schwerpunkt: Beratung und Förderung.

Geraide in einem Jahr, in dem sich der Bund von seiner Verantwortung in diesem Bereich davongeschlichen hat, müssen wir es umso deutlicher herausstellen, daß für die Bewältigung der Aufgabenstellung, die Beratung, die Information, der Blick über den Zaun hinaus, eine entscheidende Voraussetzung war und es auch bleiben wird. Förderung in Verbindung mit der Beratung ist entscheidend, und eine besondere Perle in dieser Bemühung ist für mich die Arbeit des Bundes Steirischer Landjugend, weil wir gar nicht ermessen können, wieviel durch diese Organisation, durch die Verantwortungsträger in diesem Bereich an Positivem in unser Land eingebracht wurde. Dritter Schwerpunkt: Die Hilfe zur Strukturverbesserung. Es ist meines Erachtens auch notwendig, das auch selbstbewußt festzuhalten. Wenn wir heute durch unser Land fahren, dann müssen wir feststellen, daß innerhalb einer Generation ein Sprung nach vorne bewältigt wurde, wie es ihn früher nie gegeben hat. Von der Hoferschließung über die Elektrifizierung, den Telefonausbau, die betrieblichen Entwicklungen, die Verbesserung der Gebäudesituation, das alles ist eine ganz entscheidende Festigung und Verstärkung der bäuerlichen Struktur in unserem Land.



Der Vertragsanbau von Essiggurkerl hat sich bei uns sehr bewährt.

Der vierte Schwerpunkt heißt: Helfen bei Sicherung der Einkommen. An sich eine Aufgabe, die von der Verteilung her ausschließlich dem Bund zukommt, in die aber die Länder vermehrt hineingedrängt wurden. Ich verweise etwa auf das Problem Viehabsatz-Finanzierung, Hilfe beim Preis, bei der Preis- und Absatzsicherung bei Sonderkulturen usw. Natürlich werden wir uns hier weiter bemühen, Hilfestellung zu geben, und ich möchte das auch besonders erwähnen. Einkommenssicherung heißt, das Ausnützen jeder noch so kleinen Chance, die sich irgendwo bieten mag. Und seien es auch nur ein Dutzend Betriebe, die sich um eine spezielle Produktion annehmen können. In der Summe sind das jene Entwicklungsmöglichkeiten, die uns in der eigenen Gestaltung bleiben, und daher werden wir alles in diese Richtung unterstreichen, und gerade die steirische Kammer war schon unter Wallner und Holzinger und noch verstärkt nun unter der Führung von Buchberger und Kopetz das Musterbeispiel in Österreich. Neben den großen Produktionsströmen Milch, Vieh, Getreide, geht es darum, die Vielzahl der kleinen Möglichkeiten genauso intensiv wahrzunehmen, ausfindig zu machen und den Bauern zu helfen, sie auch zu nutzen. Nun, meine Damen und Herren, darf ich nun in wenigen Schlagworten versuchen, das anzudeuten, was wir uns im Hinblick auf die Entwicklungen in den nächsten Jahren überlegen haben: Wir haben im September des Vorjahres im Bundesparteivorstand das Aktionsprogramm „Landwirtschaft“ beschlossen und ich habe mich bemüht, im Zusammenwirken mit möglichst vielen Vertretern der Länder, der bürgerlichen Organisationen, aber auch der Vertreter außenlandwirtschaftlicher Bereiche, der Wirtschaft, der Arbeitnehmerschaft, jene Schwerpunkte zu entwickeln, die wir uns als agrarpolitisches Programm innerhalb der Österreichischen Volkspartei für die nächsten Jahre vorgenommen haben.

Wobei ich gleich vorweg sage, es wird niemand in der Lage sein, zu sagen, wir brauchen nur eine andere Regierung, und alles ist bestens für jeden bürgerlichen Betrieb, das wäre unehrlich, das wäre dilettantisch. Es ist natürlich in jeder politischen Aufgabenstellung und in jeder Aufgabenverteilung so, daß die Agrarprobleme zu den schwierigeren Bereichen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gehören. Und wir wissen, daß unser eigener Spielraum ein begrenzter ist, weil wir von den internationalen Entwicklungen abhängig sind, weil wir vor allem von der Situation in der Europäischen Gemeinschaft in vielfacher Weise direkt betroffen sind. Nur sind wir ebenso davon überzeugt, daß es einen Weg gibt, in aufeinander abgestimmten Maßnahmen eine Entwicklung herbeizuführen, die wieder nach oben geht, die insgesamt für unsere Land- und Forstwirtschaft wieder eine Weiterentwicklung im positiven Sinne beinhalten kann. D.h., was wir hier

zum Ausdruck bringen möchten mit diesem Aktionsprogramm „Landwirtschaft“ der Österreichischen Volkspartei, ist auf der einen Seite der Ausdruck der politischen Solidarität mit den Problemen der österreichischen Bauernschaft und ist zweitens eben die konkrete Aussage: Was wollen wir im einzelnen tun, wenn wir in entsprechender Form die politische Gestaltungsmöglichkeit haben? Und ich darf das wirklich nur in Schwerpunkten illustrieren, weil es zum Teil auch im Referat von Kammeramtsdirektor Dr. Kopetz schon im Detail angegangen wurde. Ich nenne bewußt als ersten Schwerpunkt die Aufgabenstellung, daß wir unseren österreichischen Bauern im Bereich des Außenhandels wieder mehr Chancengleichheit verschaffen müssen. Ich habe es eingangs schon gesagt: Was hilft es, wenn wir bei uns die Produktion drosseln, wenn gleichzeitig die Importlawine umso stärker ansteigt? Die Schaffung von mehr Chancengleichheit heißt also nicht, daß wir unsere Grenzen zumachen, das ginge aus vielen Gründen auch nicht, sondern es heißt nur, daß der österreichische Bauer nicht benachteiligt sein soll gegenüber seinen ausländischen Konkurrenten. Es gibt das aktuellste Beispiel, daß importierte Milchprodukte nach Untersuchungen bei weitem nicht jene Qualitätsfordernisse erfüllen, die von den österreichischen Molkereien selbstverständlich aufgrund des Lebensmittelrechtes und anderer Bestimmungen verlangt werden. Ähnliches gilt für den Bereich Obst-Gemüse und der verschiedensten Verarbeitungsprodukte.

Zweitens: Für uns ist der Markt der Europäischen Gemeinschaft für den Agrarbereich der Schlüsselmarkt. Und deshalb muß alles getan werden, um hier zu einer positiven Weiterentwicklung zu kommen. Und was will man denn mehr, als daß ohnehin von der EG bereits signalisiert wird, daß man anlässlich des Beitritts Spaniens und Portugals in der gesamten eingetretenen Entwicklung den Agrarbriefwechsel aus dem Jahr 1972 überarbeiten muß. Und noch etwas sehr entscheidendes in dem Zusammenhang: Wir müssen sehr darauf achten, daß wir nicht in Österreich immer weiter von der Entwicklung abgehängt werden, die in der EG vor sich geht. Ich meine das auch im Bezug auf die verschiedenen Richtlinien und Normen, die für die landwirtschaftliche Produktion und Verarbeitung gelten. Wir haben das vor wenigen Monaten ganz drastisch gespürt: im Bereich der Zuchtrinderregelungen. Und wir wissen, daß wir als kleiner Markt nur eine Chance haben, diesen Zugang offen zu halten, wenn wir in den Voraussetzungen Schritt halten können, d.h. aber, daß man in einem ständigen Gespräch sein muß, daß man versuchen muß, zumindest mit einem Beobachterstatus dort drinnen zu sein, wo in den verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen diskutiert wird, wie die einzelnen pro-

diktionsregelnden Normen weitergestaltet werden. Wir müssen vom Primitivstatus des Exporteurs von Rohware verschonen, in den gehobenen Status des Exporteurs von veredelten und verarbeiteten Produkten zu kommen, d.h. statt Getreide beispielsweise Backwaren, das, was die EG seit langem bereits vorexportiert hat, und in dem Zusammenhang ist es sicher auch notwendig, innerhalb der agrarischen Organisationen und Einrichtungen etwas mehr Gesamtorientierung zu haben und den „Kantönlgeist“, nicht abwertend jetzt gegenüber der Schweiz verstanden, sondern der Engstirnigkeit mancher Betrachtungsweise, daß man eben nur seine eigene Sparte sieht, zu überwinden in Richtung eines doch auf die Gesamtheit ausgerichteten Exportmarkettung und dem Wahrnehmen der jeweils bestmöglichen Verwertungschancen.

Zweiter Schwerpunkt: Die Schaffung der Produktionsalternativen. Und ich sage das wirklich nur im Schlagwort, weil ich das nicht wiederholen möchte, was Kopetz gestern sicher in der profunden Art, in der wir das von ihm kennen, ausgeführt hat. Ich sage das aber deshalb und wir halten das für den entscheidenden Schwerpunkt, weil ich glaube, das ist die Chance einer eigenständigen agrarpolitischen Weiterentwicklung in Österreich. Gerade aufgrund der unterschiedlichen Situation gegenüber der Europäischen Gemeinschaft. Wir haben Spielraum, dort wo wir 90 und 100 Prozent importieren, und es ist richtig, wenn die Formulierung gewählt wurde: Weniger exportieren dort, wo wir die Produkte derzeit im wahrsten Sinn des Wortes verschleudern müssen, und dafür weniger importieren, dort, wo wir selbst in Österreich die Produktionsmöglichkeiten haben. D.h. also, es ist auch eine zeitliche Reihenfolge:

Rascher Ausbau des Anbaues von Eiweißfuttermitteln und von Ölsaaten. Und es ist ja bezeichnend, wie absurd alles geworden ist, wenn wir pro Hektar für den Export von Getreide insgesamt etwa 15.000 Schilling aufwenden müssen, davon fast 9.000 Schilling der Staat, und wenn man die Pferdebohne mit 3.000 Schilling nur zu fördern bereit ist. Und das ganze so schlecht und so umständlich und so wenig ausgegogen macht, daß es für die Bauern und die Futtermittelindustrie unattraktiv ist.

Die Energie aus nachwachsenden Rohstoffen. Wir meinen hier sowohl die weiteren Überlegungen in Richtung des Treibstoffzusatzes in Form von Alkohol aus pflanzlicher Produktion, und es ist sogar von der Universität für Bodenkultur eine Studie in jüngster Zeit erstellt worden, die nachweist, daß bei 'den enorm gestiegenen Exportkosten es heute schon billiger ist, das Äthanol so weit herabzustützen, daß es für die Erdölwirtschaft preisgleich mit den sonstigen Produkten ist. Aber wir meinen hier auch die gesamte Energie im Hinblick auf die

Raumwärmeversorgung, und das ist sicher der größere Teil, insgesamt betrachtet. Wir haben in der Steiermark auch bahnbrechend versucht, hier neue Entwicklungen einzuleiten, wir haben in Abstimmung zwischen Land und Landwirtschaftskammer ab 1. Jänner dieses Jahres die Förderungsaktion für Nahwärmeversorgungszentren auf der Basis der nachwachsenden Rohstoffe.

Der dritte Schwerpunkt in dem Zusammenhang neuer Produktionsalternativen sind für uns die Sonderkulturen. Wir haben hier sicher noch ein Feld von kleinen, aber in der Summe bedeutenden Produktionsmöglichkeiten, insbesondere für unsere Klein- und Kleinstbetriebe in den klimatisch besonders begünstigten Regionen. Es ist für mich auch der Weinbau eine Produktionssparte, die Entwicklungsfähigkeit beinhaltet, trotz des Weinskandals des Vorjahrs, der in erster Linie ein Kontrollsandal ist, denn wenn ich 15 Jahre in kein Kellerbuch hineinschau, dann ist das ja Vorschub zur Fahrlässigkeit und zum kriminellen Mißbrauch. Man hätte das ganze Theater nicht gebraucht, wenn man gesagt hätte, wir schauen, daß die Dinge in Ordnung gehalten werden. Der Qualitätsweinbau aufgrund unserer österreichischen Produktionsvoraussetzungen und des Leistungsstandards unseres Weinbaus hat meines Erachtens durchaus gute Chancen, ohne Stützungen auch als Exportprodukt bestehen zu können. Und daher wäre es unsinnig, zu sagen: Nur abdrehen, nur zurückdrängen, sondern man muß vernünftig die Chancen nutzen.

Die Sicherung der Preise und Märkte, vor allem für den großen Sektor, der im Marktordnungsgesetz beinhalteten Produkte Milch, Getreide und Vieh. Wir haben mit dem Antrag für die Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung seit dem Jahr 1978 immer eine umfassende Regelung im Detail vorgelegt, ich bin aber auch hier realistisch: Wir werden diese Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung auch bei einer geänderten Mehrheit nicht von einem Tag auf den anderen politisch umsetzen können, denn das hat man ja in den früheren Perioden erlebt, daß sich die SPÖ die Zustimmung zu solchen Maßnahmen sehr hart abringen läßt. Aber ich bin überzeugt, daß wir das Marktordnungsgesetz verbessern müssen und auch verbessern können. Einerseits in Richtung, daß wir nicht noch weiter hineingeraten in jene verhängnisvolle Entwicklung, daß man den österreichischen Bauern durch Bescheid mitteilt, was und wieviel er von den einzelnen Produkten noch produzieren darf. Und daß man dann herumrepariert, von einem halben Jahr zum anderen, und wir sehen einfach, daß eine solche totaladministrative Produktionssteuerung für tausende bürgerliche Betriebe wirklich zum Verhängnis werden muß. Ich bekannte mich dazu, daß wir mit der Richtmengenregelung eine gewisse Begrenzung in der Produktionsentwicklung einer Sparte an-

streben mußten. Nur kann das nur erträglich funktionieren, wenn das innere Gefüge der einzelnen Produktionspartien vor allem in der Preisgestaltung stimmt, und ich glaube daher, daß wir als agrarpolitischen Schwerpunkt sehen müssen, wieder mehr mit dem preislichen Anreiz als Steuerungsinstrument für die richtige Produktionsentwicklung zu arbeiten, als mit Hilfe noch mehr Detailregelungen für den einzelnen Betrieb. D.h., wenn ich das direkt formulieren darf: Wenn ich in der Agrarpolitik haben will, daß weniger Getreide, dafür mehr Raps und mehr Pferdebohnen angebaut werden, dann muß ich es durch die Preisgestaltung es für den einzelnen Bauern attraktiv machen. Und das gilt genauso für Preisverhältnisse zwischen Milch- und Rinderproduktion, zwischen den verschiedenen Sparten der Veredelungswirtschaft, wo bei auch das, offen gesagt, der Gesamtspielraum für die Preispolitik natürlich ein begrenzter ist, aufgrund der innerösterreichischen Kreativverhältnisse und auch aufgrund der internationalen Zusammenhänge. Und es gibt auch in der Bauernschaft Illusionisten, vor allem in gewissen kleinen Gruppierungen, die sagen: Ja, wir brauchen halt einen Preis, der meinewegen doppelt so hoch ist, wie die derzeitigen Erzeugerpreise, und alles ist gelöst, Ja, das wissen wir schon auch, nur ist das nicht realistisch, aber es ist durchaus so, daß die Preispolitik ein ganz entscheidendes Instrument einer marktwirtschaftlich orientierten agrarischen Entwicklung darstellt. Und das andere ist, daß wir es wirklich nicht einsehen können, warum für die Molkereibetriebe jede Einzelentscheidung in Zentralen, in der Fondskommission in Wien, getroffen

werden muß. Jede Investition, jede Maßnahme im Bereich der Produktion und der Absatzbemühungen. Es muß ein Ziel sein, in Erhaltung des Ausgleichssystems, die Eigenverantwortung der Molkereibetriebe zu stärken.

Verbesserung der Agrarstruktur. Ich habe das schon bei den Schwerpunkten des Landes erwähnt, und es ist meines Erachtens ein schwerer wirtschaftspolitischer Fehler, wenn sich mit dem Budget 1986 unter der Verantwortung von Bundeskanzler Sinowatz, Landwirtschaftsminister Haiden und Finanzminister Vranitzky, der Bund aus der Strukturförderung der österreichischen Landwirtschaft total abgemeldet hat. Wo sollen die Schwerpunkte liegen? Im Bereich des Wegebaues und der Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Wegerhaltung, im Bereich der Dorferneuerung und im gesamten Bereich der agrarischen Operationen, im Bereich der Schaffung von Lager- und Verarbeitungseinrichtungen, insbesondere auch im Hinblick auf neue Produktionschancen. Und im Ausbau und in der Sicherung der Funktion unserer bürgerlichen Gemeinschaften. Man soll das bitte auch einmal besonders hervorheben, daß die Arbeit der Maschinenninge, der Erzeugergemeinschaften, der vielfältigen übrigen bürgerlichen Gemeinschaften und unserer landwirtschaftlichen Genossenschaften ein ganz entscheidender Teil der österreichischen Agrarstruktur darstellt. Und wir bekennen uns ausdrücklich dazu, das ist hier in unserem Programm auch formuliert. Wir können bei den bürgerlichen Betrieben nicht mit Steuersenkungen die Investi-



Gesundheit durch natürliche Haltung: Die Alpung nimmt wieder zu.

tionsanreize herbeiführen, sondern hier muß der Weg der begünstigten Kredite, der entsprechenden Investitionsunterstützungen verbessert werden, und daher wollen wir auch, daß dieser Teil des Agrarförderungsbudgets schrittweise wieder an jene Höhe angehoben wird, die wir Anfang der siebziger Jahre gehabt haben, und das ist immerhin etwa eine Verdopplung gegenüber den derzeitigen 2,2 oder 2,4 Milliarden Schilling. Die besondere Hilfestellung für Bergbauern und Grenzland, alle Bauern in den strukturell benachteiligten Regionen, wobei das im umfassenden Sinn zu sehen ist, d.h. für den Bergbauern in erster Linie: Sicherung des Preises und Absatzes seiner Produkte, die Entlastung von den Infrastrukturkosten, besonders im Bereich Wegebau und Wegerhaltung. Die gesamten Lebensvoraussetzungen und eine entsprechend betriebsangepaßte Bergbauerausgleichszahlung in Form eines individuellen Katasters, individueller Erschweriserhebung und Berücksichtigung der Bewirtschaftungsleistung. Für das Grenzland heißt es in erster Linie, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Regionen, d.h. im Bereich Gewerbe, im Bereich Verarbeitung, im Bereich der neuen Produktionsmöglichkeiten der

Landwirtschaft, des Ausbaues der Infrastruktur.
Und auch das ist ein leider in Vergessenheit geratener Teil der österreichischen Agrarpolitik: Bildung, Forschung und Beratung.
Die Weiterentwicklung des höheren landwirtschaftlichen Bildungswesens, personell, ich meine hier vor allem die fachliche Qualifikation und von den entsprechenden Einrichtungen, ist ebenso notwendig, wie daß man die Agrarforschung als Schlüsselfrage für die Existenzsicherung der österreichischen Bauernschaft wieder entdeckt. Die Beraterfinanzierung habe ich bereits angesprochen, in ihrer hohen Bedeutung, die ihr bundesagrarpolitisch zukommt. Und es ist einfach so, daß alle jene Investitionen, die man in diesem Bereich hinterläßt, in fünf oder zehn Jahren sehr verhängnisvoll der österreichischen Landwirtschaft auf den Kopf fallen werden.

Die Steuer- und Sozialpolitik. Ich sage zur Steuerpolitik nur ein Stichwort, das heißt Einheitswert. Der Einheitswert ist ein Hilfsinstrument, um für den Land- und forstwirtschaftlichen Betrieb feststellen zu können, wieviel Ertrag der Betrieb erwirtschaftet. Und auf dieser Ertragsleistung des Betriebes bauen die Steuern,

Sozialversicherungsabgaben und sonstiges auf. Es gibt das ideologisch begründete Mißverständnis in weiten Bereichen der sozialistischen Partei, daß man sagt, die Bauern zahlen ja alle keine Steuern, daher muß der Einheitswert an den Verkehrswert herangebracht werden. Und Sie wissen alle, wenn ich sage, Einheitswert ist Verkehrswert, dann kann ich's aufgeben, denn dann ist das nichts anderes, als eine kalte Enteignung über die überdimensionale Belastung des Grundvermögens in Form von Steuern und Abgaben. Das ist also, glaube ich, die entscheidende Frage der Steuerpolitik. Im Bereich der Sozialpolitik hängt das unmittelbar zusammen, daß wir uns die sozialen Einrichtungen, die ungeheuer wertvoll sind und in den fünfziger und sechziger Jahren geschaffen wurden, auch weiter leisten können, von der Beitragsseite der aktiven Bauern her, und daß man andererseits gewisse Härten abbaut, und vor allem die Selbsthilfe innerhalb der bäuerlichen Gemeinschaften verbessert, denn ich glaube, das wird vor allem das Zukunftsfeld der Sozialpolitik in der Bauernschaft sein müssen, daß wir in Form der Selbsthilfe versuchen, dort zu unterstützen, wo durch Krankheit und ähnlicher Ereignisse Härten auftreten.



GEMEINSAM NEUE WEGE GEHEN

Bauernbund — die Heimstätte des Familienbetriebes

Der Steirische Bauernbund bekennet sich zum bürgerlichen Familienbetrieb in Form des Voll-, Zu- und Nebenerwerbes, der erhalten bleiben soll! Daher sprechen wir uns gegen Wachsen durch Weichen aus. Betriebsauflassungen in kleinstrukturierten Gebieten nach Beispielen im Ausland wären undenkbar, ja katastrophal. Wir sprechen uns ebenso aus für die Aufrechterhaltung einer gewachsenen Struktur, da Vollerwerbsbetriebe, vor allem im obersteirischen Grünland, selbstverständlich größere Flächen brauchen. Wir müssen aber auch dafür sorgen, daß die Veredelungswirtschaft bodengebunden in den Händen der Bauern bleibt und nicht gewerbliche Großbetriebe in Form von Agrarfabriken entstehen.

Außenhandel — ein großes Kriterium

Diese agrarpolitischen Ziele brauchen jedoch von der staatlichen Agrarpolitik hier die entsprechende Unterstützung in Form von günstigen, spezifischen Rahmenbedingungen. Ein Kriterium ist der Außenhandel, wo es gilt, gegenüber den Konkurrenten auf den Weltmärkten eine Chancengleichheit herzustellen und bei den Importen neue Maßstäbe zu setzen. Insbesondere die Einführen, die an der Grenze weitgehend unkontrolliert hereinkommen, gefährden Existenz der heimischen Landwirtschaft. Ebenso unverantwortbar ist es, die heimische Produktion beschränken zu wollen und die Grenzen offen zu lassen.

Produktionsumlenkung auf den Hauptmärkten

Schwerpunkt unserer künftigen Bemühungen muß der Vieh- und der Getreidemarkt sein. Dabei geht es für beide Bereiche um die Ausnutzung aller Marktneinsichten und die rasche Entwicklung von Alternativprodukten, wie dies in vielen Ländern, wie zum Beispiel in Finnland vordemonstriert wird. Dort wurde bei etwa gleicher Ackerfläche wie in Österreich innerhalb kurzer Zeit der Rapsanbau auf 70.000 ha angehoben. Österreich importiert derzeit jährlich Öl- und Eiweißfuttermittel im Ausmaß von 250.000 ha und einen Gesamtwert von 4 Milliarden Schilling. Wenn wir davon in Österreich 100.000 bis 150.000 ha selbst produzieren würden, wäre ein großes agrarpolitisches Problem gelöst.

Nischen nützen

Wesentliche Bedeutung für die Existenzsicherung vieler Familien haben aber auch gewisse Teilebereiche, denen mehr Aufmerksamkeit als bisher gewidmet werden muß. Dazu zählt der Fremdenverkehr, über den wir große Mengen an Lebensmittel absetzen. Ebenso wichtig ist die Direktvermarktung; als Beispiel sei der Buschenschank der Weinbauern angeführt, wo Bauern nicht nur ihren selbst produzierten Wein, sondern auch Nahrungsmittel verkaufen und dadurch erst überlebensfähig sind. Es ist daher erfreulich, daß insbesondere die Grenzförderungsmittel des Landes wieder aufgestockt wurden, parallel zu den Förderungsmitteln in der Umstellungsaktion im Berggebiet.

Solidarität üben

Immer mehr Bedeutung gewinnt auch die Direktvermarktung durch Bauern, die die Gunst der Ballungszentren ausnutzen und ihre Produkte zu besseren Preisen absetzen können. Grenzen gibt es hier allerdings in der Milchvermarktung, wo eine völlige Freigabe des Ab-Hof-Kaufverkaufes der Ruin für die Bergbauern wäre. Hier muß von den begünstigten Betrieben eine Solidarität verlangt werden.

Neue Bedeutung gewinnt die vor kurzem von der Bezirkskammer Leibnitz organisierte Verkaufsausstellung für bürgerliches Kleinhandwerk, die gezeigt hat, wieviel handwerkliches Können noch auf dem Land existiert, das im Rahmen des Fremdenverkehrs genutzt werden kann.

Hilfe für die Nebenerwerbslandwirtschaft

Zu unseren Aufgaben gehört auch, der immer größer werdenden Zahl der Nebenerwerbslandwirte aufzufallen, daß es nicht sinnvoll ist, das oft im außerlandwirtschaftlichen Erwerb schwer verdienbare Geld in die Landwirtschaft hineinzustecken und dort wie ein Vollerwerbsbauer zu agieren. Darüber hinaus sollte man sie dafür gewinnen können, ihre Wirtschaft extensiver zu führen und vor allem die große Arbeitslast von der Ehegattin und den übrigen Familienangehörigen zu nehmen. Besonders arg ist die Belastung in der Milchwirtschaft. Vielleicht sollte man hier in der Frage der Menge eine „Ruheklause“ schaffen, damit der Bauer nicht vor der vollendeten Tatsache steht, nie mehr mit der Milchproduktion beginnen zu können, was vor allem für den Betriebsnachfolger völlig unzumutbar sein kann und auch unvertretbar ist, wenn ein Nebenerwerbsbauer mit Milchwirtschaft arbeitslos wird.

Zur Entlastung der Nebenerwerbsbauern spielen die Maschinenringe eine ganz große Rolle, die weiter forciert werden

müssen. Wesentlich ist, daß die Fehlinvestitionen auf dem Gebiet der Maschinenananschaffung, wie sie bisher gang und gäbe waren, verringert werden.

Harmonische Hofübergabe

In diesen Fragenkreis der bürgerlichen Familie und des Hofs hinein spielt auch das Thema Hofübergabe. Hier waren wir seit Jahrzehnten bemüht, für eine harmonische Generationsfolge am Bauernhof die Voraussetzungen zu schaffen. Wesentlich dazu beigetragen hat die Einführung der Bauernpension sowie die berufliche Weiterbildung der weichenden Bauernkinder. Dies ist nämlich das beste Erbe, das die Eltern ihren Kindern mitgeben können. Wenn, wie das früher oft der Fall war, vom Hof anlässlich der Übergabe große Geldbeträge abgezweigt wurden, ist den weichenden Kindern trotzdem nur relativ wenig geholfen, dagegen würde der Hof oft auf mehrere Jahre hinaus stark belastet.

Bessere Rahmenbedingungen notwendig

Die Existenz der bürgerlichen Betriebe und die Zukunft der Landwirtschaft hängen jedoch nicht allein von der Lösung ökonomischer Probleme, den Fragen von Bildung, Förderung und Beratung sowie der Sozialpolitik ab.

Ganz wesentlich ist, wie die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen aussehen und welche Rolle die Bauernschaft in der künftigen Gesellschaft selbst zu übernehmen bereit ist.

Ein ganz wesentliches Kriterium für die entsprechende Durchsetzung bürgerlicher Interessen sowie des ländlichen Raumes ist der Zusammenhalt. Es wurde im vergangenen Jahrzehnt mehrmals versucht, die Bauernschaft zu spalten, aus den bisherigen politischen Strukturen herauszulösen, zwischen der Bauernschaft und ihren Einrichtungen einen Keil hineinzutreiben — ich erwähne die geplante Novellierung des Kartellgesetzes — und das bürgerliche Hab und Gut durch die fortlaufende Überführung des Einheitswertes in einen Verkehrswert zu unterminieren. Die Bauernschaft hat durch ihren Zusammenhalt bisher all diese Versuche weitgehend abwehren können. Sie wird dazu auch in Hinkunft in der Lage sein, wenn alle Solidarität über die Ernährungssicherung, die Pflege der Kulturlandschaft und die Erhaltung einer gesunden Umwelt sind für alle Menschen unentbehrliche Lebensgrundlagen. In all diesen Punkten ist die bürgerliche Landwirtschaft nicht zu ersetzen. Trotz der derzeit schwierigen Bedingungen dürfen wir daher längerfristig gewiß hoffnungsvoll in die Zukunft schauen.

MAN SIEHT VOR LAUTER WALD DIE BÜCHER NICHT

Auf der vorjährigen Frankfurter Buchmesse gab es, so wird offiziell berichtet, 18.000 österreichische und insgesamt 200.000 Buchtitel, geschrieben von 4500 bzw. 45.000 Autoren. Die vielen Besucher stöhnen: Erdrückend! Die wenigen echten Leser resignieren: Das schaff' ich nie! Und die Autoren seufzen gequält und beschwören sich selber: Hören wir auf zu schreiben! Denn jeder von ihnen ist hier ein hoffnungslos verlorener Nichts.

Nein nein! Ich bin hochmütig genug, meine respektable Beteiligung auf den Scheffel zu stellen. Denn ohne diese meine Beteiligung sähen die Zahlen ganz anders aus. Dann wären es nämlich nur 17.997 bzw. 199.997 Buchtitel und bloß 4499 bzw. 44.999 Autoren gewesen. Warum soll ich nicht stolz darauf sein, durch meine Anwesenheit auf der größten Buchmesse der Welt den Statistikern und allen, die sich komplizierte Zahlengesetze nicht merken können, dermaßen einprägsam runde Zahlen ermöglicht zu haben?

52 Viel wichtiger als dies ist freilich mein Dienst am Vaterland. Dieses importierte aus der benachbarten Bundesrepublik Deutschland im letzten Berichtsjahr Bücher im Werte von 1,644 Milliarden Schilling, die bundesdeutschen Bürger nahmen von meinem Vaterlande hingegen nur Bücher im Werte von 672 Millionen Schilling entgegen. Es mag ja sein, daß durch diese ungleichen Bücherströme hierzulande auch der Geist entsprechend aufgerüttelt wird, da sich in dieser gewaltigen Menge doch nicht nur intellektuelle Dumpingware versammeln, will sagen: versammeln dürfte, doch materiell bewirkt das immerhin ein Handelsbilanzdefizit von 972 Millionen Schilling.

Mein patriotischer Stolz ist auch hier unvermeidlich: Schließlich habe ich durch meine Bücher dieses Jahresdefizit mit dem Betrag von 40.626 Schilling auf die runde Summe von 972 Millionen Schilling herabgedrückt, das sonst exakt um diese 40.626 Schilling der Milliarden-Schilling-Grenze bedrohlich nahe gekommen wäre.

Dennoch möchte ich einbekennen, daß das Handelsbilanzdefizit noch immer erschreckend hoch ist, sodaß es unerlässlich erscheint, auch in dieser Richtung gemeinsame Wege zu gehen. Ich persönlich spreche mich sehr für einen Importschutz für diese spezielle Gattung unserer Kultur, nämlich der Literatur, aus, und wie man hört, liegt im Parlament ja auch schon seit längerer Zeit diesbezüglich ein Sonderkulturförderungsgesetz zur Behandlung auf — doch leider immer

noch unbehandelt. Was mich nicht weiter wundert, denn im selben Parlament ist bekanntlich 1889 der bereits zur Geschichte gewordene, weil ungewöhnlich selten ehrlich politische Ausspruch eines Abgeordneten aus Galizien gefallen: „Wann i Büachl siach, hob i schon g'fress'n.“

Es wird also unumgänglich sein, mit der Überzeugungskraft unwiderlegbarer Argumente das Hohe Haus in die Niederungen literarischer Existenzbedrohungen zu führen. Das hohe Ziel, das es dabei zu setzen gilt: Österreich wird zum Bücher-Selbstversorgerland! Dafür sprechen drei Gründe ganz unterschiedlicher Art:

Erstens: Es soll ausschließlich den heimischen Dichtern und solchen, die es unbedingt werden wollen, die Möglichkeit geboten werden, den heimischen Büchermarkt zu versorgen. Zweitens: Aufgrund unserer Sprachgemeinschaft mit dem deutschen Nachbarn ist, wie mit Zahlen bereits belegt, die Bedrohung vor allem von dorther gegeben. Es sei ausdrücklich davor gewarnt, bloß die existentielle Bedrohung unserer Autoren zu sehen. Für die Allgemeinheit, für unsere ganze Gesellschaft und das Staatswesen weitaus gefährlicher ist der mögliche fremdländische Einfluß auf unser lauterles österreichisches Geistesleben und unsere hohe Gesitung.

Und drittens ein ganz und gar unprotektionistisches Argument: In der Bücherproduktion wird künftig sowieso eine Richtmengenzuteilung von Staats wegen verordnet werden müssen, da das Waldsterben einen ins Uferlose reichenden Mengenausstoß nicht zulassen wird. Und da der schöne deutsche Wald schon sterbenskrank ist, dient unser Selbstschutz eigentlich auch den blind nach Exportgewinnen strebenden Deutschen als Selbstschutz.

Während also unsere deutschen Nachbarn den Wald vor lauter Bücher nicht mehr sehen werden, wenn nicht ehestens Maßnahmen in unserem und damit auch in ihrem Interesse ergriffen werden, können wir hierzulande noch lange aus den im sauren Regen abgestorbenen Bäumen süße Buchgeschäfte machen. Vor allem, wenn man das Angebot knapp hält. Ich bin überzeugt, auch auf künstlerischem Gebiet für künstlich erweckte Mangelercheinungen, ich meine natürlich, was die Quantität betrifft, wohlgerne! Denn dadurch werden Bedürfnisse erweckt, möglicherweise sogar Hysterien; die Buchhandlungen, die Verlage werden gestürmt, die Autoren bestürmt, in Kellern und auf Dachböden werden Bücher gehortet, ein Schwarzhandel setzt ein . . . Ach, diese Vorstellungen sind einfach unheimlich, erregend, abenteuerlich.



„Man sieht den Wald vor lauter Bücher nicht“: Lesung Fred Strohmeier.

Freilich, Bücher werden auch heute schon gehortet, allerdings nicht in Kellern und auf Dachböden, sondern für die Allgemeinheit und insbesondere für die seltsamen Wesen belesener Gäste sichtbar in teuer möblierten Wohnzimmern. Es ist das glückhafteste Erlebnis derartiger Bücherbesitzer, von diesen seltsamen Wesen in so profaner Umgebung bestaunt zu werden. Und weil diese die wahren Interessen des Hausherrn / der Hausfrau offensichtlich unterschätzten hatten, beginnt gleich das Fragen: „Wie fandest du diesen Hesse? Und unsere guten alten Österreicher? Schnitzler, Wildgans, Mell, Altenberg, Zweig. Hast du auch Bahr?“ Auf solche geistvolle Fragen dann die geistorientierte Gegenfrage: „Ach richtig — Bar! Darf's ein Obstler sein? Oder ein Martini, süß oder trocken?“

Doch wer ein wirklicher, aufrichtiger Bücherfreund mit Herz und Seele ist, der ist auch ein Freund des Wahren, des Edlen, des Natürlicheren. Der gibt sich ihnen nicht inmitten des lauten Weltgetriebes hin, der versenkt sich nicht auf den Höhen unserer materialistischen Zeit in die literarischen Tiefen. Der reduziert alles Äußerliche auf den Reichtum der Bedürfnislosigkeit und läßt sich von einer ungestörten Stille das leid- und lustvolle Ge-ton unserer bunten Welt einfüllstern.

Da war einer, der für das volle Erleben der Buchinhalte so sehr das Ursprüngliche und dessen Ruhe brauchte, daß er sich mit seinen Büchern in eine Waldhütte zurückzog. Vor dem einzigen Fenster wogte berauschend das Grün, in das er zuweilen voll Seligkeit starnte. Und er las und las, und er baute vor sich einen Bücherberg auf, der immer höher und höher wurde, sodaß der Bücherfreund bald den Wald nicht mehr sah. Buchstäblich.

Kleine Lücken — große Chancen

Das Gründanliegen dieser Agrarpolitischen Tage war von vorneherein unbestritten: Österreichs Landwirtschaft erzeugt zu viel — was sind die wirklichen Ursachen dafür und welche Auswege gibt's? Gerade was die Auswege betrifft, wurde in diesem Zusammenhang ursprünglich auch die Frage diskutiert, ob überhaupt nicht ausschließlich aufgezeigt werden sollte, in welche neuen Bereiche in der Landwirtschaft umgestiegen werden kann, ohne gleich wieder am Plafond anzustehen.

Es zeigte sich aber gleich, daß „große Lösungen“ nicht mehr angeboten werden können, mit Ausnahme der großflächigen Alternativen Öl-, Eiweiß- und Energienpflanzen, wo es aber nicht ohne gesetzliche Vorkehrungen geht.

Hingegen gilt es aber sehr wohl, eine Vielzahl von kleinen sogenannten Markt-nischen selber ausfindig zu machen und zu nützen. Es wäre aber unverantwortlich, würden solche Möglichkeiten von Kammern und Genossenschaften aufgespürt, um damit dann öffentlich in vielen Bauern Hoffnungen zu wecken. Natürlich wird man auf vorhandene neue Chancen aufmerksam machen und fachliche Hilfen anbieten, aber das darf nur ganz punktuell erfolgen. Und vor allem ganz klar abgestimmt auf die Aufnahmefähigkeit des Marktes bzw. auf den Bedarf eines unmittelbaren Abnahmekreises.

Um welche Markt-nischen es geht, soll beispielhaft durch jene angedeutet werden, die bisher gefunden und zum Teil auch schon ausgefüllt wurden: Erzeugung von Spezialgemüse und Zucht von Pilzen, Schafkäseproduktion, Pelztierhaltung, Heilkräuteranbau und Direktverkauf von Bio-Produkten, Kleintierzucht und bärlicher Kunsthandwerk.

In manchen Markt-nischen hat vielleicht bloß einer Platz, in anderen können zehn sein, in wenigen möglicherweise hundert. Aber wenn viele solche Lücken gefunden werden, eröffnet sich doch eine gute Chance für die heimische Land- und Forstwirtschaft.

F. St.

Über den Bauern

Der Ackerbau ist die erste der Künste. Nur das ist wahrer Reichtum, was die Erde hervorbringt.

Friedrich II.

*

Ein König in seiner Art ist jeder freie Landwirt, und nur er, alle anderen, vom Minister und General hinauf, sind abhängige Diener.

Paul Keller

*

Ich mußte mit meinen fünfzehn oder sechzehn Jahren jahrein, jahraus um halb vier Uhr früh aufzustehen, weil ich auch im Stall Arbeiten zu verrichten hatte. Ich mußte die Kühe melken, striegeln und büren, den Mist aus dem Stall befördern. Das war keine leichte Arbeit, denn ich mußte auf den nassen oder eisigen Brettern mit dem Radbock den Rinderdrang auf den Misthaufen balancieren. Tagsüber mußte ich alle Arbeiten machen, die bei einem Bauern anfielen. Die Arbeitszeit endete gegen acht Uhr abends.

Aus „Mägde“, Böhlaus Verlag

53

*

Es geht darum, daß Bewahrenswertes bewahrt wird und daß man dem unabwendbaren Neuen ins Auge schaut.

Hanns Koren beim Landesbauerntag 1980 in Graz

*

Aber der Bauer ist in dieser Sache auch nicht ohne Schuld, und nun kommt der Grund, aus welchem man dem Landmann von heute die Bildung absprechen muß. Er mag und will sich nicht mehr schicken in seinen Stand, er schämt sich seiner, nicht allein, weil dieser Stand gedrückt und verhöhnt wird, sondern noch viel mehr, weil auch den Bauern der Größenwahn erfäßt hat.

Peter Rosegger in „Jakob der Letzte“, 1888

*

Im Winter des Jahres 1952 brach in Oberösterreich die Maul- und Klauenseuche aus . . . Die Tierärzte waren in dieser kritischen Zeit bei der Bevölkerung nicht beliebt, die Viehbesitzer hielten die Tierärzte selbst für die großen Seuchen-ausbreiter. Die Bauern gewöhnten sich ab, die Tierärzte mit Handschlag zu begrüßen. Noch Jahre später, als sich der Tierarzt ein Haus baute, sagten die Bauern: Das verdankt er der Seuche.

Alois Brandstetter in „Vom Schnee der vergangenen Jahre“



Frohe Stimmung brachten die „Citoller Tanzgeiger“ mit Hermann Härtel.

GLOSSARIUM

ARCHITEKTUR × POLITIK

Prof. Sokratis Dimitriou

建築は、造形および空間限定の相手と開け合う芸術である。そして、その表現力を高めるために、絵画や彫刻となるいは現代においてはそれらの中間領域とも結びついている。建築的創造物とは浮遊する気球の類ではなく、特定の地理条件の下に確固たる大地に根ざしておる、天空を指建築に示された証言を保存しようと努力した。しかし、それらは博物館の収蔵品としての資格はもつが、はじめて考えられた建築の生産は失ってしまった。(以下略)
(*POLITICAL 20* 特集「建築と政治」より引用)

Erstmals wurde ein Artikel aus dem „political“ ins Japanische übersetzt. Der Leitartikel des Heftes „Architektur und Politik“ erschien in der japanischen Fachzeitschrift 建築文化

wie er 1950 ausführte, „im Nachweis der Richtigkeit und Zweckmäßigkeit der Verstaatlichung der Schlüsselunternehmungen die große Bewährungsprobe des demokratischen Sozialismus“. In der Tat. Da wenden wir uns aus den tristen Zusammenbrüchen der Gegenwart lieber zurück zu jenen utopischen Beteuerungen aus dem Jahr 1926, als es noch hieß: „Sowohl die Leiter der vergessenen Betriebe als auch die Arbeiter und Angestellten, die in (diesen) Betrieben arbeiten, ... müssen ihre Arbeit als Dienst für die Gesamtheit der Arbeiterklasse ansehen, im Interesse der Gesamtheit der Arbeiterklasse die Wachstumsenergie ihrer Betriebe stärken.“ Die Sache mit dem Dienst an der Allgemeinheit ist aktuell: Vielleicht sollte man diese Worte den neuen Managern der VOEST in ihre „Dienstverträge“ hineinschreiben, und es würde auch nicht schaden, solches den Betriebsräten zuweilen ins Bewußtsein zu bringen. Nicht alle Traditionen sind überholt. —Vo—

schaftstag, verheißt uns jedenfalls eine recht glückliche Zukunft. Auf der Titelseite strömen buntgekleidete Fügürchen eine Treppe hinan, zum Zwecke des Sightseeing hin zu einem monumental in der Gegend herumstehenden Buchstaben „GÖD“. Dahinter erstreckt sich eine unendlich weit zubetonierte Wüste, überfloden von einigen Helikoptern und Düsenjets, garniert mit Uhren und Bildschirmen. Während die Menschenmassen sich noch auf dem GÖD-Niveau befinden, eilen wenige Gestalten bereits dieser elektronischen Ödnis, aus der in der Ferne die gleichfalls riesenhaften Ziffern „2000“ winken, zu, allen voran ein weißbekittelte Herr. Doch es handelt sich um gar keine Zukunftsdrohung, dafür sind die Farben zu bunz und die Kommentare zu aufmunternd. Die Seite 2 dieses Heftes wird schon überschrieben: „Wir müssen Optimisten sein.“ Das ist zwar noch ambivalent, verweist entweder aufs strahlende Lächeln oder auf zusammengebissene Zähne. Klar wird die Sache auf Seite 3: „Mit Mut und Optimismus in die Zukunft!“ lautet dort die außerordentlich originelle Parole. Die Überschrift auf Seite 5 könnte wieder mißverstanden werden: „Gewerkschaft fest im Bewußtsein der Kollegenschaft verankert!“ Das soll auch in Zukunft so bleiben; ein anderer Autor stellt auf Seite 7 fest: „Das Erreichte sichern — die Zukunft gestalten“. Die Originalität raubt einem nicht den Atem, wohl aber die Indikatoren für den Weg in diese Zukunft: „Die Zukunft hat begonnen — EDV in den Landesvorständen“, so die Überschrift auf Seite 6. Wenn das keine Epochenschwelle für Österreich ist, was dann? —Vo—

Museale Wirtschaft

Wie steht es wirklich um Österreichs Wirtschaft? Viele würfen gerne eine Antwort. Schlagartig wird die Situation freilich erhellt, wenn man in den Verkaufskatalog eines namhaften österreichischen Verlages blickt. Dort wird eine neue, sehr verdienstvolle Jahrbuch-Reihe angekündigt, unter dem Titel: „Österreichs Wirtschaft im Überblick '85“. Ja, wie steht es nun mit der österreichischen Wirtschaft in diesem Jahr? Die Antwort findet sich in der nächsten Zeile: „Herausgegeben vom Österreichischen Wirtschaftsmuseum“. —Vo—

Verstaatlichten-Rückblicke

„In dem Maße, als die Kapitalistenklasse enteignet wird, muß das Gemeinwesen die Funktionen übernehmen, die bisher die Kapitalistenklasse ausgeübt hat. An die Stelle der Anhäufung des Kapitals tritt die planmäßige Vergrößerung und Vervollkommenung des gesellschaftlichen Produktionsapparates durch das Gemeinwesen . . . , das ganze Volk wird zu einer der Früchte der gemeinsamen Arbeit genießenden Volksgemeinschaft.“ Das war 1926 das „Linzer Programm“ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs. Mittlerweile wird das Volk zu einer der planmäßige Vervollkommenung der verstaatlichten Betriebe nicht genießen, sondern bezahlenden Volkgemeinschaft. Die Verstaatlichte galt immer als „sichtbarer Ausdruck sozialistischer Wirtschaftsvorstellungen“, für den Parteivorsitzenden Schärf lag,

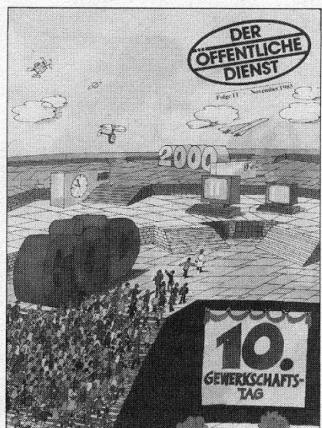
Am Puls der Zeit

Wenn der Staat etwas schenkt, so liegt der Verdacht nahe, daß wir Steuerzahler es ohnedies selbst finanzieren. Wenn sich eine Partei großer staatlicher Investitionen rühmt, so steigern sich diese Emotionen. Kenntnisreiche Ankündigungen solcher Art hat die SPÖ im „Grazer“ und in „Graz aktuell“ plaziert. „Eine neue Uni für Graz?“ Überraschend, reichen Universität und Technische Universität nicht? In Wirklichkeit handelt es sich nur um einen längst fälligen Neubau für zwei bisher extrem unzulänglich untergebrachte Fakultäten. „Für 7000 Studenten?“ Was geschieht mit den übrigen? Diese beiden Fakultäten haben jetzt schon über 9000 Studenten. Ausgestellte „Modelle in der Aula der medizinischen Fakultät“? Es gibt zwar Modelle mit herzigen 12 m² Arbeitszimmern, aber keine Fakultätsaula. Viel Geld für das „Institut für Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften“? Ein solches Institut gibt es nicht, nur zwei Fakultäten dieses Namens. Einmal wird der Neubau 500 Millionen kosten, in der anderen Annonce sind es schon 500–800 Millionen. Es darf auch ein bissel mehr sein!

Kubincky

GÖDliche Zukunft

Mit der Zukunft hat es auch die Gewerkschaft nicht leicht, gerade wenn man in eine ruhmreiche Vergangenheit zurückblicken kann. Das Jubiläumsheft der Zeitschrift „Der öffentliche Dienst“, prächtig gestaltet zum 10. Gewerk-



EX LIBRIS

Geschichte der Empirie

Selten ist es, daß die sozialwissenschaftlichen „Datenschaufler“ der Gegenwart auch historisches Interesse bekunden; gleichmaßen selten aber auch, daß sich die Ideengeschichtler mit der Entwicklung der empirischen Sozialforschung befassen. Umso erfreulicher ist ein Buch wie jenes von Horst Kern: *Empirische Sozialforschung. Ursprünge, Ansätze, Entwicklungslinien (Beck'sche Elementarbücher)*, Beck, München 1982, in dem die frühen Versuche einer statistischen Erfassung gesellschaftlicher Verhältnisse und Veränderungen geschildert werden, die Anstöße, die von der Befasung mit der „sozialen Frage“ des 19. Jahrhunderts ausgegangen sind, schließlich der Beginn einer systematischen wissenschaftlichen Sozialforschung an den amerikanischen, deutschen und österreichischen Universitäten und Instituten, und schließlich die Etablierung der empirischen Sozialforschung nach dem Zweiten Weltkrieg im wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich.

Kautsky

Vaterfigur der Zweiten Internationale, geboren 1854 in Prag, Gründer der Zeitschrift „Die Neue Zeit“ 1883, federführend beim „Erfurter Programm“ der SPD 1891, Verfasser von über 80 Büchern und Broschüren, gestorben 1938 im holländischen Exil — Karl Kautsky, der für die einen zu „links“ und für die anderen zu „rechts“ war, ein überzeugter Antikommunist, von Lenin als „Lakai der Bourgeoisie“ beschimpft. Über ihn hat der italienische Zeit- und Ideengeschichtler Salvatori eine Biographie verfaßt: *Massimo L. Salvadori: Sozialismus und Demokratie. Karl Kautsky 1880—1938*, Klett-Cotta, Stuttgart 1982.

Obwohl einiges aus der Kautsky-Literatur nicht erfäßt ist, werden doch in diesem Band Kautskys Werdegang, seine theoretischen Positionen und seine Kontroversen mit den verschiedenen Fraktionen der deutschen Arbeiterbewegung deutlich. Gerade die integrierende Position zwischen Bernstein auf der einen und Luxemburg und Gramsci auf der anderen Seite machen die Gestalt Kautskys interessant.

Revolution und Staat

Revoltieren jene, die nichts zu verlieren haben als ihre Ketten? Ist das Proletariat das historische Subjekt einer Revolution? Verleitet die Hoffnung auf eine utopisch-bessere Zukunft zum Aufstand? Alle diese

Fragen, so häufig sie auch mit „ja“ beantwortet werden, sind nach Moores Auffassung negativ zu bescheiden:

Barrington Moore: *Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursprünge von Unterordnung und Widerstand*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1982. Moore geht von der Überzeugung aus, daß jeder gesellschaftlichen Ordnung ein impliziter Gesellschaftsvertrag zugrundeliegt, der die zentralen Vorstellungen über die herrschenden Autoritäten, über die Formen gesellschaftlicher Arbeitsteilung und die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen enthält. Revolutionäre Stimmungen treten dann nicht auf, wenn in einer Gesellschaft die Auffassung vorherrscht, daß eine bestehende Verteilung von Vorteilen und Lasten *unvermeidlich* und nicht allzu ungerecht sei; der Gehorsam wird erst dann aufgekündigt, wenn echte Chancen zur Besserstellung wahrgenommen werden und sich zugleich Empörung über eine nicht mehr reziproke Statuszuweisung und Güterverteilung verbreitet. Moore versucht die These, daß es eher die Furcht vor dem Verlust des Bestehenden als die Hoffnung auf eine bessere Gesellschaft ist, welche die Arbeiter, Handwerker oder Bauern auf die Barrikaden treibt, an verschiedenen historischen Beispielen zu belegen: an der deutschen Arbeiterschaft in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, an den Nazis und ihren Konzentrationslagern, am Ruhraufstand 1920 und an der Russischen Revolution. Mit den Umständen „echter“ Revolutionen befaßt sich auch S. N. Eisenstadt: *Revolution und die Transformation von Gesellschaften. Eine vergleichende Untersuchung verschiedener Kulturen*, Westdeutscher Verlag, Opladen 1982.

Eisenstadt behandelt weniger die Ursachen sozialer Konflikte, also Fragen des Klassenkonflikts, der Tendenzen steigender Erwartungen, des Elitendissenses und dergleichen, sein Interesse gilt eher der Klärung der Frage, unter welchen Umständen sich solche Spannungen in Revolutionen entladen, d. h. also nicht in einem schlichten Niedergang oder Zerfall eines Reiches oder Regimes enden. Das Buch widmet sich damit der Aufgabe, auf der Basis der vergleichenden Kulturforschung zu untersuchen, unter welchen historischen Umständen es zu revolutionären Transformationen kommt.

In den Zusammenhang der Diskussion über die Stabilität politischer Ordnungen gehört auch folgender Band:

Stefan Breuer/Hubert Treiber (Hrsg.): Entstehung und Strukturwandel des Staates, Westdeutscher Verlag, Opladen 1982.

In einigen Beiträgen (u. a. von Maurice Godelier und S. N. Eisenstadt) wird die Frage erörtert, wie es zu Prozessen der Machtbildung und der Machterhaltung kommt und welche Bedingungen jeweils dafür verantwortlich gemacht werden können, daß bestimmten traditionellen Gesellschaften der Durchbruch zur Moderne gelingt und anderen nicht.

Austromarxismus

Wiewohl der Austromarxismus zu den wesentlichen theoretischen Leistungen österreichischer Provenienz der Zwischenkriegszeit gehört, ist er doch — zumindest in den ersten zwei Jahrzehnten nach 1945 — „ein vergessener, verdrängter oder bewußt gemiedener Abschnitt österreichischer Geistes-, Parteien- und Politikgeschichte“ geblieben; neuerdings wird jene geistige Strömung, die — um mit Norbert Leser zu sprechen — „zwischen Reformismus und Bolschewismus“ stand, wieder in stärkerem Maße, gerade auch mit dem Akzent auf kulturellen Orientierungen, rezipiert. Der folgende Sammelband ermöglicht nun einen raschen Zugriff auf Arbeiten, die von dieser Bewegung Nahestehenden verfaßt wurden, und er bietet einen repräsentativen Überblick über einige an derweile schwer greifbare Schriften der bedeutendsten Denker:

General Mozetič (Hrsg.): Austromarxistische Positionen (Klass. Studien z. sozialwiss. Theorie, Weltanschauungslehre u. Wissenschaftsforschung, Bd. 2, hrsg. v. K. Acham), Böhlau, Wien-Köln-Graz 1983.

In dem Band finden sich sowohl philosophisch-methodologische Arbeiten, etwa von Karl Renner, Max Adler, Oskar Pollock, Friedrich Adler und Otto Bauer; weiters beinhaltet er politische und ökonomische Beiträge von Hans Kelsen, Otto Bauer, Otto Leichter, Max und Friedrich Adler, Karl Renner und Rudolf Hilferding; daneben sind aber auch Schriften von Theoretikern am Rande der austromarxistischen Theorie vertreten, wie etwa Aufsätze von Paul Lazarsfeld, Ernst Fischer, Karl Polanyi, Alexander Gerschenkron, Rudolf Goldscheid und Käthe Leichter.

Die weiße Reihe

Der Ausbau der „Weißen Reihe“ — der „Studien zu Politik und Verwaltung“, herausgegeben von Christian Brünner, Wolfgang Mantl und Manfried Welan im Böhlau-Verlag — schreitet zügig voran.

Anton Kofler: Parteiengesellschaft im Umbruch. Partizipationsprobleme von Großparteien, Böhlau, Wien-Köln-Graz 1985,

in dem ein informativer Überblick über die österreichischen Parteien geboten wird: über die politische Kultur dieses Landes, über die „Gesellschaftsdurchdringung“ durch Parteien und Verbände, über das Innenleben von ÖVP und SPÖ, über Demokratie innerhalb der Parteien und über die Finanzierung der Organisationen, schließlich auch über Reformen und mögliche Strategien zur „Zurückdrängung“ des allgegenwärtigen Parteineinfusses.

Nicht nur mit den Parteien, sondern mit dem alltäglichen „Politikmachen“ überhaupt befasst sich der Band 9:

Fritz Plasser/Peter A. Ulram/Manfried Welan (Hrsg.): Demokratierituale. Zur politischen Kultur der Informationsgesellschaft, Böhlau, Wien-Köln-Graz 1985.

Rituale bezeichnen, so wird einleitend festgehalten, besonders ausdrucksvolle und standardisierte individuelle oder kollektive Verhaltensweisen, sie geben Sicherheit in einer Welt komplizierter Ungewissheit. In einer durch die Massenmedien geprägten Gesellschaft wird die Politik durch solche Kommunikations- und

56 Medienrituale wesentlich geprägt: Fernsehdiskussionen der Kandidaten, tägliche Nachrichtensendungen, Parteitage und dergleichen. Politische Aktivitäten werden von vornherein „mediengerecht“ aufbereitet, ja zunehmend werden „Ereignisse“ nur noch für die Medien „erfunden“. Solchen Tendenzen, aber auch den Wahl- und Demokratierituale, und vor allem dem Zusammenhang von symbolischer und materieller Politik wird in den vielfältigen Beiträgen dieses Bandes nachgespürt.

Band 11 befasst sich mit einem gleichfalls hochaktuellen Thema, nämlich mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit:

Rudolf Bretschneider/Rupert Dollinger/Joachim Lamel/Peter Ulram: Flexible Arbeitszeiten. Eine fixe Idee, Böhlau, Wien-Köln-Graz 1985.

Das diesem Band zugrundeliegende Forschungsprojekt befasste sich mit „Wertewandel und Arbeitszeit“, und tatsächlich scheint sich ein neues Verständnis für die Relevanz einer Arbeitszeitpolitik abzuzeichnen. Mit den Worten der Autoren: „Die Flexibilisierung der Arbeitszeitordnungen bedeutet nicht — wie dies manch ängstlich Besorgte meinen — Chaos; sie ist die Voraussetzung von mehr Zeitqualität für den einzelnen.“

Mit verfassungspolitischen Themen beschäftigen sich die Bände 7 und 12. Der Problematik der Grundrechte im modernen Staat rückt der Sammelband von

Reinhard Rack (Hrsg.): Grundrechtsreform, Böhlau, Wien-Köln-Graz 1985 zuleibe. Die grundsätzliche Dimension der Idee der Menschenrechte und Grundfreiheiten wird gleichermaßen beleuchtet wie die rechtlichen Rahmenbedingungen und bestimmte Spezialprobleme einer möglichen Reform dieser Rechtsbestände. Heinz Fischer, Heinrich Neisser und Friedhelm Frischenschlager formulieren die politischen Rahmenbedingungen, während ein Blick über die Grenzen des Landes — ein Vergleich mit der BRD und der Schweiz — den Band beschließt.

Mit einem konkreten verfassungspolitischen Reformprojekt — nämlich dem Weg der Erstellung des Entwurfs für eine neue Steirische Landesverfassung — befasst sich schließlich der Band

Christian Brünner/Wolfgang Mantl/Dietmar Pauger/Reinhard Rack: Verfassungspolitik. Dokumentation Steiermark, Böhlau, Wien-Köln-Graz 1985. Der Weg der Reformdiskussion wird belegt, die Ziele und politischen Rahmenbedingungen werden erörtert, Vergleiche mit deutschen und schweizerischen Rechtsnormen gezogen und politische Stellungnahmen abgedruckt; natürlich werden sowohl die gegenwärtige Landesverfassung wie auch der Expertenentwurf für ihre Neufassung dokumentiert.

Zeit ohne Eigenschaften

Herbert Eisenreichs erster großer Roman entwirft ein Panorama der österreichischen Gesellschaft nach 1945 mit sarkastischen Untertönen.

Lange erwartet, mehrmals angekündigt und bereits zur Legende geworden, bevor noch jemand eine Zeile gelesen hat: das ist der große Roman „**Die abgelegte Zeit**“ von Herbert Eisenreich im Herold-Verlag. Als umfangreiches Werk wurde es von vornherein als Fragment konzipiert, und als solches wird es nun vorgelegt. Eisenreich hat darin ein Panorama der österreichischen Gesellschaft nach 1945 entworfen, eine „Zeit ohne Eigenschaften“ beschrieben. In dieser Nachkriegswelt-Geschichte beobachtet der Schriftsteller Joseph Wurz sarkastisch, im Grunde aber mit viel Mitleid, die Menschen rund um sich.

Sozialgeschichte

Gesellschaftliche Schichtung und Unabhängigkeit, Ursachen des Entstehens neuer sozialer Gruppen, von Klassen- und Nationalbewußtsein und deren Folgen — das sind die Leitthemen des Buches:

Ernst Bruckmüller: Sozialgeschichte Österreichs, Herold-Verlag.

Bruckmüller beschreibt die Sozialformen der Kelten, der Austria Romana, der Baiern und Karantanen. Er erörtert die Phä-

nomene der Entfaltung feudaler Strukturen, beruflicher Differenzierung im Mittelalter, der Bauernaufstände, des österreichischen Frühkapitalismus und der gesellschaftlichen Hintergründe des sich durchsetzenden habsburgischen Absolutismus. Höhepunkt des Werkes ist die Analyse der Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert: Glanzzeit und Niedergang des Bürgertums; das Sich-auseinander-Leben von Klassen und Nationen; die Spannungen der Ersten Republik, bis nach 1945 jener Prozeß beginnt, der bei raschem Strukturwandel der Gesellschaft die österreichische Identität freilegt.

Polit-Graffiti

„Ihr geht mit der Welt um, als hättest ihr eine zweite im Keller!“ Dieses Graffiti auf dem Titelblatt der neuen „Scene“-Sammlung

„**Polit-Graffiti & Demo-Sprüche**, Scene-Buch 42, Verlag Heyne, München

macht klar, mit welchem Ziel gesammelt wurde: Sprüche zur Politik, dabei speziell zu den Themen Frieden („Politiker an die Front, dann gibt es keinen Krieg mehr“), Umwelt („Der Rhein ist wie ein Jungbrunnen — wer daraus trinkt, wird nicht alt“), Politiker („Ich liebe Politiker auf Wahlplakaten — tragbar, geräuschlos und leicht zu entfernen“). Zum größten Teil gibt es Kritik gegen die Etablierten. Aber auch Aufrufe („Steh auf und rühr dich, solange du noch Boden unter den Füßen hast“) sind vertreten, oder auch ganz einfach neue Lebensweisheiten („Es kann passieren, was will, es gibt immer einen, der es kommen sah“, „Video schafft Videooten“, „Was man nicht im Kopf hat, muß man in den Schienen haben“).

Selbst wenn nur ein Teil der Jugend diese Sprüche denkt, spricht und an die Wände malt, sollten gerade Politiker, die mit der Jugend zu tun haben wollen, dieses Buch lesen.

Cousteau-Umweltreihe

Die Reihe beginnt mit dem Satz: „Dieses Buch handelt von der ganzen Welt“. In der Tat ist die siebenbändige Reihe **Cousteau-Umweltlesebücher 1–7**, Verlag Klett-Cotta, 1985, herausgegeben von Jacques Yves Cousteau ein umfassender Almanach über unsere Umwelt, von einer Bestandsaufnahme der Situation unseres Planeten (Band 1) über eine sehr eindringliche Problemaufstellung (Band 2–4) bis zur Sammlung von Alternativen und notwendigen Lösungsansätzen (Band 5–7).

In jedem Band findet man eine Menge von Kurzgeschichten, Artikel, Darstellungen und Berichten. Gemeinsam ist allen Beiträgen ein hohes Maß an anschaulichkeit, die eine gute Lesbarkeit garantiert. Ein Pflichtbuch für alle Umweltinteressierten, insbesondere für Politiker, Lehrer und Eltern.

AUTOREN DIESER NUMMER

RUPERT BUCHBERGER
LAbg. ÖR.

Landesobmann des Steirischen Bauernbundes, Präsident der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark;
Hamerlinggasse 3, 8010 Graz

RÜDIGER FÜHRING
Dr.

Leiter des Marktbüros für Obst- und Gemüse der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs;
Löwelstraße 12/3, 1014 Wien

FRIEDRICH HÜLSEMEYER
Professor Dr.

Institut für Betriebswirtschaft und Marktforschung der Lebensmittelverarbeitung, Bundesanstalt für Milchforschung;
Hermann-Weigmann-Straße 1-27, D-2300 Kiel

RICHARD KAISER
Dipl.-Ing.

Vorsitzender der Vieh- und Fleischkommission des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft;
Stubenring 12, 1012 Wien

RICHARD KNOBLAUCH
Ministerialdirigent

Abteilungsleiter der Agrarordnung: Ländlicher Raum;
Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forstwirtschaft Baden-Württemberg;
Marienstraße 14, 7000 Stuttgart 1

ENGELBERT KÖNIGSWIESER
Dkfm. Dr.

Geschäftsführer der ÖMOLK;
Werdertorgasse 5, 1010 Wien

HEINZ KOPETZ
Dipl.-Ing. Dr.

Kammeramtsdirektor der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft;
Hamerlinggasse 3, 8010 Graz

HARALD MEINDL
Dr.

Abteilungsleiter für die Abteilung Nr. III des Getreidewirtschaftsfonds;
Riemergasse 14, 1010 Wien

HANS POPP
Univ.-Dozent Dr. Ing. agr.

Vizedirektor im Bundesamt für Landwirtschaft des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements Bern und Dozent für Agrarökonomie und Agrarpolitik an der Universität Zürich, der Eidg. Technischen Hochschule und der Hochschule St. Gallen;
Waltenhofstraße 5, 3003 Bern

ALOIS PUNTIGAM
NAbg. Dr.

Direktor des Steirischen Bauernbundes;
Reitschulgasse 3, 8010 Graz

JOSEF RIEGLER
Landesrat Dipl.-Ing.
Agrarsprecher der ÖVP; 8010 Graz-Landhaus

FRED STROHMEIER

Chefredakteur der Wochenzeitung „Neues Land“, Literat;
Reitschulgasse 3, 8010 Graz

LEO SLEZAK
Dr.

Referent der Abteilung der Handelspolitik der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs;
Löwelstraße 12/3, 1014 Wien

